

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Verwaltung  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Insetate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 nachmittags geöffnet.

**Druckerei:** Rindl, Nr. 1608.  
**Telegraph-Adresse:**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benfsh-Strasse 2.

Freitag, den 7. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Benfsh-Strasse 3.

### Prügelnde Polizeibeamten.

Raum ist der Erlaß des Herrn v. d. Neke an die Regierungspräsidenten bekannt geworden, so tritt durch den Prozeß Stadthagen die hohe Aufgabe, die die Polizei zum Schutze des friedlichen Bürgers angeblich zu erfüllen hat, abermals trefflich in die Erscheinung. Und zwischen beiden Dingen ist ein recht inniger Zusammenhang.

In dem Erlaß der entschiedene Befehl, bei Außerordnungen auf die Uebelthäter unnachlässig mit der blauen Waffe einzuwirken, und ja nicht über die Köpfe der Menge zu schießen; in dem Prozeß die Thatfachen aneinandergerichtet, daß eine Reihe schwerer Mißhandlungen von Beamten ausgeübt wurden, denen die öffentliche Sicherheit anvertraut ist. Was liegt näher, als daß ein Beamter, der mit der Waffe ausgerüstet ist, in den vom Erlaß erwähnten Fällen von der Waffe den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, seinem Eifer auch in diesen Fällen die Fingel schießen läßt, wo nach seiner Auffassung minder staatsgefährliche Dinge niederzuschlagen sind.

Würden solche Ausschreitungen der Beamten nur ganz vereinzelt ans Licht treten, dann hätte man noch einen Grund zur Entschuldigung. Ein gut Theil der Schuld an diesen Zuständen liegt in der Auswahl der Beamten. Leute ohne jede Kenntniß der Verhältnisse einer Großstadt, ohne mehr als oberflächliche in wenigen Wochen eingedrückte Kenntnisse der zahllosen, die Polizeiverwaltung betreffenden Gesetzesvorschriften erlangen als Polizeibeamte Anstellung. Die Hauptbedingung ist nur, daß der betreffende eine Militärdienstzeit hinter sich hat, das andere findet sich von selbst.

Nur wenn von solchen Beamten arge Mißgriffe geschehen, wenn Leute aus den Kreisen des honetten Bürgerthums auch einige Prüffe abbekommen, oder gar ehrbare Bürgerfrauen unter falschem Verdacht den Weg zur Polizei antreten müssen, dann kommt auch in diesen Kreisen ein Gefühl der Unsicherheit über unsere Rechtszustände zum Ausdruck, und die Entrüstung wird in Blättern laut, die sonst für jede That der Polizei, die gegen Arbeiter gerichtet ist, eine Vertheidigung zur Hand haben.

Das ist das charakteristische Merkmal: So oft Ausschreitungen von Beamten bekannt werden, fast immer richten sie sich gegen Arbeiter. Studenten sind gewiß auch recht oft Gäste auf den Polizeiwachen; daß sie sich gerade immer sehr harmlos benehmen, ist nicht anzunehmen; auch Leute aus den sogenannten besseren Gesellschaftskreisen verirren sich an diesen Stätten. Aber man hört sehr selten, daß sie dort mit Gummischlauch oder Oefenzimmer Bekanntschaft gemacht hätten. Der aus irgend einem entlegenen Dorf zum Militär eingezogene Knecht, der später Gefreiter, dann Unteroffizier und schließlich Schutzmann wurde, hat aus seinem Dienstverhältnis noch immer den richtigen Respekt vor dem „gnädigen Herrn“ bewahrt. Ein solcher prügelnder Schutzmann dürfte die Menschen meist nach ihrem Äußern einschätzen. Dem schlechtgekleideten Arbeiter gegenüber wird seine Hand oft viel losere, als gegenüber dem schon in der äußeren Erscheinung ihm mehr Respekt einflößenden Bourgeois. Dieselbe Berthschätzung, die ihm bei dem „gnädigen Herrn“ zu theil wurde, bringt er jetzt Leuten gegenüber in Anwendung, die mit ihm ungefähr in gleicher Stellung standen, denn er fühlt sich jetzt selbst als „Gebierter“.

Betrachtet man die zahlreichen Fälle von Mißhandlungen auf Polizeiwachen, wie sie in dem Prozeß und auch sonst zur öffentlichen Kenntniß kamen, so sollte man meinen, der Herr Polizeipräsident von Nidthofen hätte seinerzeit eigens in einem Erlaß angeordnet, daß auf jedem Polizeibureau ein Gummischlauch und ein Oefenzimmer als Bureau-Utensilien aufgeführt werden müssen, damit in geeigneten Fällen der nachhaltigste Gebrauch von diesen Gegenständen gemacht werden könne. Vielleicht würde es sich empfehlen, wenn von Herrn v. d. Neke den Beamten eingeschärft würde, in anbeacht der vielen Ausschreitungen und Gesetzesübertretungen dafür zu sorgen, daß dem Befehl Achtung verschafft wird. Bisher ist hierüber nichts bekannt geworden, denn wir hätten davon wohl auch Kenntniß erhalten.

Der Herr Staatsanwalt hat schon vorgezogen zur Entschuldigung dieser Zustände erklärt, die Beamten seien auch für die erwiesenen Ausschreitungen bestraft worden. Das ist vielfach geschehen. Es dürfte nicht uninteressant sein, einige Fälle wegen der Höhe des Strafmaßes, das dabei in Anwendung kam, in Erinnerung zu bringen.

Am 19. September 1898 wurden von der Strafkammer in Potsdam die Ludenwalder Polizeiergeanten Madloff und Maday zu 20 und 10 M. Strafe verurtheilt, weil sie den Drehsler Witte auf dem Transport nach dem Rathhause mit dem Säbel und den Fäusten derartig bearbeiteten, daß derselbe acht Tage lang unpfählig war und Blut spuckte.

Am 9. Oktober wurde von dem Landgericht in Danzig der Schutzmann Johannes Lohs zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Angeklagte war beschuldigt, den Fleischer Hinz aus Judau ohne Berechtigung festgenommen und ihn dabei mit einer Peitsche, mit den Fäusten und mit der Kette, womit der Fleischer geschlossen werden sollte, mißhandelt zu haben.

Am 3. November 1898 fand vor der Berliner Strafkammer eine Verhandlung gegen die Schutzmänner Koinzer, Schmidt und Schlemmer

vom Polizeirevier Benfsh. 8 statt. Auf diesem Polizeirevier waren mehrere streikende Padelkahn-Angestellte ins Gesicht geschlagen worden und ein Beamter hatte den Verhafteten höhnend die Redensart zugerufen: „Ihr Kämmeis, warum freit Ihr!“ Koinzer, der sich besonders brutal benommen hatte, belam drei Monate. Von der Aberkennung der Befähigung, öffentliche Aemter zu bekleiden, hatte der Gerichtshof abgesehen, weil der Polizeileutnant dem Angeklagten das Zeugniß eines pflicht-treuen Beamten ausgestellt hatte Schmidt wurde zu 50 M. Strafe verurtheilt, der letzte Angeklagte freigesprochen.

Am 17. Februar 1897 verurtheilte die Berliner Strafkammer den Schutzmann Harz zu einem Monat Gefängniß. Der Angeklagte beging an einer Straßenlaterne eine Uebertretung. Zur Rede gestellt von einem Passanten podte er diesen am Halse und würgte ihn unter Schimpfsvorten. Eine große Menschenmenge nahm Partei für den Gemißhandelnden. Harz zog den Säbel und stürmte gegen die Menge los. Schließlich wurde er von einem hinzukommenden Schutzmann verhaftet. Auf dem Wege zur Polizeiwache riß sich der Angeklagte los und ver-setzte dem ihm folgenden Schuhmacher Conrad einen Fußtritt gegen den Unterleib.

Der Schutzmann Jachow erhielt am 23. November 1897 von der Berliner Strafkammer eine Geldstrafe von 50 M. zudiktirt, weil er einen Arrestanten mit dem Säbel über den Kopf schlug, daß dieser eine 5 Zentimeter lange Wunde erhielt.

Von der Strafkammer in Düsseldorf wurden am 21. Januar 1898 zwei Polizeibeamte, der eine zu fünf, der andere zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil sie einen Arrestanten auf das unmenslichste mißhandelt hatten. Dabei hatte man vorher den Gemißhandelnden noch angeklagt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. In der Verhandlung selbst wurde ein Beamter wegen Verdacht des Meineids verhaftet.

Interessant ist auch ein Urtheil der Potsdamer Strafkammer vom 12. April 1898 gegen einen Arminalkommissar wegen Sittlichkeits-vergehens. Die Strafkammer verurtheilte den überführten Angeklagten mit Rücksicht auf seine Stellung, wie es in der Urtheilsbegründung hieß, und mit Rücksicht auf sein Vorleben nur zu einer Geldstrafe von 400 M.

Gegen den Schutzmann Parina erlachte am 3. Juli 1898 die Berliner Strafkammer auf eine Gefängnißstrafe von vier Monaten, weil er sich der schweren Körperverletzung in zwei Fällen schuldig gemacht hatte.

Dies nur einige Fälle aus dem umfangreichen Material, das uns zur Verfügung steht. Sie alle zeigen eine äußerst milde Beurtheilung der Vergehen von Polizeibeamten seitens der Gerichte, ganz zu schweigen davon, wie weit die Justizverwaltung verurtheilte Polizisten der Vergnadigung empfohlen hat.

Fordern diese Dinge nicht auch zum Vergleich heraus mit den Vergehen, die Arbeiter sich zu schulden kommen lassen und ihrer Beurtheilung seitens der Gerichte? Wir fragen uns, was wäre den Arbeitern geschehen, die im Lohnkampf gegen andere Arbeiter ähnliche Gewaltakte verübt hätten? Wir können sicher sein, sie hätten an Strafen so viel Monate, vielleicht Jahre bekommen, wie die Beamten Wochen.

Wo aber finden wir die Stimme, die sich entrüstet über die Gewaltakte, die Sicherheitsbeamte ausführen? Wo, Herr v. d. Neke, ist die Gesetzgebung, die eine Verschärfung der Strafe bei Mißbrauch der Amtsgewalt einführen würde? Wir haben im Gegen-theil eine überaus milde Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen konstatiren müssen. Und wenn wir sorgfältig eine Statistik aufstellten und all die Fälle, wo Arbeiter bei Streiks Ausschreitungen begingen, gegenüberstellten würden den Mißbräuchen der Amtsgewalt, dann würden die Arbeiter sehr günstig abschneiden, während diejenigen, denen die Behütung der Gesetze anvertraut ist, nicht im vorteilhaftesten Licht erscheinen würden. Aber der Staat, der seine ganze Kraft aus dem Militarismus und dem Polizeisystem schöpft, kann ernstlich gegen solche Mißstände nicht einschreiten, es sei denn, er verleugnete seinen ganzen Charakter.

Unter dem Eindruck der erdrückenden Beweisführung mußte Stadthagen von einer Reihe zur Anklage stehender Anschuldigungen gegen mißhandelnde Beamte freigesprochen und nur wegen formaler Verleidigungen verurtheilt werden. Dem gedächtnisschwachen Beamten Klöcksch konnte schließlich das Gericht keinen größeren Glauben he-messen, als einer ganzen Anzahl einwandsfreier Zeugen. Wenn auch dem Staatsanwalt die Beweis-führung nicht genügte, nach außen hin konnte der Eindruck nicht verwischt werden. Herr v. Windheim wird über den Prozeß nicht sehr erbaudt sein, denn die Genugthuung, daß der Angeklagte wegen formaler Verleidigung zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt wurde, ändert nichts an dem Thatbestand, daß zahlreiche Ausschreitungen der Herrn Windheim unterstellten Beamten mit Erfolg unter Beweis gestellt werden konnten, die nicht zum Lobe der Polizei ins Feld geführt werden können.

Nebenbei wurde durch die Vernehmung des Herrn Windheim noch bekannt, daß der Beschluß der Berliner Stadt-verordneten, der Magistrat möge mit dem Polizeipräsidenten verhandeln, wie künftig Vorgänge, die der Fall Köppen zeitigte, vermieden werden, vom Magistrat garnicht zur Ausführung gebracht ist. Das ist so ganz unserer liberalen Stadt-verwaltung würdig.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober.

Der sozialdemokratische Parteitag und die dort gepflogenen Debatten über die Taktik unserer Partei beschäftigen nunmehr die gesammte gegnerische Presse. Einige Proben der Konfusion im bürgerlichen Lager haben wir schon gestern gegeben. Dasselbe ergötzliche Schauspiel wiederholt sich schon seit so manchem Jahre. Sowie irgendwo in der Partei und besonders auf den Parteikongressen zu tage tritt, daß in der Partei diese oder jene Materie von verschiedenen Standpunkten aus diskutiert wird, dann beginnen gar bedächtigt und bedenklieh die alten Perrückenstöcke zu wackeln. „Aha, die Spaltung!“ ruft zunächst die Majorität der Perrücken. — „Oh nein,“ klingt es von links, „es ist die Rauserung! Laßt die Leute jetzt nur machen und stört sie nicht, dann werden wir sie bald bei den bürgerlichen Reformern haben und dann ist der ganze Sozialistenputz vorbei.“ — Da schreit aber schon die gesammte Reaktion dazwischen: „Ach, Ihr Schlämmköpfe, seht Ihr denn nicht die nackte Heuchelei bei jenen rothen Brüdern? Von Reformen sprechen sie. Aber ihre innere Absicht ist die blutige Revolution, die in allernächster Zeit ausbrechen wird, wenn die Regierung sich nicht endlich aufrafft und mit schonungslosen Waffen die Umsturzpartei aufs Haupt schlägt.“

Wie sich diese interessante Diskussion diesmal abspielt, davon aus den heute vorliegenden bürgerlichen Zeitungen noch einige Proben. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sieht alles roth:

Wenn es einerseits richtig ist, daß die Sozialdemokratie allgemein und unter allen Umständen an ihrem revolutionären End-ziele festhält, und wenn der Ausspruch Frohne's von den rothen Pfaffen und den rothen Lappen andererseits einen wirklichen Sinn haben soll, so läßt er sich nur so erklären, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, um Mandate zu gewinnen, ihre rothen Pfaffen hinter dem Jähne der Fährne zu behalten und ihre rothen Lappen sorgsam zu verhalten, d. h. mit anderen Worten: Bauernfang zu treiben. Die ganze, insbesondere zu Wahlen in wenig durchschauten Gegenden, zur Schau getragene Mäßigung ist also weiter nichts als Lug und Trug, dazu bestimmt, diejenigen zu locken und ihnen blauen Dampf vorzumachen, die durch die rothen Lappen noch erschreckt werden würden und für die Entfaltung der Endziele, also für die rothen Pfaffen, noch nicht reif zu sein scheinen.

Das „Berliner Tageblatt“ bläst die Beschwichtigungsschalmel:

„Jeder Politiker, der umfassen die Entwicklung der Sozialdemokratie verfolgt hat, muß zugeben, daß ihre Taktik sich immer mehr nach der Richtung hin entwickelt, die Eduard Bernstein charakterisirt hat. Das Thörichteste, was man thun könnte, wäre, den Sozialdemokraten, die an Stoffmangel leiden, Stoff zu neuen Diskussionen zu geben. Vor allem aber sollte man sich hüten, ihnen den Stoff zu Agitationen, über den sie leider ja reichlich verfügen, noch zu vergrößern. Die sozialdemokratische Bewegung ist in ruhige Bahnen gekommen — wer sie daraus auf das Endziel abzulenken sucht, ist verantwortlich für etwaige Katastrophen.“

In ungetrübter Heiterkeit genießt endlich das Berliner Fremdenblatt die Parteitageberichte. Hier heißt es:

An jenes Studentenwöllchens ungebändigten Frohinn, dessen Lebensregel ungeheure Heiterkeit zu sein pflegt, wird man beim Lesen der sozialdemokratischen Parteitageberichte gemahnt. „Stürmische“, „große“ und „schallende“ Heiterkeit, Gelächter in allen Abstufungen, das ist das charakteristische Merkmal, das fast der ganzen bisherigen Debatte den Stempel aufdrückt. Der breite Humor, von dem der diesjährige Parteitag der rothen Internationale gesättigt ist, ist bezeichnend für die Wandlung der Anschauungen, die im Oeet-lager Liebknecht's, Bebel's und Singer's playegegriffen.

Nun, wir gönnen den Herrschaften ihr Amüsement und den anderen ihre Gruselgeschichten. Gut ist es nur, daß die Sozialdemokratie in solchem Gefasel noch nie etwas anderes als das Beklapper der fassungslosen Perrückenstöcke gehört hat.

Das schnelle Vorgehen des Polizeiministers hat in der volksfeindlichen Presse begeisterten Widerhall gefunden. Man ver-übelt bloß dem Minister, daß er nicht den „ordnungsliebenden Bürger“ durch Veröffentlichung des Erlasses im „Staats-Anzeiger“ gewarnt habe. Jetzt sei aber das Publikum aufgeklärt und alle, die „an Tumulten keine Freude“ haben, hätten es nun in der Hand, sich dieser Gefahr zu begeben. Da fragt es sich, haben diese Scharfmacher-Organe denn auch bedacht, wie schwer es oft sein dürfte, der Gefahr zu entgehen? Wird es immer möglich sein, aus dem Menschenmäuel, in dem man ohne sein Verschulden hinein-gerathen ist, wieder heraus zu kommen? Und die Durchschlags-kraft der Gewehre? Weit ab von dem Schaulplay des Aufbaus kann der „Ordnungsliebendste“ von einer abirenden Kugel in den Sand gestreckt werden.

Bezeichnend ist auch der Hinweis darauf, daß die Bestimmungen durchaus nichts neues seien, daß dieselbe Instruktion der Gendarmerie ja bereits im Jahre 1820 gegeben worden sei. Soll es besonders empfehlend für unser vielgerühmtes humanes Zeitalter sein, daß dieselben Gewaltmittel schon vor 80 Jahren angewandt wurden? Es ist aber gar nicht so.

Vergleichen wir. Der § 28 der Dienstinstruktion für die Gendarmerie vom 30. Dezember 1820 lautet in den hier in betracht kommenden Stellen:

Die Gendarmen sind befugt, auch ohne Autorisation der vorgesetzten Behörde, sich der ihnen anvertrauten Waffen zu bedienen, a) wenn Gewalt oder Thätlichkeit gegen sie selbst, indem sie sich in Dienstfunktion befinden, ausgeübt wird, e) wenn sie auf andere Art den ihnen angewiesenen Posten nicht behaupten oder die ihnen anvertrauten Personen nicht beschützen können. Es liegt ihnen jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen nur, nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewandt sind, und nur, wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders als mit gewaffneter Hand überwunden werden kann, und auch dann noch mit möglichster Schonung zu gebrauchen."

Also „nur, nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewandt sind, und nur, wenn der Widerstand so stark ist...“ Herr von der Rede verpflichtet die Beamten, daß, wenn sie einmal genötigt sind, mit bewaffneter Hand einzuschreiten, sie von der Waffe sofort wirksamen Gebrauch zu machen haben.

Von der Anwendung „gelinder Mittel“, von „möglichster Schonung“ kein Wort.

Es hilft kein Dementi: Der jetzige Erlass ist weit schärfer, der Beamte wird ihn nicht anders auffassen können, als daß er im Zeitalter der größeren Schnelligkeit alle der Instruktion vom Jahre 1820 anhaftenden Humanitätsstellen als überflüssig zu betrachten habe.

**Analogien zum Rede-Erlass.** In den realistischen Zeitungen wird anlässlich des Erlasses über den Waffengebrauch der Polizeibeamten an eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 8. Dezember 1896 erinnert (abgedruckt in Goldammer's Archiv für Strafrecht, Jahrgang 44, Seite 388 ff.). Hier wird unter ausdrücklicher Billigung der von den Militärgerichten beobachteten Praxis festgestellt, daß eine Militärperson sich eines Mißbrauchs der Waffe schuldig macht, wenn sie in einem Falle, in dem sie von derselben Gebrauch zu machen befugt, beziehungsweise verpflichtet ist, mit dem Seitengewehr absichtlich flach schlägt. Eine solche Anwendung der Waffe entspreche nicht — so meint das Reichsgericht — ihrer Bestimmung; das absichtliche Flachschiessen mit dem Seitengewehr stelle sich somit als ein nach § 55 des Militär-Strafgesetzbuchs zu ahnender Mißbrauch der Waffe dar, deren bestimmungsgemäße Verwendung in scharfen Schlägen bestehe. — Ganz in derselben Weise, wenn auch in einem etwas veränderten Zusammenhang, hat sich das Reichsgericht schon früher einmal ausgesprochen, und zwar in dem Urtheile vom 8. Mai 1894 (vergl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Band 25, Seite 348 ff.). Hier heißt es: „Nach feststehender Praxis der preussischen Militärgerichte wird im Falle absichtlichen Flachschiessens nicht angenommen, daß ein der Bestimmung des Seitengewehrs entsprechender Gebrauch vorliegt, weil bei einer solchen Verwendung desselben in der Art eines stumpfwirkenden Instrumentes seine Eigenschaft als Waffe in der prägnanten Bedeutung des § 149 Militär-Strafgesetzbuchs außer Betracht“ bleibt.

Das sind entschieden sehr interessante Streiflichter, die sowohl auf die preussischen Kulturzustände, wie auf den Militarismus geworfen werden. Unseres Erachtens wäre es die Aufgabe moderner Staatsmänner, solche Ueberbleibsel roherer Jahrhunderte nach und nach aus dem modernen Leben zu entfernen. Unsere Minister aber halten es für nötig, die Gebräuche und Anschauungen des Militarismus in die Zivilverwaltung herüber zu retten.

**Zur Anarchistenbekämpfung** wird gemeldet, daß der Vorschlag der italienischen Regierung, eine Konferenz der Regierungen stattfinden zu lassen, nicht überall Zustimmung finde. So wird aus Brüssel gemeldet: „Die Thatsache, daß Belgien bisher die italienische Einladung zur Theilnahme an der internationalen Anarchistenkonferenz unbeantwortet ließ, ruft hier zahlreiche Kommentare hervor. Der Minister des Aeußeren Habereau versichert zwar, die Antwort werde bald abgehen und für formell zustimmend lauten. Trotzdem ist es sicher, daß in hiesigen leitenden Kreisen großes Mißtrauen gegenüber der Konferenz herrscht.“ Die belgische Regierung soll für Verhandlungen von Staat zu Staat sein. Trotzdem soll das Zustandekommen in Rom gesichert sein. Ueber das voraussichtliche Ergebnis der Konferenz wird der „Kreuz-Zeitung“ aus Rom gemeldet:

„Bei den zu treffenden Vereinbarungen wird es sich kaum um neue Abmachungen, sondern darum handeln, daß die Verpflichtung zu gleichmäßigem und gemeinsamem Vorgehen nach den bestehenden Gesetzen feierlich durch einen internationalen Vertrag oder durch ein ähnliches Instrument bekräftigt werde. Die Ausführung der zu ergreifenden Maßnahmen wird Sache der Polizei sein. Diese wird, was von besonders praktischem Werthe sein wird, auf Grund des, gemäß dem Vertrage zwischen den Mächten, zu treffenden Einverständnisses und zu vereinbarenden Jneinandergehens vorzugehen haben, so daß durch allseitige Ausweisungen der anarchischen Wähler in ihre Heimath diese Elemente bewältigt und unschädlich gemacht werden können.“

Ob der gegenwärtige Zustand in Europa besser werden wird, wenn etwa die in England befindlichen ausländischen Anarchisten, in welchem gastfreien Lande sie sich ruhig verhalten, in ihre italienische, französische oder spanische Heimath zurückbefördert werden, das dürfte doch sehr zu bezweifeln sein.

**Ueber die internationale Friedenskonferenz** wird den „Times“ aus Wien telegraphirt: In gut informierten kontinentalen Kreisen herrsche die Meinung, die Friedenskonferenz des Jahres werde wenig mehr als einen Achtungserfolg haben, aber in Petersburg nehme man sie ernst. Jede vertretenen Macht solle einen militärischen, einen seemannischen, einen finanziellen Beirath senden.

**Zum Streit um Faschoda.** England und Frankreich scheinen nunmehr entschlossen zu sein, den Streit um Faschoda auf dem Wege gegenseitiger friedlicher Unterhandlungen beizulegen, die baldigst in Paris beginnen sollen. Frankreich verhält sich zwar, wie der „Matin“ versichert, noch ablehnend gegen die englische Forderung einer Zurückberufung Marchand's vor Aufnahme der Verhandlungen, doch hat es in so weit nachgegeben, als es jetzt das englische Anerbieten annimmt, einen Kurier auf dem Nilwege über Chartum an Marchand abzuschicken. Dem Pariser „Figaro“ zufolge dürfte der Bericht des Majors Marchand über die Besetzung von Faschoda Mitte Oktober eintreffen; alsdann sollen der Vereinbarung gemäß die Verhandlungen mit England beginnen.

Zur Lösung der Frage macht der bekannte französische Nationalökonom Paul Veroy-Beaulieu im „Journal des Débats“ folgenden Vorschlag:

„Die Lösung, scheint uns, sollte folgende sein: Flüsse sind die besten Grenzen und in Afrika sind sie allgemein angenommen worden. Der Schari bildet die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland in der Gegend des Tschad-Sees. Der Kongo und dann der Ubanghi bilden die Grenze zwischen Belgien und Frankreich. Der Nil vom 12. oder 11. Breitengrade würde eine ganz natürliche Grenze zwischen Frankreich und Ägypten sein. Wir würden so vom 12. Breitengrade bei Lado das linke Ufer des Nil und Ägypten das rechte besetzen. Das Zugeländnis war unsererseits kein kleines, denn wir würden darauf verzichten, unsere Besitzungen mit Abyssinien zu verbinden, wo wir durch Herstellung der Djibouti- und Harar-Eisenbahn anfangen, überwiegende wirtschaftliche Interessen zu haben. Der Nil in seinem oberen Theile würde auf diese Weise verschiedenen Mächten gemeinsam

gehören, was mit den meisten Flüssen in Zentral-Afrika der Fall ist — wie mit dem Schari, dem Niger und dem Kongo. Diese Lösung scheint uns geeignet, den Stolz und die Interessen der beiden rivalisirenden Mächte zu befriedigen.

Der Vorschlag ist nicht schlecht gemeint; ob aber England darauf eingehen wird, ist recht fraglich.

### Deutsches Reich.

**Reichstags-Eröffnung.** Von zuverläßiger Seite wollen mehrere Blätter erfahren haben, daß der Reichstag um die Mitte nächsten Monats einberufen werden soll. Ein bestimmter Tag sei noch nicht festgesetzt, doch gelte der 15. November für wahrscheinlich. Die Eröffnung soll durch den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe erfolgen, da der Kaiser zu seiner Zeit noch nicht von seiner Palastinsafahrt zurückgekehrt sein wird. — Ueber die dem Reichstag zu stellenden Aufgaben haben wir schon vor wenigen Tagen berichtet.

**Der Bundesrath** trat heute wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Dem Antrage Badens, betreffend die Errichtung eines weiteren Schiedsgerichts für den Bezirk der badischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft, und dem Auswahlantrag, betreffend die Anwendbarkeit des § 12 Abs. 2 des Reichs-Stempelgesetzes, wurde die Zustimmung ertheilt, und die Ueberweisung der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgesetzes für 1897 zur Kenntnis genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: der Antrag Badens, betr. die Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Besteuerung des Tabaks vom 6. Juli 1879; die Vorlage, betr. die Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 10. Mai 1892 über die Unterfertigung von Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften; ebenso die Vorlage, betr. den Entwurf einer neuen Militärtransport-Ordnung nebst zugehöriger Einführungsverordnung und eines neuen Militärtarifs für Eisenbahnen. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

**Ueber die Aufgaben des Landtages in der nächsten Session** wird geschrieben:

„Die wichtigste Vorlage dürfte wohl die Wahlgesetz-Reform darstellen. Sie wird sich nur auf das kommunale Wahlrecht beziehen, da bekanntlich für die Landtags-Wahlreform erst die Erfahrungen der Wahl abgewartet werden sollen. Recht umfassend werden sich die Ausführungsarbeiten stellen, die infolge des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der mit ihm gleichzeitig in kraft tretenden anderen Gesetze nötig werden. Von Seiten des Kultusministeriums ist die Medizinalreform in Aussicht gestellt, von Landwirtschaftsministerium ein Entwurf über die Regelung der Bekämpfung der Verunreinigung der Flußläufe. Sodann wurde früher auch daran gedacht, schon in der nächsten Tagung mit den in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Arbeiten zur Verhütung von Hochwasser-Katastrophen in den schlesischen Gebirgsflüssen zu beginnen. Ob sich jedoch die Vorarbeiten auf diesem Gebiete so fördern lassen, daß bestimmte gesetzgeberische Vorschläge bereits in der nächsten Tagung möglich sein werden, steht noch dahin. Als ganz sicher darf dagegen angesehen werden, daß das Finanzministerium bis zum Beginn der Tagung die Arbeiten beendet haben wird, die sich auf den Ausgleich der Herten in der Forderung der Unterbeamten beziehen. Ebenso sicher ist auch, daß wiederum für Reben- und Kleinbahnen Kredite gefordert werden sollen. Auch wird es immer noch als mehr wie wahrscheinlich angesehen, daß die große Kanalvorlage dem Landtage schon in der nächsten Tagung unterbreitet werden wird.“

**Als menschenförmig** ausgeblieben werden in den Restanten des deutschen Reichsheeres für 1897 geführt 105 003 Personen. Ein ganz überwältigender Beweis für die Beliebtheit der Kolonialpolitik bei der Bevölkerung!

**Der Handelsminister** Bresfeld wird etwa Mitte Oktober sich nach Oberösterreich begeben, um den dortigen Industriebezirk zu bereisen. In verschiedenen Orten sollen Konferenzen mit den Industriellen der betreffenden Gegend stattfinden.

Will sich Herr Bresfeld bei dem Grafen Tiele-Winkler, den Herren v. Donnermarck, Friedländer und Genossen informieren, wie man die Bergwerksinspektion einzurichten habe und ob sie sich für Inspektoren aus dem Kreise der Arbeiter erklären?

**Die diesjährige Konferenz der Direktoren der preussischen Universitäten** ist zusammengetreten. Handelt es sich diesmal um die Durchführung der lex Krone und die Organisation des hierzu erforderlichen Spionage- und Geheimdienstsystems?

**Bei der Reichstags-Eröffnung** im 7. hannoverschen Wahlkreis Wienburg für den verstorbenen welfischen Abg. v. d. Decken ist am Dienstag der welfische Kandidat v. Schele gewählt worden mit 637 gegen 4600 bündlerische und 1860 sozialdemokratische Stimmen.

**Bedenklich** es im Sinne der Landwirthe? Wie die in Hildburghausen erscheinende „Dorfzeitung“ meldet, sieht die Gründung eines thüringischen Bauernvereins nach erfolgter Loslösung der thüringischen Landwirthe vom Bund der Landwirthe nahe bevor.

In Bayern besteht bereits ein vom Bund der Landwirthe unabhängiger bayerischer Bauernbund.

**Ueber einen recht bezeichnenden Verächtlichungsprozeß** berichtet die „Dresdener Morgenzeitung“. Sie hatte eine Verächtlichung nicht abgedruckt, deren Angaben durchweg wider besseres Wissen gemacht, die nicht blos objektiv, sondern auch subjektiv falsch waren, die mit einem Wort ein Bündel von Lügen darstellten. Das Schöffengericht erkannte auf eine kleine Geldstrafe und auf nachträgliche Aufnahme der Verächtlichung. Das Landgericht erkannte auf die von der „Dresdener Morgenzeitung“ eingeleitete Berufung hin auf Freisprechung und ordnete nur die nachträgliche Aufnahme der Verächtlichung an. Um die Sache zum grundsätzlichen Austrage zu bringen, legte die „Dresdener Morgenzeitung“ gegen dieses Erkenntniß Revision ein, so daß das Breslauer Oberlandesgericht in die Lage kam, sich als dritte und letzte Instanz mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Zur Begründung der Revision machte der damalige Rechtsanwalt in Breslau, jetzige Oberbürgermeister Berlins, Herr Reichner, unter anderem geltend: Die gerichtlichen Urtheile werden „im Namen des Königs“ erlassen. Es gehe doch aber nicht an, jemandem „im Namen des Königs“ zu einer unmoralischen Handlung zu zwingen. Dies aber geschehe, wenn eine Zeitung gezwungen werde, Lügen zu verbreiten, was durch einen Abdruck der in Rede stehenden Verächtlichung bewirkt würde. Der Hinweis hat nichts genügt, das Breslauer Oberlandesgericht verwarf die Revision.

**Herr Stephan** ist — in Nordern. Die „Voss. Zeitung“ erklärt deshalb, auf die Angriffe der Presse nicht antworten zu können. Vor fünf Tagen forderte das Blatt alle Angriffe heraus. Und als die Angriffe hageldicht zu fallen begannen, ist Herr Stephan verzeilt. Nachwürdig ist, das die anderen Redakteure der „Voss. Zeitung“, die bei dem erwähnten ehrenrührigen Verfahren Mann für Mann für den pp. Dantj stimmten, jetzt über die Sache so wenig orientirt sind, daß sie die Rückkehr des Herrn Stephan abwarten müssen. Wie wäre es mit einer Sammlung für die Reisekosten des Herrn Stephan von Nordern nach Berlin?

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Würzburg der Husschmied Schweizer von Herberichshofen zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

### Oesterreich.

**Wien, 6. Oktober.** Das Abgeordnetenhaus nahm einen Antrag Javorick an, dahingehend, die Regierungsvorlagen betreffend den Ausgleich mit Ungarn einem achtundvierzigkündigen, aus allen Parteien des Hauses zu wählenden Ausschusse zu überweisen.

### Frankreich.

**Zu der Revisionsfrage** gehen die Meinungen der Blätter weit auseinander. Biesch wird die Meinung vertreten, daß es nicht zu einer Revision, sondern zu einer Annullirung des Dreyfus-Prozesses kommen werde. Der Generalstaatsanwalt Manau soll sich allerdings, wie wir auch bereits mittheilten, in seinem Bericht an den Kassationshof entschieden für die Revision ausgesprochen haben. Nach ihm ist das Protokoll über die Geschäftswise Henry's eine Thatsache, welche die Revision begründe. Die „Aurore“ fügt dem bei: In betreff der Annullirung glauben wir zu wissen, daß schon heute die Mitglieder der Kriminalkammer einmüthig der Ansicht sind, daß die Annullirung unumgänglich ist für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Revision nicht zugestanden würde. Ferner berichten die Blätter, Picquart sei am Sonnabend und gestern zum Gehör vorgeführt worden. Gegen ihn bestehe ein Aktenmaterial, das noch von Henry zusammengestellt worden sei, dieses Material werde jetzt genau geprüft, die Untersuchung darüber werde noch einige Tage dauern.

Der Rath am Kassationshof, Garb, ist zum Berichterstatter in der Angelegenheit der Revision des Dreyfus-Prozesses ernannt worden.

Gegenüber der Generalstabspresse, welche den sicheren Sturz des Ministeriums bei dem Zusammentritt der Kammer voraussetzt, hebt der „Matin“ hervor, daß der Ministerpräsident Briçon für die verloren gegangenen Stimmen der Antisemiten und Nationalisten reichlichen Ertrag bei den genehmigten Republikanern finden werde, von denen viele bereits jetzt dem Kabinet ihre Unterstützung zusicherten.

### Italien.

**Die sozialistischen Siege** häufen sich trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung und trotz aller Verleumdungen der Gegner. Wie unser römischer Korrespondent berichtet, sind in Frascati (Provinz Rom) bei den Kommunalwahlen vier Sozialisten gegen Liberale gewählt worden. Unser Korrespondent meldet leider auch von neuen Verurtheilungen; der Direktor des „Avanti“ wurde — in contumaciam — zu 4 Jahren Gefängniß und 2000 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Der Redakteur Cassola erhielt 6 Monate und 1000 Fr. Geldstrafe. — Der Bürgermeister von Sarso wurde seines Postens enthoben, weil er sozialistische Agitation getrieben habe. — Der „Grido del Popolo“ (Volkstimme) von Turin ist abermals konfisziert worden, das dritte Mal seit kurzem.

**Revision des Wahlgesetzes.** Wir konnten kürzlich mittheilen, daß die Regierung an der Rückwärtsbewegung des Wahlgesetzes arbeite. Jetzt wird dem „Vert. Tagblatt“ aus Rom gemeldet, daß dies Gesetz folgende Bestimmungen enthalten soll: Ein Wahlkreis, der zweimal hintereinander einen Verurtheilten zum Abgeordneten wählt, geht für drei Jahre des Wahlrechts verlustig. Natürlich bezweigt der Paragraf lediglich die Wahl von verurtheilten Sozialisten, Anarchisten oder Republikanern und dadurch deren Freilassung oder Begnadigung zu verhindern. Eine weitere Vorlage wird ein Amendement des Wahlgesetzes beantragen. Der Zusammentritt der Kammer ist auf den 15. November festgesetzt.

Man fürchtet eben, daß die zu Nuchthaus verurtheilten Abgeordneten, wie die Genossen Turati, Pedocetti bei den bevorstehenden Nachwahlen einstimmig wiedergewählt werden. Dieses Volkurtheil gegen die infamen Urtheile der Militärgerichte fürchtet man eben.

### Spanien.

**Madrid, 5. Oktober.** Admiral Cervera wird zum Senator auf Lebenszeit ernannt werden. Erfolgt diese Rangserhöhung die verdienstvolle Vernichtung der in die Mausefalle von Santiago de Cuba gebrachte Flotte oder als Schweigegeld zum Schutze des Ministeriums?

**Madrid, 6. Oktober.** Nach Kuba sind fünfzehn Millionen Pesetas gesandt worden zur Zahlung der rückständigen Löhne an die Freiwilligen. — Die vollständige Räumung Portoricos wird am 12. d. M. beendet sein. Die Transportkosten für die Rückbeförderung der Soldaten in die Heimath werden die Höhe von 25 Millionen Pesetas erreichen.

Die kubanischen Aufständischen werden am 10. d. M. einen neuen Präsidenten der Republik wählen.

Der Prozeß wegen der Verstärkung des Geschwaders vor Santiago und Cavite vor dem obersten Kriegsrath dauert fort; man glaubt, er werde 8—10 Monate dauern.

### Türkei.

**Zur Kretasfrage** wird aus Paris telegraphirt: Der französische, der russische und der italienische Admiral vor Kreta haben bei ihren Regierungen um Verstärkungen. Diese drei Mächte beschloßen, der Bitte nachzukommen. Frankreich wird 800 Mann mit 2 Geschützen abgeben lassen, ohne die Antwort des Sultans auf die Note der Mächte abzuwarten. England wird keine Verstärkungen entsenden, da es vor Kreta genügende Streitkräfte hat.

### Afrika.

**Von der Transvaal-Republik.** Einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Kapstadt von gestern zufolge soll ein Agent des Barons Erlanger Dr. Krause mit der Regierung der Südafrikanischen Republik wegen einer Anleihe von 6 Millionen Pfund Sterling in Verhandlung stehen. Der Vorkontrakt habe wegen der Delagoa-Frage und wegen der Anleihe 6 Tage lang geheime Sitzungen abgehalten.

**Pretoria, 5. Oktober.** Der Volksraad hat die Beschlüsse der gemeinschaftlichen Konferenz zwecks engerer Vereinigung mit dem Orange-Freistaat angenommen mit Ausnahme des Beschlusses, der die Errichtung eines Appellgerichts betrifft.

### Amerika.

**Aus New-York** wird der „Frank. Zig.“ gemeldet: General Garcia bezieht sich im Dienste der amerikanischen Regierung in das Innere Kubas, um die Insurgenten zur Niederlegung der Waffen zu bewegen.

**New-York, 6. Okt.** Wie eine Depesche aus Waller meldet, fand gestern im State Minnesota, 30 Meilen von Waller, ein heftiger Kampf zwischen Truppen der Vereinigten Staaten unter General Bacon und Indianern statt. Einem Telegramm der „World“ zufolge wurde Bacon mit der gefammten Mannschaft, die man auf 100 Mann schätzt, niedergemetzelt. Von Washington wurde telegraphisch die Abendung einer Verstärkung von fünftausend Mann erbeten.

## Kampf um das Koalitionsrecht!

### Mit der Zuchthausrede

so scheint es, hat der Kaiser niemandem eine ganze und ungetheilte Freude bereitet. Mit Säreden sieht man, daß der Sozialdemokratie nur neuer Agitationsstoff geliefert worden. Und deswegen schreit man auf allen Seiten nach Veröffentlichung der angeklagten Gesetzesvorlage, weil man hofft, das Zuchthausgesetz selbst werde nicht so schlimm sein, wie es die Ankündigung hat erscheinen lassen. Heute schreibt in diesem Sinne die „Tägl. Rundschau“:

„Auf die wilde und sinnlose Agitation muß von der Regierung geantwortet werden, wenn nicht weiteres Unheil geschehen soll. Die oft zu offiziellen Auslassungen benutzte „Kölnische Zeitung“ hat erklärt, daß es sich bei jener Drohung nur um einen lapsus linguae des Kaisers handeln könne, und sie hat mit dieser Deutung von amtlicher Seite keinen Widerspruch erfahren. Aber das genügt nicht, denn eine unverbindliche Zeitungsauslassung braucht eine angegriffene und bedrohte Partei nicht zu beachten, wenn es nicht zu ihren Zwecken paßt. Wohl aber müßte sie die Gesetzesvorlage beachten, wenn sie nun bald bekannt gegeben würde und ihre Fassung den Verdacht, als beabsichtige man eine Verstärkung des Koalitionsrechtes, zerstreuen könnte. Jetzt noch, nach der Kaiserrede und nach ihrer Ausbeutung durch die Sozialdemokratie mit verbedenen Karten zu spielen, halten wir für verhängnißvoll. Jetzt könnte Offenheit allein beruhigen und heilen.“

Das Bürger- und Unternehmertum wünscht, daß alsbald der Verdacht beseitigt werde, als beabsichtige die Regierung eine gänzliche

Verföhrung des Koalitionsrechts. Darum so schnell wie möglich die Veröffentlichung des Gesetzes, damit die lästige sozialdemokratische Agitation aufhöre. Aber auch die armen Beamten sind in argen Schwelligkeiten; denn sie haben ja nichts zu veröffentlichen, sintermalen der Entwurf noch gar nicht fertig sein soll. Ja, sie können nicht einmal der erregten Öffentlichkeit mittheilen, in welchem Sinne der Entwurf bearbeitet werden soll, weil sich die Regierungen auch darüber noch nicht einmal einig sein wollen. Wir können uns in die schwierige Lage der Beamten vollkommen hineinversetzen. Auf der einen Seite die wegen drohenden Verlustes ihres Koalitionsrechts in Bewegung gerathene Arbeiterschaft und ferner ein Bürgerthum, dem die Beseitigung des Koalitionsrechts doch zu gefährlich scheint. Auf der anderen Seite der Kaiser, der klipp und klar behauptet, daß ein Gesetzentwurf seiner Vollendung entgegengeht, durch den die Anreizung zum Streik mit Huthaus bedroht wird. — Daß die arme Regierung in diesem Dilemma nichts veröffentlichen kann, sollten die bürgerlichen Zeitungen doch einsehen; und daß sich die Sozialdemokratie bei ihrer Agitation an die ohne Vorbehalt gegebenen Worte des Kaisers halten muß, auch. —

### Chre vom Chre gebührt!

Verliehen wurde das Ritterkreuz erster Klasse des Herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen dem Baumeister Bernhard Felisch, Mitglied des Reichs-Verkehrsamtes und des Hauses der Abgeordneten zu Berlin.

Herr Felisch ist einer der wüthendsten Feinde aller Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter, vor allem des Koalitionsrechts. Ihm in erster Linie ist die Eingabe der koalirten Bauunternehmer an den Grafen Poldowsky zu verdanken, die Anlaß zu dem berühmten Erlass des letzteren gegeben hat. Und auch dem Delegirten des Ammungsverbandes der Baugewerbetreibenden in Breslau protestirte Herr Felisch noch jüngst energisch gegen jedes Unterhandeln und Paktieren mit den Arbeitern. Daß ein solcher Mann vom heutigen Kurs mit Ehrenzeichen geschmückt werden muß, ist selbstverständlich. —

### Protestversammlungen

gegen die Huthausvorlage sind ferner abgehalten worden in Heldringen an der Unstrut und in Wosen, wo eine gut besuchte Huthausarbeiter-Versammlung eine Resolution annahm, an deren Schluß es heißt: „Die Versammlung protestirt energisch gegen jede Verschärfung der bestehenden Strafvorschriften; sie ist vielmehr der Ueberzeugung, daß dieselben jetzt schon gegen die Arbeiterschaft zu streng angewandt werden.“

## Partei-Nachrichten.

Vom Reichstags-Wahlkomitee für Leipzig Stadt und Land erhalten wir folgende Zuschrift:

„In dem Bericht über die Reichstagswahlen hat Genosse Werlich nach dem „Vorwärts“ geäußert: „Wir haben zwar gebeten, daß alle überschüssigen Mittel der Zentralkasse überwiesen werden, weil nur von da aus eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Gelder sich ermöglichen läßt. Das ist aber leider nicht an allen Orten geschehen. Leipzig hat noch drei preussische Kreise unterstellt, ohne daß wir eine Ahnung hatten.“

Diese Aeußerung könnte so aufgefaßt werden, daß wir den Beschlüssen des Parteivorstandes vorgegriffen hätten. Ich bitte Sie deshalb zu bemerken, daß der Aufwand der Leipziger Genossen für jene drei Kreise in Höhe von 1500 M. dadurch vermindert wurde, daß wir während der Haupt- und Stichwahl von Leipzig aus nach jenen Kreisen Redner und Genossen zur Flugblatt- und Stimmzettel-Verbreitung sandten, die natürlich sehr viel Fahr- und Reisekosten verursachten. Hierzu erst die Genehmigung des Parteivorstandes einzuholen oder die Kreise an den Parteivorstand zu verweisen, war bei der schnellen Entscheidung, die während des Wahlkampfes notwendig war, nicht möglich. Baarmittel haben die Kreise von Leipzig aus nicht erhalten. Im übrigen hat Leipzig und sein Agitationsbezirk seinen Zuschuß aus der Parteikasse erhalten, sondern hat vielmehr 4500 M. im letzten Jahre an den Parteivorstand abgeführt. Es ist wohl deshalb eher anzuerkennen als zu tadeln, daß wir trotzdem die Kreise unterstützt und dadurch zu unserem Siege in einem der Kreise beigetragen haben.“

Bei der Gemeinderaths-Wahl in dem heftigen Flecken Griesheim wurden vier Sozialdemokraten mit 278 bis 420 Stimmen gewählt, während die Gegner es nur auf 201 Stimme brachten.

Zu die Redaktion der Mannheimer „Volkstimme“ ist der Parteigenosse Herzberg aus Leipzig eingetreten, um den Redakteur Kehler zu ersetzen, der am 1. Oktober eine vierwöchige Gefängnisstrafe angetreten hat.

Aus Amsterdam. Ein erfreuliches Zeichen für das Wachstum der Sozialdemokratie in Holland ist der Umstand, daß das Partei-Organ, der „Socialdemocratische“, der bisher zweimal wöchentlich erschien, seit 1. Oktober wöchentlich dreimal herausgegeben werden kann. Hoffentlich wird nun auch das tägliche Erscheinen nicht zu lange auf sich warten lassen.

Ein anderes, freilich weniger erfreuliches Zeichen für die Wirksamkeit unserer Propaganda ist der stärkere Ton, den die Polizeigerichte jetzt gegen unsere Parteigenossen anschlagen. So ist Schaper, Mitglied des Gemeinderaths von Groningen und der Provinzial-Staaten, wegen Verleumdung zweier Bürger zu der für holländische Verhältnisse außerordentlich hohen Strafe von 300 Gulden (rund 500 M.) oder zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten hatte ihm das Gericht verweigert.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der verantwortliche Redakteur der „Königsberger Volksstimme“, Genosse Kalutt, hatte sich am Dienstag vor dem Landgericht in Königsberg i. Pr. über vier Anklagen zu verantworten. Im ersten Falle, Verleumdung eines Polizeikommissars, wurde die Verhandlung vertagt, weil ein wichtiger Zeuge, Redakteur Otto Braun, nicht erschienen war, weshalb das Gericht ihn zu einer Geldstrafe von 50 M. und zu den Kosten des Termins verurtheilte. (Braun war, einer Reihe halber, wiederholt um Vertagung eingekommen, vor dem Eintreffen der letzten Antwort, die wie die frühere abschlägig lautete, aber schon abgereift.) Im zweiten Falle handelte es sich um eine Verleumdung der preussischen Minister, begangen durch den Artikel „Ein Kaiserhoch auf das deutsche Volk“. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, das Urtheil lautete auf 6 Wochen. Der dritte Fall betraf einen Artikel, der die Ueberschrift trug: „Ist es den Beamten in Ostpreußen gestattet, die Gesetze mit Füssen zu treten?“ In diesem Artikel war die Verhaftung und Einsperrung dreier sozialdemokratischer Flugblattvertheiler geschildert, die, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, thatsächlich zu Unrecht erfolgt ist. Das Gericht billigte dem Angeklagten, dem Mitglied des Wahlkomitees war und die betreffenden Flugblätter verlegt hatte, den Schutz des § 193 zu und verurtheilte ihn wegen formaler Verleumdung der drei Personen, die Strafantrag gestellt hatten — ein Gendarm, der stellvertretende Amtsvorsteher und ein Gastwirt — zu 50 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 100 M. beantragt. Viertenfalls sollte Kalutt durch eine Nothzettel wegen Verleumdung eine Majestätsbeleidigung begangen haben. Hier lautete das Urtheil auf kostenlose Freisprechung. Die Verteidigung führte unser Parteigenosse Rechtsanwält Haase.

Am 7. Oktober verläßt der Parteigenosse Reinhold Stenzel, Redakteur am „Hamburger Echo“, das Gefängnis nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten und 8 Tagen. Von dieser Strafe waren ihm 8 Monate wegen Verleumdung des Königs der Belgier anerkant worden. Während in Belgien über den König Leopold in der ungentesteten Weise gesprochen und geschrieben wird, ohne daß es irgendwem einfiel, Majestätsbeleidigungsprozesse anzustrengen, hielt es die Justiz in der freien Stadt Hamburg für ihre Aufgabe, ein freimüthiges Urtheil über jenen Potentaten mit schwerer Strafe zu ahnden.

Der Parteigenosse Gabriel Löwenstein, Redakteur an der „Frankfurter Tagespost“, hat am 5. Oktober die 2½monatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom Schwurgericht wegen Verleumdung des Nürnberger Magistrats auferlegt wurde. Das Urtheil erscheint um so härter, als Löwenstein ein Kreis von 78 Jahren ist. Die Partei, für die er sein Lebenlang rastlos im Vordertreffen gekämpft hat, gedenkt seiner mit den herzlichsten Sympathien. Möge er am 20. Dezember gesund und wohl zu uns zurückkehren!

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

In die gemischte Deputation für die Verathung von eventuellen Abhilfemaßregeln gegen die Fleischtheuerung in Berlin ist unter anderem Stadtv. Singer gewählt.

Ueber eine Reihe von Rechnungen referirt namens des Rechnungsausschusses Stadtv. Kullmann. Die Abrechnung über den Bau der Weisenbrücke hat dem Ausschuß zu verschiedenen Vermägelungen Anlaß gegeben, die in folgender Resolution ihren Ausdruck gefunden haben: Die Versammlung vermag sich nicht von der Nothwendigkeit zu überzeugen, daß bei dem au. Bau neben der oberen Bauleitung und deren technischem Bureau ein Baubureau von 6 Beamten, außer dem Bauaufseher und dem Bureauassistenten, erforderlich gewesen ist, und ersucht den Magistrat im Interesse der Gleichartigkeit im Dienste und der Kostenersparniß, in Zukunft die Baubureau nur mit der absolut notwendigen Zahl von Arbeitskräften zu besetzen.

Die Resolution gelangt ohne Debatte zur Annahme, desgl. eine zweite betr. die Revisionsbedürftigkeit veralteter Bestimmungen über die Vergütung außerdienstlicher Leistungen der Baubureauassistenten.

Die Vorlage wegen Erwerbung von Thiergartenland zur Verbreiterung und Regulirung des „Großen Weges“ wird unverändert angenommen.

Auch den Antrag Meyer, betr. die Erhebung des Oberbürgermeisters Jelle durch eine Jelle-Stiftung und durch ein Bildniß, welches im Rathhause seinen Platz finden soll, nimmt die Versammlung an, nachdem Vorsteher Langerhans namens des Ausschusses unter Ausdrücken lebhaftester Anerkennung für das verdienstliche kommunale Wirken Jelle's die Annahme empfohlen hatte. Gegen den Antrag stimmen die sozialdemokratischen Mitglieder.

In den Kommunal-Landtag hat die Versammlung anstelle des verstorbenen Stadtv. Reich einen Ersatzmann zu wählen. Im ersten Wahlgang werden 84 Stimmen abgegeben; 40 fallen auf Stadtv. Esmann, 20 auf Stadtv. Singer, 19 auf Stadtv. Kullmann. Es hat also, wie der Vorsteher unter großer Heiterkeit der Versammlung verkündet, zwischen Esmann und Singer Stichwahl stattzufinden. Gewählt wird Stadtv. Esmann mit 56 gegen 24 Stimmen.

Untern 20. September hat der Magistrat an die Versammlung die Mittheilung gerichtet, daß er die am 17. Juni erfolgte Wahl des Stadtv. Singer in die Schuldeputation nicht befähigen könne, und ersucht unter Verweisung des bekannten Voss'schen Erlasses und der bezüglichen Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums um die Vornahme einer anderweitigen Wahl.

Die Angelegenheit wird, da Stadtv. Singer heute nicht anwesend ist, auf die nächste Sitzung vertagt.

Die neue Fraktion der Linken hat folgenden Antrag gestellt:

Da in einem großen Theile der Privat-Töchterschulen des Westens die Aufnahme von Schülerinnen von konfessionellen Rücksichten abhängig gemacht wird, ersucht die Versammlung den Magistrat, eine zweite höhere städtische Mädchenschule im Westen zu errichten.

Stadtv. Friedemann bemerkt zur Begründung, daß die bezüglichen Klagen seit Jahren im Westen erhoben werden und sich in der letzten Zeit so gehäuft haben, daß die davon betroffenen jüdischen Schülerinnen nicht mehr in den Schulen Unterkunft finden können. Daraus resultirte die gestellte Antrag.

Stadtv. Langerhans: Schon im März sei eine ähnliche Anfrage an die Schuldeputation gelangt und dem Beschwerdeführer damals geantwortet worden, daß eventuell die Deputation die Konfessionirung weiterer Privatschulen mit der Auflage, keinen Unterschied hinsichtlich der Konfession zu machen, bei der Regierung in Antrag bringen werde. Die Abhilfe auf diesem Wege stehe aber mindestens noch in weitem Felde. Besser sei es, den Antrag anzunehmen und das sei auch erforderlich, um Protest einzulegen gegen die religiöse Unbuddsamkeit der verbandeten Orthodoxen und Katholiken, die die Simultanschulen ausrotten wollen und nicht einmal fobiel Religion haben, um die Religion anderer zu achten. (Beifall.) Der Ausschuß werde die Beschwerden auf ihre Berechtigung zu prüfen haben.

Stadtv. Hugo Sachs führt aus, der Stein des Anstoßes sei das Provinzial-Schulkollegium. Werde dem Antrage nicht stattgegeben, so müsse ein unerhörter Nothstand eintreten, der eine große Anzahl von Bürgern treffe, die ebenjohlichen Anspruch auf die Bildungsmittel der Kommune hätten wie die der anderen Konfessionen.

Der Antrag geht an einen Ausschuß.

Die speziellen Entwürfe für den Neubau einer Gemeinde-Doppelkategorie-Strassenreinigung-Depot in der Mostoderstraße werden nach kurzer Debatte, in welcher die zu reichliche Ausstatung der noch dem Hofe gelegenen Hauptfassade beanstandet wurde, mit der Aenderung genehmigt, daß 21 000 M. an der Pauschsumme abgesetzt werden.

Schluß 7¼ Uhr.

Aufnahme geisteschwacher Kinder in Dalldorf. Nach den bestehenden Bestimmungen war die Idiotenanstalt zu Dalldorf zunächst für solche idiotische Kinder bestimmt, welche der öffentlichen Armenpflege bedürften. Kinder zahlungsfähiger Eltern durften nur dann aufgenommen werden, wenn für sie ein Pflegegeld von 900 M., mindestens aber 450 M. jährlich gezahlt wurde. Infolge dieser Bestimmungen wurden viele Eltern abgehalten, ihre Kinder der Idiotenanstalt zu überweisen. Sie fürchteten, bei Inanspruchnahme der Armenverwaltung ihren Kredit zu vernichten und Geschäftsnachtheile zu erleiden, außerdem aber als „arm“ ihrer politischen Rechte verlustig zu gehen. Um diese Härten zu beseitigen und eine ausgedehntere Verwertung der segensreichen Einrichtung der Idiotenanstalt herbeizuführen, hat die Deputation für die städtische Armenpflege unter Vorbehalt des Stadtraths Straube beschlossen, bei den Gemeindebehörden eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen dahin zu beantragen, daß die Aufnahmebefugniß von der Armen-Direktion auf die Deputation übertragen werde. Die von den Zahlungsverpflichteten zu leistenden Pflegekostenbeiträge würden dann von der Deputation nach dem Leistungsbemögen der betreffenden festgesetzt und nur solche Fälle der Armenverwaltung überwiesen werden, in welchen die Angehörigen ihre Kinder auch nicht zu Hause unterhalten, also überhaupt keinen Beitrag leisten können. — Ferner hat die Deputation beschlossen, für die nächsten drei Jahre 1. April 1899/1902 die gegenwärtig für die Irrenanstalten geltenden Sätze der zu erhebenden Pflegegelder beizubehalten, und zwar 2,20 M. für die Irrenanstalten und 2,60 M. für die Anstalten für Epileptische Wahlgarten.

## Eine Leporelloliste polizeilicher Mißhandlungen.

Im Prozeß Stadthagen wurde heute von 11¼ Uhr ab die Verhandlung vor dem achten Strafkammer des Landgerichts I fortgesetzt. Der Polizeipräsident v. Windheim war zur Stelle und wurde als erster Zeuge vernommen. Der Angeklagte hatte sich auf diesen Zeugen darüber berufen, daß alles, was in dem unter Anklage ge-

stellten Artikel steht, wahr sei. — Zeuge v. Windheim: Der Artikel ist im Jahre 1894 verfaßt worden, ich habe mein Amt erst im Juni 1896 angetreten. Da es sich für mich nur darum handeln kann, daß ich über Thatsachen aussege, so liegen die vom Angeklagten behaupteten Thatsachen jedenfalls vor der Zeit meines Dienstantritts. Ich bin nicht in der Lage, über diese Angelegenheiten eine Auskunft geben oder gar dem Angeklagten zu bestätigen, daß die von ihm behaupteten Thatsachen wahr seien. — Angell: Ist dem Herrn Zeugen vielleicht bekannt, daß nach seinem Amtsantritt Beschwerden über Mißhandlungen, die noch in eine frühere Zeit fielen, eingegangen sind, und daß sich vielleicht bei Erledigung derartiger Beschwerden herausgestellt hat, daß solche Fälle wirklich vorgekommen sind? — Zeuge v. W.: Mir sind die Fälle, auf die der Herr Angeklagte anzuspielen scheint, nicht bekannt. — Angell: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß später mehrere Schulleute strafgerichtlich verurtheilt worden sind wegen Mißhandlungen, welche sie 1894 und vorher begangen haben sollen. — Zeuge v. Windheim: Ich kann darüber keine Auskunft geben, wüßte auch nicht von Fällen, wo festgestellt wäre, daß eine Untersuchung gegen Schulleute wegen angeblicher Mißhandlungen eingeleitet wäre und daß diese nachher nicht verfolgt seien. — Angell: Nein, daß festgestellt ist, daß thatsächlich Mißhandlungen stattgefunden haben. — Zeuge: Ich erinnere mich derartiger Fälle nicht. — Angell: Angell nennt eine Reihe von Namen gerichtlich bestraffter Schulleute. — Zeuge: Ich erinnere mich der genannten Namen und Fälle nicht und kann nichts darüber sagen.

### Der Polizeipräsident über den Fall Mehlinski.

Präs.: Nun ist auf das Zeugniß des Herrn Zeugen auch noch über einen zweiten Punkt Bezug genommen worden. Der Reisende Mehlinski behauptet, in der Nacht zum 10. August 1897 auf der Polizeiwache mißhandelt worden zu sein; als er sich darüber beschwerte, sei er auf Grund eines Putschzeugnisses nach der Irrenanstalt Herzberge geschafft, von den dortigen Aerzten aber nach wenigen Tagen entlassen worden, weil sich herausstellte, daß er durchaus nicht geisteskrank sei. Der Angeklagte hat behauptet, daß der Hergang der Polizeibehörde bekannt und öffentlich besprochen worden sei, daß Mehlinski auch eine Beschwerde an die Polizeibehörde gerichtet, darauf aber nichts veranlaßt worden sei. Zeuge v. Windheim: Wenn unter der Polizeibehörde meine Person gemeint sein sollte, so trifft diese Unterstellung nicht zu. Ich habe von dem Vorgange nichts gemerkt und habe erst gestern durch Einsichtnahme der Akten den Vorgang festgestellt und erst heute Morgen zufällig auf Nachfrage in verschiedenen Bureaus davon erfahren, daß von der Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung die Rede war. Mir war von einer öffentlichen Verhandlung der Sache bis dahin nichts bekannt, ich bin nicht verpflichtet, alle Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu lesen. Zur Sache selbst habe ich zu bemerken, daß nach dem Ausweis der Akten der Hergang doch anders gewesen, als hier behauptet wurde. Nach den Akten liegt eine Anzeige des 16. Polizeireviers an die 4. Abtheilung vom 11. August vor, und zwar mit dem Rubrum: Geisteskranker Person. Danach ist Mehlinski fixirt worden, weil er in der Nacht zum 10. großen Unfug getrieben, ist entlassen worden, hat keinerlei Beschwerde über angebliche Mißhandlung auf der Polizeiwache veranlaßt, ist aber plötzlich am nächsten Tage mit einer solchen über ihn zugesagte schwere Mißhandlung hervorgerufen. Sein Auftreten war so eigenenthümlich, daß der zuständige Bezirkspsychiater nach Prüfung seines Geisteszustandes zu der Ueberzeugung kam, daß Mehlinski geistig nicht normal sei und an alkoholischer Geistesstörung leide, deshalb gemeingefährlich und seine Ueberführung in eine Irrenanstalt notwendig sei. Nach diesem Gutachten hat der Reviervorstand nur pflichtmäßig gehandelt, wenn er die Anstalt requirirte. Die Abholung durch zwei Wärter von dort erfolgte noch am demselben Tage. Er ist auch nicht nach wenigen Tagen, sondern erst nach 14 Tagen aus der Anstalt Herzberge entlassen worden. Der Vortrug, daß die Polizeibehörde der Beschwerde des M. keinen Fortgang gegeben habe, trifft nicht zu, denn ich bin wohl nicht in der Lage, auf die Beschwerde eines Mannes, der als gemeingefährlich geisteskrank von einem polizeilichen Psychiater erklärt worden, noch einen Bescheid zu ertheilen, die er anstellt in dem Moment, wo der Arzt ihn für geisteskrank erklärt. Angell: Ist Ihnen bekannt, daß die Anstaltsärzte erachtet haben, ihn zu entlassen, weil er weder geisteskrank noch gemeingefährlich sei? — Zeuge: Das weiß ich nicht, das geht aus den Akten nicht hervor. — Angell: Unter „Polizeibehörde“ meine ich hier nicht den Polizeipräsidenten, sondern die zuständige Stelle im Organismus. Sie erklären ja selbst, daß der Mann hingenommen ist und Beschwerde geführt hat. — Zeuge: Wenn ein Mensch behauptet, auf der Wache mißhandelt zu sein, so ist er, das ist fast ausnahmslos der Fall, sich an die richtige Stelle zu wenden, und zwar an den Polizeipräsidenten oder an das Kommando der Schutzmannschaft oder an den Hauptmann der zuständigen Hauptmannschaft. Es bleibt merkwürdig, daß dieser Mann die Beschwerde gerade bei dem Revier selber anzubringen suchte, wo er angeblich diese Prügel bekommen hat. Die zuständige Stelle ist der Polizeipräsident. — Angell: In der Stadtverordneten-Versammlung ist beschlossen worden, den Magistrat aufzufordern, im Anschluß an den Fall Köppen mit dem Polizeipräsidenten in kommunalpolitische Verhandlungen über die Sicherheitsverhältnisse Berlins einzutreten. Dabei ist dieser Fall ausführlich besprochen worden. — Zeuge: Jedenfalls ist dieser Beschlus nicht ausgeführt worden und insoweit als Mehlinski beteiligt war, nicht zur Kenntniß der Polizeibehörde gekommen. — Präs.: Es ist doch wohl anzunehmen, daß, wenn so wichtige Veränderungen in Frage stehen, wie sie der Stadtverordneten-Beschlus in Aussicht nahm, Ihnen persönlich die darauf bezüglichen Schriftstücke unterbreitet werden? — Zeuge v. Windheim: Selbstverständlich würden diese Dinge an mich persönlich gehen. — Die Vernehmung war hiermit beendet und Polizeipräsident v. Windheim wurde entlassen.

Der Angeklagte stellt noch eine Reihe von Beweisansprüchen, die vom Gerichtshof nach längerer Verathung sämmtlich abgelehnt wurden.

### Waidhofer des Staatsanwalts.

Hierauf ergriff Staatsanwalt Dr. Eger das Wort: In Bezug auf den Fall des Gendarmen Köplich ist zuzugeben, daß es dem Angeklagten gelungen ist, eine Reihe von Zeugen dem Gerichte vorzuführen, die belübelt haben, daß der Gendarm Köplich den Zeugen Weidhofer mit dem Revolver ins Gesicht gestoßen hat. Es ist zuzugeben, daß, wenn man in einem Gerichtsverfahren sich befindet, bei dem die Staatsanwaltschaft dem Angeklagten nachzuweisen hätte, daß seine Behauptungen falsch seien, die Staatsanwaltschaft dazu kommen würde zu sagen: Die Sache ist nicht aufgeklärt und deshalb ist ein non liquet auszusprechen. Hier handelt es sich aber um ein Verleumdungsverfahren, in welchem dem Angeklagten der unumstößliche Beweis der Wahrheit obliegt. Und da spricht das non liquet gerade gegen ihn, denn nach der Zeugenvernehmung kann nur ein gewisser Grad der Wahrscheinlichkeit für die Behauptung des Angeklagten gegeben werden, aber es ist doch kein vollkommener Beweis geföhrt und deshalb bleibt bestehen, daß der Angeklagte durch die Behauptung nicht erweislich wahrer Thatsachen den Gendarm Köplich herabgewürdigt, ihn in seiner Ehre gekränkt hat. Was den zweiten Theil der Anklage, die Mißhandlungen auf der Polizeiwache, betrifft, so hat der Angeklagte ganz generell behauptet, daß auf Polizeiwachen ganz grobe Mißhandlungen stattfänden. Die Thatsache, daß hin und wieder auf Berliner Polizeiwachen Ausdehnungen vorgekommen sind, soll nicht in Abrede gestellt werden; der strikte Beweis dafür liegt in der Thatsache, daß Schulleute von den Gerichten wegen begangener Mißhandlungen verurtheilt worden sind. Die Staatsanwaltschaft und das Ansehen der Polizeibehörde können es ruhig über sich ergehen lassen, ob eine Reihe von Leuten behaupten, von Beamten mißhandelt worden zu sein. Die Beweisnahme, die durch den Angeklagten veranlaßt worden ist, hat aber rein nichts bewiesen. Der Angeklagte ist so unvorsichtig gewesen, seine unläuteren Quellen hier dem Gerichte vorzuführen. Würde er im „Vorwärts“ bestimmte Fälle angeführt haben,

In denen Ausstellungen vorgekommen, so wäre dies sein gutes Recht. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schon 1894 erhebliche Vorstrafen wegen Verleumdung erlitten hat und damals schon sein Rang, mit der Ehre seiner Mitmenschen in leichtfertiger Weise umzugehen, festgestellt ist, rechtfertigt sich wegen beider Strafthaten eine Zufahrt von zwei Monaten Gefängnis.

Der Vorsitzende macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß möglicherweise in Abweichung von dem früheren Beschluß vielleicht angenommen werden könnte, daß sich die Verleumdung direkt gegen den Polizeipräsidenten richte.

### Angellagerter Stadthagen

bittet um Freisprechung. Beide Artikel enthalten nichts Strafbares. Im Falle Möglichs sei der Wahrheitsbeweis in vollem Umfang und in gerader Überwachender Weise erbracht, so daß sich aus Anlaß dieser Behauptung des Artikels vielleicht Gelegenheit ergebe, wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung nach anderer Richtung vorzugehen. Punkt für Punkt sei der Inhalt des Artikels zweifelsfrei erwiesen; ausgelassen sei nur, was der Gendarm selbst zugegeben, daß die Verhaftung eine widerrechtliche war; es lag ferner eine widerrechtliche Körperverletzung vor, zu der nicht der geringste Anlaß gegeben gewesen sei. Hier müsse also Freisprechung erfolgen. Den zweiten Artikel anlangend, habe der Staatsanwalt eigentlich selbst zugegeben, daß dieser Artikel zu unrecht unter Anlaß gestellt worden sei. Von „ganz generell“ stehe in dem Artikel kein Wort. Wenn der Staatsanwalt meine, daß hin und wieder Ausstellungen stattfinden, so sage der Artikel dasselbe: „wiederholt“ sahen Bürger Leute die Polizeiwache in anderem Zustande verlassen, als sie sie betreten; die 10 Ausgehenden behaupten, geschlagen zu sein, „sollten sie alle an Hallucinationen leiden?“ Als Redakteur und als Mensch würde er seinen Lesern nicht den Anlaß aufbürden, daß alle Sistrinen mißhandelt würden. Die Ueberschrift könnte vielleicht als Generalisirung gedeutet werden, aber der Inhalt ergebe klar das Gegenteil. Die Zahl der Sistrungen und der Schläge sei freilich für die Beurtheilung nicht entscheidend. Eine ganze Reihe solcher Mißhandlungen auf den Berliner Wachen sei nun gestern erwiesen worden.

Die Schlußfolgerung des Wahrheitsbeweises sei umso höher zu veranschlagen, wenn man bedenkt, wie oft die Mißhandlungen sich wiederholten, sich zu verschärfen, weil sehr viele Personen der Meinung seien, daß sie in einem Konflikt mit der Polizei doch immer den Kürzeren ziehen, daß der Spieß sich leicht umkehre. Die Ergebnisse der Weisungsaufnahme lassen gar keinen Zweifel darüber, daß in einer recht erheblichen Anzahl von Fällen Leute, die wegen irgend einer Vapallie auf die Polizeiwache geführt wurden, dort sofort mit Schimpfworten empfangen und aufs gröblichste mißhandelt worden sind. Aus dem September 1895 habe er allein fünf ihm zur direkten Kenntniß gebrachte Fälle vorführen können, unter denen der Fall der Frau Anders geradezu typisch sei. In keinem dieser Fälle habe einer der Säuglinge, die unbetheilt waren, aber zugehört haben, eine Strafanzeige erstattet. Damit sei selbst die im Artikel nicht stehende Behauptung gerechtfertigt, daß häufig geschlagen werde. Wenn er trotz der Unzulänglichkeit seiner Nachmittel als Privatmann im Stande war, eine solche Reihe von Mißhandlungen hier vorzuführen, so lasse das einen Rückschluß auf die wirkliche Zahl der Mißhandlungen zu. Er habe diesen Rückschluß aber gar nicht gezogen, er habe nicht generalisirt, sondern nur behauptet, daß wiederholt solche Mißhandlungen auf Berliner Polizeiwachen vorgekommen seien und dies habe ja der Staatsanwalt selbst zugegeben. Gerade der Fall Wachlinski zeige, wie bedenklich es werden kann, wenn man sich über Mißhandlungen auf der Polizeiwache beschwert. Gerade dieser Fall zeige, wie schwierig es sei, in solchen Dingen den Wahrheitsbeweis zu führen. Unverständlich sei, weshalb gerade der Umstand, daß Rechlinski sich mit seiner Beschwerde an das

selbe Revier gewendet habe, ein Indizium für seine Geistesstörung bilde, wegen deren er 14 Tage in Herzberge zubringen mußte. Jedes Revierbureau sei doch zur Entgegennahme und Weitergabe von Strafanzeigen verpflichtet. Beim 1897 noch, trotz aller Vorkommnisse aus den früheren Jahren, so etwas möglich war, und wenn ein solcher Fall, der die Öffentlichkeit beschäftigte, nicht einmal zur Kenntniß des Polizeipräsidenten gekommen ist, so sei es doch natürlich, daß ein großes Gefühl der Unsicherheit unter dem Publikum sich verbreitet, welches die Mißhandlungen es sich zweimal überlegen läßt, ob sie die Mißhandlungen an die Öffentlichkeit bringen sollen oder nicht. Dieser Zustand sei geeignet, die Unsicherheit individuell und allgemein zu fördern. Er habe nicht auch nur annähernd die Zahl der wirklich vorgekommenen Fälle der Mißhandlung angeben können, wolle aber doch darauf hinweisen, daß unter den Zeugen des Wahrheitsbeweises sich kein einziger Verbrecher befände. Wenn schon solche Leute, die lediglich kleine Polizeiverletzungen begangen, von den Säuglingen auf der Wache mit „Halten Sie die Schn...!“ oder „Halten Sie die Fr...!“ angegriffen werden, so kann man sich vielleicht eine Vorstellung machen, wie nun wirkliche Verbrecher behandelt werden mögen. Er habe sich auch auf das Urtheil des Liegnitzer Gerichts in der Sache Feldmann berufen können, in welchem als bewiesen erachtet wurde, daß schon 1892 auf Berliner Polizeiwachen so geschlagen wurde, daß es „nur so bunte“ und „daß es sich anhörte, als wenn Leypische geklopft werden.“

Nachdem der Polizeipräsident mitgetheilt, daß ihm von alledem nichts bekannt sei, so müssen doch die Leute, die ihm solche Dinge zur Kenntnisaufnahme zu unterbreiten haben, solche Vorkommnisse für gar nicht so ungeheuerlich und selten angesehen haben, daß es sich für sie verlohnte, sie dem Chef der Polizei zu unterbreiten. Die Behauptung, daß der Polizeipräsident beleidigt sei, habe der Staatsanwalt heute nicht wiederholt, aber auch nicht festgestellt, wer denn eigentlich beleidigt sei. Wenn in irgend einem Falle, so sei doch sicher hier die Abmilderung des Schutzes des § 193 geboten. Er habe zunächst als Bürger das Recht, mit dafür zu sorgen, daß das Gesetz geachtet werde, welches die Integrität des Körpers gewährleistet. Sein berechtigtes Interesse erhele auch aus dem Fall Rechlinski. Nun und nimmer habe die Polizei das Recht, ohne vorgeschriebenes gerichtliches Verfahren, lediglich auf Grund des Gutachtens eines beliebigen Bezirks-Physikus, jemand in eine Irrenanstalt zu bringen und dort festzuhalten. Er selbst müsse sich in seiner persönlichen Freiheit beeinträchtigt halten, wenn die Möglichkeit vorliege, daß er auf der Polizei gefangenhalten und wegen der Ausrüstung einer Verleumdung einfach ins Irrenhaus abgeführt werden könne und er habe deshalb ein wohlberechtigtes persönliches Interesse daran, daß solche Mißhandlungen für die Zukunft zur Unmöglichkeit werden. Daß es richtiger sei, sich zur Erreichung dieses Zweckes an die Öffentlichkeit als an den Polizeipräsidenten zu wenden, können nach der heutigen Aussage des letzteren kaum zweifelhaft sein. Er handle aber auch im Interesse des Publikums und der Polizei selbst. Die letztere sei, wie der letzte Verwaltungsbericht des Polizeipräsidenten anerkannt hat, auf die Mithilfe des Publikums angewiesen und der Bericht bedauere, daß das Publikum sich so schwer entschließen, diese Mithilfe zu leisten. Er behaupte, daß eine so große Reihe von Polizei-Mißhandlungen indirekt dazu beitragen müsse, die Entdeckung von Verbrechen zu erschweren, denn sie müssen das Publikum vor jeder Berührung mit der Polizei zurückstrecken. Er beantrage, im Interesse der Sicherheit unserer Stadt, im Interesse der Abwehr solcher strafbaren Handlungen, ihn nicht nur freizusprechen, sondern die Staatskasse auch mit den Kosten der zu seiner Verteidigung notwendig gewordenen Ausgaben zu belasten.

Nach erfolgter Replik und Duplik zieht sich der Gerichtshof um drei Uhr zurück.

Nach stündiger Beratung verhandelte der Landgerichtsdirektor Weinmann das Urtheil. Im Falle Möglichs habe der Angeklagte eine der Wirklichkeit entsprechende Darstellung gegeben. Es sei erwiesen, daß der Gendarm Möglichs dem Zeugen Weichbach mit dem Revolver einen Schlag gegen das rechte Auge gegeben habe. In diesem Falle müsse der Angeklagte demzufolge strafflos bleiben. Aber auch in Bezug des zweiten Artikels sei erwiesen, daß die Mißhandlungen auf den Polizeiwachen ebenfalls freizusprechen. Der Angeklagte habe indessen hinzugefügt, daß der Polizeipräsident v. Windheim von diesen Mißhandlungen wisse und nichts thue, um denselben abzuwehren. Darin liege der Vorwurf einer groben Amts- und Pflichtverletzung und der Angeklagte müsse deshalb, da ihm der Schutz des § 193 des St.-G.-B. nicht zugebilligt werden könne, wegen einfacher Verleumdung des Polizeipräsidenten bestraft werden. Der Gerichtshof habe hierfür auf eine Geldstrafe von 300 Mark, im Nichtzahlungsfalle auf 30 Tage Gefängnis erkannt. Dem Polizeipräsidenten sei die Publikationsbefugniß im „Vorwärts“ und im „Reichs-Anzeiger“ zugesprochen worden.

## Gewerkschaftliches.

**Der Pariser Erdarbeiterstreik** steht im Begriff, sich zu einem allgemeinen Bauarbeiterstreik auszuweiten. Die Gewerkschaften der Maurer, der Schlosser, der Anstreicher und Maler haben sich für den Generalstreik erklärt. Außerdem beschloß eine Versammlung der Ausländer, der Bewegung beizutreten. Letzterer Beruf kommt in Betracht für die Zufuhr von Rohmaterial für die Bauarbeiten. Die gemeinsamen Forderungen der Bauarbeiter sind: Lohnerhöhung gemäß dem gewerbegerichtlichen Tarif von 1882, Ungültigkeit der von den Unternehmern erprehten Hungerlohn-Kontrakte, Durchführung des gesetzlichen Verbotes des Zwischenmeisterthums, Die Anstreicher und Maler fordern ihrerseits den Achtstundentag und 8 Fr. Lohn im Sommer und im Winter, sowie einen wöchentlichen Rubetag. Wird der Generalstreikbeschuß von der Masse befolgt, so schwindet die Zahl der Streikenden auf etwa 150 000 Mann an. Insgesamt zählt man in der Pariser Bau-Industrie etwa 300 000 Arbeiter.

Die Bedingungen für einen Massenstreik sind zur Zeit in Paris insofern günstig, als die Bestandsstellung eine außerordentliche Anhäufung von Bauarbeiten bewirkt hat. Die Arbeiter wollen die ausnahmsweise Situation ausnutzen. Die mangelnden materiellen Mittel zur längeren Unterstützung der ungeheuren Generalstreik-Armee hofft man durch die intensive Wucht des gleichzeitigen Antrages erziehen zu können. Insofern hat die Androhung eines Massenstreiks die Erdarbeiter-Unternehmer verhältnißmäßig gemacht. Sie haben gestern die früher abgelehnte Einmüthigkeit des Friedensrichters zwecks eines Einigungs-Versuches angenommen. Aber die Erdarbeiter können und wollen jetzt nicht mehr darauf eingehen, nachdem sich die Bauarbeiter-Gewerkschaften mit ihnen solidarisch erklärt haben. Sie betrachten mit Recht die persönliche Stimmung der Unternehmer als ein Mandat, das die Spaltung der Arbeiterschaft bezweckt, und verlangen ohne weiteres die Bewilligung ihrer ursprünglichen Forderungen. Andererseits hat der drohende Massenstreik den Entschluß des Gemeinderaths beschleunigt, die Erdarbeiter in kommunale Regie zu übernehmen und die geforderte Lohnerhöhung zu bewilligen. Die Regierung dürfte dem Gemeinderath desto eher freie Hand lassen, als die Unternehmer selber anfänglich den Verzicht auf ihre Submissions-Verträge angeboten hatten — unter dem Vorwand, sie wären außer Stande, die Lohnerhöhung zu zahlen. Nun wird es sich zeigen, ob es ihnen damit ernst war.

## Soziales.

**Arbeiter-Risiko.** Durch Bruch des Drahtseils stürzte am Elevator der Walzmühle in Ludwigshafen am Rhein ein mit Kohle gefüllter 16—17 Zentner schwerer Kasten aus beträchtlicher Höhe herab. Der Inhalt des Kastens fiel in ein Kohlen-schiff, wo vier Mann mit dem Füllen der Kästen beschäftigt waren, und erschlug einen Arbeiter.

**In Hamburg** ist auf Anregung der Kommission, die zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse im Hafen und an den Schiffen vom Senat eingesetzt worden war, der unabhängigen Behörde der Entwurf eines Gesetzes zugestellt worden, der Vorschriften betreffend die Verwendung von Farben beim Bemalen der Schiffe in Beziehung auf Feuergefährlichkeit und Gesundheitschädlichkeit enthält. Nach diesem Entwurf soll die Verwendung aller der Farben unterlag sein, die mit leicht brennbaren Stoffen vermischt sind, und es sollen nur solche gestattet werden, die einen näher fixirten Entflammungspunkt nicht erreichen. Dann wird bestimmt, daß Schiffsräume, wo die Rauchführung nicht möglich ist, mit feuergefährlichen Farben überhaupt nicht gestrichen werden dürfen; auch ist es auf das strengste verboten, solche Räume anders als mit feuericherem Licht zu betreten. Eine weitere Vorschrift bestimmt, daß die alte Farbe der Schiffe, sowohl innen wie außen, nicht mehr, wie es jetzt geschieht, trocken abgekratzt werden darf, sondern vorher mit Del und Lauge aufgeweicht werden muß. Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß die betreffenden Arbeiter den gifthaltigen Staub einathmen. Ferner enthält der Entwurf eine Vorschrift für die Kesselreinigung. Unternehmern. Danach sollen diese verpflichtet sein, an Bord des Schiffes genügende Vorrichtungen zur Benutzung ihrer Schiffe aufzustellen, damit diese nicht gezwungen sind, mit schmutzigen Händen ihr Frühstück oder Resperbrot anzufassen. Durch diese Maßregel sollen die Arbeiter davor geschützt werden, Giftstoffe in sich aufzunehmen. Schließlich ordnet der Entwurf an, daß die an Bord befindlichen, für den Schiffsgebrauch bestimmten Farben in feuerfesten Behältern untergebracht sein müssen und daß diese nicht in der Nähe der Kessel aufgestellt werden dürfen.

## Versammlungen.

**Der Sozialdemokratische Agitationsverein** für den Wahlkreis Stralund-Franzburg-Nügen hielt am 2. Oktober seine Generalversammlung ab. Die Quartalsabrechnung ergab eine Einnahme von 41,80 M. und eine Ausgabe von 41,50 M. An Zeitungen und Broschüren wurden 26 Kilogramm gesammelt. Als Ergänzung zum Vorstande wurden gewählt: Schuldt, Vorsitzender; Berner, Schriftführer; Weichenstein, Revisor. Die Sitzungen werden jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, vormittags 10 Uhr, bei Mörschel, Zädenstr. 35, abgehalten.

**Die Nordmacher** erledigten in ihrer Versammlung am 26. September eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. Unter anderem wurde folgender Antrag angenommen: Die Kontrollkommission möge bei der Ortsverwaltung vorstellig werden, damit diese die Bezirkskommissionen der Tischler betrautet, die Nordmacher zu den einzelnen Bezirksversammlungen einzuladen, um auf diese Weise den Versuch zu machen, die Kollegen aus ihrer Interessenlosigkeit aufzurütteln.

**Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter** (Hilfsliste I) hielt am 3. d. M. eine Versammlung ab. In einem Vortrag gab Genosse Rückert eine eingehende Schilderung der Kanalisation in Berlin. Hierauf verlas der Kassirer die Abrechnung. Die Einnahme inkl. Bestand vom II. Quartal betrug 903,85 M., die Ausgabe 640,85 M. Die Mitgliederzahl beträgt 301. Dem Vertrauensmann überwies die Versammlung 200 M. Nachdem bekannt gegeben, daß die Bibliothek wieder geöffnet ist und der Vertrauensmann Bild nach der Appelerstraße 44 bezogen ist, entspann sich eine Debatte über das Verhalten des Mitgliedes Richter, der aus dem Verbands ausgeschlossen wurde.

**Verband der Maler.** Am 5. Oktober fand die Generalversammlung in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, statt, in welcher Robert Schmidt ein ausregendes und interessantes Referat über das Handwerkerrecht hielt. Nach Verlesung des Klassenberichts gab Nicolai einen kurzen Bericht über den Umfang und über die momentanen Ergebnisse der Werkschließungs-Agitation. Zum Schluß fand die Wahl der Fachschul-Kommissionsmitglieder statt.

**Berliner Kronen-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen,** gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, zahlend bei Rehrwald, Alte Jakobstr. 64/66. — Neue Mitglieder werden dablei aufgenommen.

**Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen** Berlins und Umgegend. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Doppel, Altesstr. 145: General-Versammlung.

**Verein für Körper- und Naturheilkunde.** Heute Abend 8 1/2 Uhr, bei Rehrwald, Alte Jakobstr. 17: Vortrag des praktischen Naturheilkundigen Grundmann. Gäste, nur Männer, willkommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Paris, 6. Oktober.** (W. T. G.) Heute Vormittag ist auch ein Theil der Fußleute, welche den Stragenschmutz abfahren, in den Ausstand eingetreten. An verschiedenen Punkten der Stadt sind die Schmutzläden nicht entfernt worden.

**Rom, 6. Oktober.** (W. T. G.) Die „Agenzia Stefani“ veröffentlichte den Wortlaut der Note, die der Minister des Auswärtigen Canevaro an die diplomatischen Vertreter Italiens bei den Mächten gerichtet hat in der Angelegenheit des Zutritts einer internationalen Konferenz zur Feststellung von Maßregeln gegen die Anarchisten.

**Aus Erfurt** wird berichtet: Der Anlaß zu den Straßen-trawallen bildete am 4. Oktober den Gegenstand der Verhandlung vor der Erfurter Strafkammer. Die Frau des Magistratsarbeiters Jahn sollte sich wegen Landfriedensbruchs verantworten. An die Arrestierung dieser Frau schlossen sich die bedauerlichen Vorgänge, die Erfurt zu einer traurigen Berühmtheit verhalfen. Die Angeklagte giebt an, sie habe am 24. Mai gegen Abend mit ihrem halbjährigen Kinde auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz ihren Mann erwartet, der von Arbeit kommend, mit ihr gemeinsam noch einige Wege habe gehen wollen. Am Zirkus sei noch eine größere Anzahl Personen versammelt gewesen. Sie sei vom Polizeibeamten aufgefordert, den Platz zu verlassen, habe aber den Grund nicht einsehen können, da an die anderen Personen diese Aufforderung nicht gerichtet wurde, und habe dem Beamten geantwortet, sie erwarte ihren Mann und habe ein Recht, hier zu verweilen. Der Beamte hat dann ihren Namen festgestellt wollen, sie habe zunächst die Angabe des Namens verweigert, dann aber, als sie nach der Wache gebracht werden sollte, ihren Namen genannt. Trotzdem habe jetzt der Beamte auf Sistrung bestanden, sie hart am Arme gefaßt, obgleich sie versichert habe, mitgehen zu wollen. Sie habe auch, da sie das Kind auf dem Arme gehabt, einen ernstlichen Widerstand nicht leisten können. Polizeiergeant Weindberg, der mit seinem Kollegen Witsch den Auftrag gehabt hat, den Zugang zum Zirkus frei zu halten, giebt an, daß eine allgemeine Aufforderung an das Publikum, den Platz zu räumen, nicht ergangen sei, er habe nur einzelne Personen allerdings sehr oft durch den Zirkus: „Weitergeben!“ „Jurid!“ und so weiter veranlaßt, einen 3—4 Meter breiten Zugang zum Zirkus frei zu geben. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Aufbaus und Landfriedensbruchs fallen und beantragte drei Monate Gefängnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Der Gerichtshof erkennt sie des letzteren Delikts für schuldig und verurtheilt die Frau Jahn zu 30 M. Geldstrafe.

**Aus Gotha** wird uns unterm 4. Oktober berichtet: Vor dem Landgericht hatte sich heute Redakteur Joos wegen Verleumdung durch das „Gothaische Volksblatt“ zu verantworten. Es handelte sich um eine Korrespondenz in der Nummer vom 5. November v. J., durch die sich der Superintendent Dewes in Grafenroda beleidigt gefühlt hat. Joos machte geltend, daß ihm die Korrespondenz vor der Aufnahme gar nicht zu Gesicht gekommen sei, da er sich am Morgen des betreffenden Tages wegen Krankheit von der Redaktion fernhalten mußte. Wenn er in der Nummer dennoch als verantwortlicher Redakteur genannt wurde, so sei das deshalb geschehen, weil er den gesamten übrigen Text der Nummer redigirt habe. Genosse Hildebrand, der Expedient des „Gothaer Volksblatt“, bestätigte als Zeuge, daß die fragliche Korrespondenz erst eingegangen war, nachdem Joos wegen Krankheit die Redaktion verlassen hatte, er, Zeuge, habe die Korrespondenz nach einigen Abänderungen sofort in Satz gegeben. Hildebrand wurde nicht verurtheilt, da er an der Sache selbst theilhaftig war. Der Staatsanwalt enthielt sich eines Antrags und stellte das Urtheil dem Ermessen des Gerichtes anheim. Nach kurzer Beratung theilte der Vorsitzende mit, daß das Urtheil über acht Tage verhandelt werden solle. Joos, der gegenwärtig eine zweimonatige Gefängnisstrafe verbüßt, wurde durch einen Gendarm vor- und abgeführt.

**Der Klaviervirtuose Siebeling,** welcher im August in Jhal unter Beschuldigung der Religionsstörung verhaftet wurde, ist gestern vom Kreisgerichte Weis wegen Verleumdung eines Religionsdieners während einer gottesdienstlichen Verrichtung zu drei Tagen einfachen Arrestes verurtheilt worden. Die Verurtheilung erfolgte wegen des Ausdrucks „Lump“, welchen Siebeling gegen einen auf einem Verzehrgange begriffenen Kaplan gebraucht hat. Bezüglich der übrigen Anklagepunkte erfolgte Freisprechung.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die durch Vertrauensmänner centralisirten Zimmerer berufen zum 30. Oktober d. J. nach Berlin eine Konferenz der Vertrauensmänner ein. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht über die bisherigen Erfolge der Agitation. 2. Die Aufgaben der Vertrauensleute und die Aufgaben der Organisation. 3. Das Sammelwesen. 4. Die Presse. 5. Wahl des ersten Vertrauensmannes.

### Deutsches Reich.

**Streiks in Deutschland im September.** Die Zahl der begonnenen Streiks beträgt nach dem „Arbeitsmarkt“ im ganzen während des Monats September 26 gegen 66 im Vormonat. Es entfallen auf:

	August	Septbr.
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	—	—
Industrie der Steine und Erden	2	—
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Werkzeuge und Instrumente	6	3
Textilindustrie	2	2
Industrie der Holz- und Sägmittelstoffe	16	2
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	3	—
Industrie der Bekleidung	1	4
Wappgewerbe	15	8
Uebrige Industriezweige	11	7
Summa	56	26

Der Monat September weist in den ersten neun Monaten des Jahres hiermit die niedrigste Ziffer auf. Gegen den Vormonat hat die Zahl der Streiks um mehr als die Hälfte vermindert. Die meisten Ausstände sind dazu ihrem Umfang nach unbedeutend. Ramentliche Erwähnung verdienen nur der Ausstand der Schieferbeder in Dresden mit 147 und der Weberstreik in Glauchau mit 150 Beteiligte.

**Der Streik in der Handschuhfabrik von Peters in Osterreich** hat bisher zu keinem betriebslegenden Abschluß geführt. Die Streikenden sind mit wenigen Ausnahmen ihrer Sache treu geblieben und dürften auch die jetzt thätigen Streikbrecher dem Geschäft zu keinem großen Nutzen verhelfen.

**Wegen Mahregelung eines Maurers** stellten in Stettin 57 Maurer beim Verwaltungsgebäude des Hafenbaues die Arbeit ein. Nach Unterhandlung mit der Lohnkommission war der Unternehmer geneigt, den Gemahregelten wieder einzustellen; er verlangte jedoch, daß die übrigen Arbeiter erst zu Mittag wieder anfangen sollten, gewissermaßen eine Strafe für ihre solidarische Handlung. Diese befohlen sich nicht lange, sondern nahmen ihr Arbeitsgeschirr und verließen den Bau.

### Ausland.

**Die Zahl der ausländigen Buchbinder und Arbeiterinnen** in Wien beläuft sich auf 900. Der Zusammenhalt der Ausständigen ist ein ausgezeichnete und sind bisher nur wenige Streikbrecher zu verzeichnen. An Unterstützung stehen den Ausständigen vorläufig von der deutschen Organisation 15 000 M. zur Verfügung und auch von den übrigen Arbeiterkategorien werden zahlreiche Unterstützungen einlaufen.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Stuttgart, 6. Oktober.

Vormittags-Sitzung.

(Privatbesprechungen des „Vorwärts“)

Um 9 1/4 Uhr vormittags wird die Sitzung eröffnet. Den Vorsitz führt K. Loh. Es wird in den Punkt 6 der Tagesordnung „Vergarbeiterchutz“ eingetreten.

Vertretung der Sachse - Juidau: Die Organisation der Vergarbeiter ist noch schwach, die sächsischen Verg- und Hüttenleute sind zu allererst in der Organisation eingetreten. In den 70er Jahren ist allerdings bereits ein Versuch dazu gemacht worden, aber es war damals nur ein Strohfeuer. Auch seit 1890 ist die Organisation wieder sehr zusammengebrochen. Daß sie da nicht eine große Macht zur Erringung eines Arbeiterschutzes entfalten konnte, ist naheliegend. Unsere Forderungen wurden im sächsischen Landtage zum größten Teil zurückgewiesen, mit der Begründung, daß Sachsen nicht allein den Vergarbeiterchutz einführen könne, weil seine Kohlenbergwerke dann konkurrenzunfähig werden würden. Seit dieser Zeit haben wir auf allen Kongressen dahin gewirkt, daß in allen Bundesstaaten dem Vergarbeiterchutz mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und daß namentlich die großen Unglücksfälle besprochen werden. Leider beweist die Unglücksstatistik, daß die Zahl der Unglücksfälle, nicht wie in anderen Betrieben, zurückgegangen, sondern gestiegen ist. Es liegt auf der Hand, daß es notwendig ist, eine schärfere Inspektion und einen besseren Arbeiterschutz anzuwenden, um die Zahl der Unglücksfälle zu vermindern. Die Vorschriften an und für sich sind ja gut, aber mit der Befolgung derselben steht es anders. Da liegt der Hase im Pfeffer. Darauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit lenken. Vor Jahren ging die Behauptung immer wieder durch die Presse, daß die meisten Unfälle Montags stattfinden. Man wollte damit sagen, daß der Vater vom Sonntag die Unfälle verschulde. Diese Behauptung ist eine lächerliche. Die Statistik der Anknappschaffts-genossenschaften hat sie wiederlegt. Mit der ständigen Steigerung der Zahl der Unfälle wird auch die Notwendigkeit immer größer, für Vergarbeiterchutz zu sorgen. Aber weder die Regierungen noch die maßgebenden Arbeitgeber haben bisher für eine bessere Inspektion gesorgt. Die jetzigen Vorschriften mögen ja in vielen Bezirken genügen, aber die Revisionen reichen nicht aus, dazu ist die Zahl der Beamten viel zu gering. Man kann doch zum mindesten verlangen, daß jedes Werk vierteljährlich mindestens einmal revidiert wird, eine monatliche Revision wäre sicher auch nicht zu viel. Wir fordern aber außerdem, daß man mit der Kontrolle auch Vergarbeiter beauftragt, die ständig auf dem Werke sind und wenn nötig jeden Tag inspizieren können. Es ist eine nicht wegzustreitende Tatsache, daß bei den Revisionen jetzt sehr häufig Vermögensvergehen vorkommen. So sind auf unserem Kongress Fälle mit Tatsachen belegt worden, wonach gefährliche Orte im Betriebe einfach verschlossen wurden. Wenn der Revisionsbeamte kam, da mußte sich der Beamte etwas weis machen lassen, da er die Betriebsorte nicht kennt. Bei Arbeiterinspektoren wäre das unmöglich. Ein weiterer Mangel ist die vorherige Anmeldung der Revision. Da ist es dann kein Wunder, wenn keine Verhöre gegen die bergpolizeilichen Vorschriften gefunden werden. Die Leiter der Bergwerke und die Beamten haben häufig dieselbe Vergalademie besucht, daraus resultieren Beziehungen, die der strengen Inspektion nicht förderlich sind. Kein Arbeiter kann sich bei der Verginspektion beschweren, ohne daß es zur Kenntnis der Bergwerksleitung kommt. Er hat dann seine Entlassung zu gewärtigen. Nur ein Beispiel dafür: Ein Arbeiter brachte seine Beschwerden in der Verginspektion vor und beschrieb die Gefährlichkeit der Strede. Statt sich zu überzeugen, ob die Schilderung auf Wahrheit beruhe und eventuelle Abhilfe zu schaffen, wurde dem Arbeiter erwidert: Er sei zu ängstlich und eigne sich nicht zum Grubenarbeiter, sondern nur zum Tagelöhner. Damit waren Lohnreduzierungen verbunden, die sich der Arbeiter nicht gefallen ließ; er beschwerte sich darüber und wurde entlassen. Ähnliche Fälle ereignen sich sehr häufig. Wenn derartige Sachen vorkommen, wenn selbst die Verginspektion mit solchen Mängeln einverstanden ist, dann ist es klar, daß die Vorschriften nur auf dem Papier stehen.

Nur ist die Frage, ob die Bergbau-Industrie in der Lage ist, größere Kosten zu tragen, um eine Mehrzahlung für den Schutz ihrer schwer geplagten Lohnsklaven zu leisten. Die „Königliche Ztg.“ hat kürzlich selbst dargelegt, daß die Dividenden sich seit 1885 im Durchschnitt verdoppelt haben, von 5 1/2 auf 11 1/2 Mt. im Jahre 1897. In diesem Jahre sind die Ueberhöhe noch viel größer als in dem schon sehr günstigen vorigen Jahre. Es liegt also nur an dem guten Willen der Bergbau-Industrie. Die preussische Regierung hat eine Kommission nach England geschickt zum Studium der dortigen Verhältnisse. Die Kommission ist zurückgekehrt, die Ergebnisse ihrer Studien sind noch nicht bekannt. Aber schon die bloße Verlautbarung der Ansicht, daß eine Zuziehung der Arbeiter zur Verbesserung einer besseren Kontrolle nötig sei, hat wie eine Wunde bei den Bergbau-Industriellen eingeschlagen. Sie kennen ja die Eingabe derselben an die preussische Regierung und die Gründe, die sie angeführt haben. Es wurden Bedenken politischer Art geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß bei den Wahlen die Massen aufgereizt, unzufrieden gemacht und der Sozialdemokratie zugeführt werden könnten. Wir haben auf unseren Kongressen bereits die Notwendigkeit einer Reform des Vergarbeiterchutzes von Reichswegen, die Notwendigkeit eines einheitlichen deutschen Reichs-Vergesetzes betont und die Regelung des Anknappschafftswesens gefordert, aber bisher ohne Erfolg. Es bleibt mir nur noch übrig, auf die von uns beantragte Resolution näher einzugehen. Sie lautet:

Die ständig an Intensität zunehmende großkapitalistische Gewinnung der Erdschätze (Kohlen, Erze, Salze etc.) hat für die dabei beteiligten Arbeiter eine außerordentliche Zunahme der Unfallgefahr zur Folge. Seitdem die deutschen Bundesstaaten, von der Mitte bis zum letzten Drittel dieses Jahrhunderts an allmählich das Direktionsprinzip (Leitung der Gewinnungsarbeiten im Bergbau nur durch staatliche Betriebsbeamte und Anlegung und Ablegung der Arbeiter staatl. Aufsicht) aufgaben, also den Grubenbetrieb für das Privatkapital freimachten, nimmt auch die Zahl der im Betrieb getöteten und verletzten Vergarbeiter rapide zu, wie die amtlichen Statistiken lehren. Die heute im Sinne der verschiedenen deutschen Vergesetze (z. B. §§ 198 und 199 des allgemeinen preussischen Vergesetzes vom 24. Juni 1865/1892) gehandhabte Beaufsichtigung der Vergwerke durch staatliche Kontrollbeamten hat die Zunahme der Betriebsunfälle nicht hindern können.

Unsere heutige Verginspektion ist, wie die in den letzten Jahren sich häufenden Massenunfälle im deutschen Bergbau und die dabei als Tageslicht gebrachte Unzulänglichkeit der geübten Kontrolle klar erwiesen, nicht in der Lage, den Vergmannschaftsstand vor zunehmender Lebensgefahr zu schützen. Auch die Ergebnisse der Krankheitsstatistik (Anknappschaffts- und Pensionisten-Verichte) der Vergleute lassen erkennen, daß eine energische Aenderung des heute herrschenden Ausbeutungssystems in der heimischen Grubenindustrie im Interesse der Anknappen dringend nötig ist.

In Anerkennung dieser durch die öffentliche Kritik besonders im letzten Jahreskongress als unabweisbar bewiesenen Tatsachen erklärt der Parteitag:

Eine gründliche Reform der Verggesetzgebung in Deutschland ist eine dringende Notwendigkeit, damit Leben und Gesundheit der Vergleute nach Möglichkeit geschützt werden.

Grundlinien dieser Reform sollen sein:

1. Festsetzung einer Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden, Ein- und Ausfahrt eingeschlossen, Ueberstunden, welche nicht zur Fortführung des Betriebes nötig sind, sind zu verbieten. Wo die Temperatur in den Grubenräumen +28 Grad Celsius übersteigt, muß die Schichtdauer auf sechs Stunden ermäßigt werden.

2. Abschaffung des Akkordsystems für unterirdische Arbeiten.

3. Männlichen Arbeitern unter 18 Jahren ist die unterirdische und Frauen überhaupt jede Grubenarbeit zu verbieten.

4. Vermehrung der Grubenkontrolleure aus den Reihen der Vergarbeiter; auf höchstens 1000 Mann der Belegschaft soll ein Arbeiterinspektor kommen. Diese Hilfsinspektoren sind von den Arbeitern zu wählen und vom Staate zu bezahlen.

5. Für mit Schlagwetter - Gasen behaftete Grubenräume sind dafür vorgebildete Wetterbeamte anzustellen.

6. Errichtung zweckentsprechender Waschanstalten (Einzel-Brausebäder) und Mannschaftsstuben (Kauern).

Der Parteitag beauftragt die Reichstags-Fraktion, den Erlass eines Verggesetzes im Sinne dieser Forderungen zu beantragen. Solange aber eine reichsgesetzliche Regelung des Vergarbeiterchutzes nicht eingetreten ist, sollen die sozialistischen Abgeordneten der bergbaureisenden Bundesstaaten in den respektiven Landtagen eine Reform der Landes-Verggesetzgebung in obigem Sinne herbeizuführen suchen.

S. Sachse - Juidau; Horn - Niederhau; Seifert - Juidau; Niedermann - Delitzsch; A. Leopold - Zeig; Florin - Zeig; Lange - Niederhau (Planenscher Grund); Höppner - Cotta; A. Winter - Veitshen (Oberschlesien); F. Rextowski - Rattowitz; Schmidt - Essen a. R.; Dohle - Bochum; A. Thiele - Halle a. S.; Wischel - Dortmund.

Wir fordern in der Resolution zunächst eine achtsündige Maximalschicht. In den allermeisten Kohlenrevieren ist dieselbe länger, ja in einer Anzahl müssen in der Woche sieben Schichten gethan werden, und so kommen statt der nominellen acht- und zehnsündigen in Wirklichkeit zwölf- und vierzehnsündige Schichten heraus. Da wird einfach von oben dekretiert: jetzt geht das Kohlengeschäft gut, jetzt muß Weisheit gemacht werden. Da heißt es, die Leute, die in großer Hitze arbeiten müssen, ruhen ja inzwischen aus, arbeiten mit Pausen und so reduziert sich die Arbeitszeit. Es muß aber darauf geachtet werden, daß im Interesse der Gesundheit und des Lebens dieser Arbeiter strenge eine achtsündige Schicht eingehalten wird. Ferner verlangen wir die Abschaffung des Akkords, des Gebührensystems, eines Morbidsystems im wahren Sinne des Wortes. Daneben besteht auf manchen Bergwerken noch ein Zantemenschsystem. Die Beamten erhalten Prämien und die Arbeiter, die möglichst viel schaffen. Daher kommt es, daß die Unfallziffern in Deutschland beständig steigen. Nur wird gesagt, ja, in anderen Ländern gehen die Unfallziffern zurück und es besteht dort doch auch im Bergbau das Akkordsystem. Aber in diesen Ländern, wie in England und Frankreich, besteht die Arbeiter-Inspektion im Bergbau. Wir sind überzeugt, daß diese ganz gut durchzuführen ist und daß unsere Forderung durchgeführt werden muß im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die Kosten würden sich für ganz Deutschland nur auf 1 1/2 Millionen belaufen.

Unsere weiteren Forderungen sind die Anstellung von dafür vorgebildeten Wetterbeamten für mit Schlagwettergasen behaftete Grubenräume und die Errichtung von zweckentsprechenden Waschanstalten und Mannschaftsstuben. Von einer Aenderung des Anknappschafftswesens, die ebenfalls nötig ist und die unser Freund Hud verlangt, steht in der Resolution nichts, weil wir es ja hier nur mit dem Vergarbeiterchutz zu thun haben.

Die Anknappschafftsklassen, die neben der Alters- und Invalidenversicherung dem Vergarbeiter eine Zuzufrente geben sollen, erfordern hohe Beiträge, die oft mehr als eine Mark betragen. Wenn ein Arbeiter nun aus seinem Revier ausscheidet, verliert er jeden Anspruch an die Kasse. Wir verlangen daher, daß ihm in diesem Falle seine gezahlten Beiträge zurückgezahlt werden.

Ich lasse mich auf weitere Einzelheiten nicht ein. Nehmen Sie unsere Resolution, die die Reichstagsfraktion veranlassen will, mit aller Energie für ein einheitliches deutsches Verggesetz und einen wirksameren Vergarbeiterchutz einzutreten, einstimmig an. (Lebhafte Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Agf er, der Resolution ohne Debatte zuzustimmen.

De b e l widerpricht diesem Vorschlage. Die Frage ist von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß der Parteitag geradezu verpflichtet ist, eingehend darüber zu debattieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag Agf er wird abgelehnt.

Sch m i d t - Essen bringt die Wünsche der Vergarbeiter im Ruhrrevier vor, die darin gipfeln, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags mit allen Mitteln dahin wirken möge, daß ein allgemeines Reichs-Verggesetz zu Stande komme. Schon infolge der vielen Massenverurteilungen muß die Verginspektion eine Erweiterung erfahren, und zwar müssen praktische Vergarbeiter als Unterinspektoren von ihren Kollegen durch geheime Wahl gewählt und vom Staate angestellt und besoldet werden. Der Minister Presfeld hat ja selbst im preussischen Abgeordnetenhaus zugegeben, daß die Verginspektion einer Reform bedarf und daß ein der Zeit entsprechende Apparat zur Grubeninspektion herangezogen werden soll, aber die Vergarbeiter hoffen wenig oder gar nichts vom Abgeordnetenhaus. Das Schicksal der Vergnovelle vom Jahre 1892 hat ja zur Genüge bewiesen, daß sich die Mitglieder des preussischen Landtages auf das allernotwendigste beschränken. Und jetzt haben die Vergwerkbefitzer und Grubenbarone schon wieder einen Vorstoß gegen dieselben seitens des Ministers geplanten Aufsichtsapparat unternommen. Ähnlich steht es in Sachsen. Alle Forderungen der Vergarbeiter, die achtsündige Schichtzeit, das Verbot der Gebirgsarbeit, eine Reform des Verggesetzes, sind vom Landtage abgewiesen worden. Hinsichtlich der Erweiterung der Gruben verlangen die Vergleute die Zuführung guter Luft und die Anwendung aller zu Gebote stehenden technischen Mittel für diesen Zweck. Weiter sind die Wettermessungen 3 bis 5 Meter von Ort zu Ort vorzunehmen, um festzustellen, wieviel frische Luft dem Vergmann in Wirklichkeit zugeführt wird. Bei der ganzen Reform muß man immer den Gesichtspunkt im Auge behalten, daß die Regelung nicht auf dem Wege der Landesgesetzgebung, sondern von Reichs wegen zu erfolgen habe. Seit lange hegen die Vergarbeiter den Wunsch, die sämtlichen Anknappschafftsklassen des Deutschen Reichs zu einer einzigen umfassenden Klasse zu verschmelzen, damit wäre die Existenzfähigkeit dieser Klassen gesichert, ihre Leistungsfähigkeit würde erhöht, und mancherlei Schädigungen der Vergarbeiter beim Verggehen aus einem Anknappschafftsbezirk in den anderen würde vermieden. Den größten Unwillen der Vergarbeiter erregt der § 90 des Vorkamer Anknappschafftsstatuts, wonach den Anknappschafftsmitgliedern die Reichrente aus die Anknappschafftsrente aufgerechnet wird. Den Vergarbeitern ist der höhere Beitrag für die Anknappschafftsrente auferlegt, aber für die höheren Pflichten erfolgt keine Gegenleistung. Wird gegen dies System von den Vergarbeitern entschiedene Front gemacht, so treten Maßregelungen ein. Und steht ein Vergarbeiter einmal auf der schwarzen Liste, dann findet er nirgends mehr Beschäftigung und geht der Rechte verlustig, die er durch Beitragszahlung an die Anknappschafftsklasse erworben hat.

Ich könnte Ihnen noch sehr trübe Bilder aus dem Ruhrrevier vorführen. Es sind auf einer Anzahl Stellen so zahlreiche und grobe Mißstände eingetreten, daß es unmöglich ist, mit dem bisherigen Inspektionsapparat weiter zu hantieren. Wir müssen eine untere Inspektion hinzubekommen, um unsere Wünsche vorzutragen zu können.

Während meiner ganzen Arbeitszeit habe ich noch nichts von einer Inspektion zu sehen bekommen. Weht man und beschwert sich über einen Mißstand, so gilt man für einen Rörgler, bekommt schlechte Arbeit, Gebühre - Abzug, wird entlassen, kommt auf die schwarze Liste und läuft dann wie ein räuberisches Schaf vergebens von einer Grube zur anderen. So ist es mir gegangen. Nehmen Sie sich der Vergarbeiter an. Wer Du auch bist, gib Ehr dem Vergmannschaftsstande! (Lebhafte Beifall.)

Horn - Niederhau: Wir legen auf die Besprechung der Mißstände im Bergbau hier großen Werth. Die Bewegung der Vergarbeiter selber wird zu unterdrücken gesucht. Die Maßregelungen beim Bergbau treffen die Arbeiter viel schwerer, als in anderen Betrieben, weil die Vergarbeiter so isoliert dastehen mit ihrem Klassenwesen, da kommen in der Organisation leicht Mißschläge vor. Hoffentlich geben die Verhandlungen hier einen neuen Aufschwung. Der Redner zählt die Maßnahmen auf, die gegen die sächsische Vergarbeiter-Organisation im Laufe der Jahre getroffen worden sind. Als wir zuerst die Mißstände im Bergbau aufdeckten, legnete die offiziöse Presse alles ab. Ein praktischer Arbeiter weiß sich bei Unfällen häufig rascher zu orientieren als ein höherer Beamter.

In den Einzelfällen ist es kaum möglich, über diese Sachen zu reden. Und in Sachsen ließ das Kammerpräsidium nicht einmal die Forderung vertreten, daß die sächsische Regierung im Bundesrat für den Erlass eines einheitlichen Verggesetzes eintreten solle. Verglichen mit dem sächsischen Landtage herrscht im Reichstag doch Unständigkeit. Ist ein großes Unglück passiert, dann wird in der Presse für die Hinterbliebenen gesammelt. Für diese Summen könnte durch Unfallversicherung viel mehr getrieben werden. Nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Beifall.)

Mora wski - Berlin: Kurz vor dem großen Unglück in der Kleophadgrube kamen viele Zuschriften an die „Gazeta Robotnicza“, die sich darüber beschwerten, daß die Leitern oben und unten zu zwei und drei fortgenommen würden, um die Arbeiter am sofortigen Verlassen der Arbeit zu verhindern, wenn sie beendet wäre. Die Arbeiter würden sich im Falle eines Unglücks nicht sofort retten können. Unser Blatt veröffentlichte den Bericht. Der Redakteur erhielt eine Anklage wegen Verleumdung und wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Während er saß, geschah das furchtbare Unglück auf der Kleophadgrube, das 114 Vergleute fortgerafft hatte, da schrieben bürgerliche Zeitungen, ein Drittel der Verunglückten hätte sich retten können, wenn die Leitern dagesessen wären. (Hört! hört!) Nachträglich wurde von oben in Erinnerung gebracht, daß die Leitern nicht fortgenommen werden dürfen. Ich habe aber, als ich jetzt in Oberschlesien war, von den Arbeitern erfahren, daß der alte Schlenkrian weitergeht. Die Leitern sind an vielen Stellen wieder nicht da. Hier ist eine Arbeitskontrolle von Seiten der Vergleute notwendig. Ein zweiter wunder Punkt ist die Vertrauensfrage. Auf die Atteste der Privatärzte wird, wenn es sich um den Anspruch auf eine Rente handelt, nichts gegeben, maßgebend sind allein die Vertrauensärzte der Grubenverwaltung, ein Mangelstand, der schwer empfunden wird und die fragestehen Fälle zeitigt.

Ein Schlußantrag wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Dr. Winter - Veitshen: Die Anträge auf Schluß der Diskussion scheinen zwar zu beweisen, daß die vorliegende Frage des Vergarbeiterchutzes genügend geklärt sei; auch ist die einstimmige Annahme der ihnen vorgelegten Resolution völlig sicher. Trotzdem ist es noch nötig zu zeigen, in wie hohem Grade ein Vergarbeiterchutz notwendig ist. Die Wichtigkeit der Vergarbeiterfrage beruht in der Wichtigkeit der Montanindustrie, von ihr hängen alle anderen Industriezweige ab. Gelingt es uns, die hunderttausende deutscher Vergarbeiter auf ein höheres Niveau zu bringen, dann das beabsichtigen wir doch mit dem geforderten Vergarbeiterchutz, dann haben wir die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ganz bedeutend gefördert. Hierin liegt die große politische Bedeutung der Vergarbeiterfrage. Leider kann ich hier nicht die vorliegende Frage noch weiter von diesem Gesichtspunkte aus betrachten, sondern muß mich auf die Ansätze von Thatsachen beschränken, um wieder einmal einen Nisthalm auf das in doppelter Beziehung schwarze Oberschlesien fallen zu lassen. Es ist das besonders deshalb nötig, weil es gerade jetzt in Oberschlesien selbst zu tagen beginnt. Die Unfallzahlen sind in Oberschlesien, obwohl wir dort keine schlagenden Wetter haben, ganz besonders hoch. Sie hören meist nur von den Massenverurteilungen und ich brauche Sie in dieser Beziehung nur an die Namen Schwientochowski, Kleophadgrube, Vorka, Orzegow, Koschka u. dgl. zu erinnern, aber von den täglich, ja stündlich sich ereignenden Unfällen hören Sie nichts. In den vier Jahren von 1893 bis 1896 wurden ca. 33 000 Unfälle in der Oberschlesischen Montanindustrie gezählt, jeder zehnte Mann kommt jetzt jährlich einmal „dran“. Die Zahl der zu Tode verunglückten ist bis auf 204 im Jahre 1896 gestiegen. Es war interessant zu sehen, daß die höchsten Unfallzahlen in einem der Privatregalbezirke erreicht wurden, die ja noch ein ganz besonderes Kennzeichen Oberschlesiens sind. Die steigende Höhe der Unfallzahlen beweist mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die Notwendigkeit neuer scharfer Maßregeln zum Schutze der Arbeiter. Besonders schlimm steht es auch mit dem ober-schlesischen Anknappschafftswesen. Gerade jetzt ist eine Bewegung zu gunsten einer Verbesserung des Anknappschafftsstatuts im Gange. Jetzt haben die Werkbesitzer alle Rechte, die Arbeiter alle Pflichten. Durch die Schaffung einer ausgebreiteten Organisation, die den zu wählenden und die Arbeiterinteressen vertretenden Anknappschaffts-Vertretern einen Nisthalm gewähren soll, soll versucht werden, diesen Mißstand zu beseitigen. Schlimmer noch als mit dem Anknappschafftswesen steht es mit den Werkpensionen - Einrichtungen, durch die in der eben verflochtenen Zeit bei den Maßregelungen die Arbeiter zum Theil hunderte von Mark verloren haben, die sie nach und nach in Beiträgen haben zahlen müssen.

Ein wichtiger Grund dafür, daß gerade für Oberschlesien Vergarbeiterchutz nötig ist, ist die Thatsache, daß die Herren der ober-schlesischen Montanindustrie dieselben Herren sind, die Ihnen als Agrarmagnaten und Junker mit ihrer leider noch so großen politischen Bedeutung bekannt sind. Mit dieser Thatsache aber steht die andere in unmittelbarem Zusammenhang, daß gerade Oberschlesien das Land der Privatregalbezirke ist, der Bezirke, in denen es staatliche Aufsichtsbeamte überhaupt noch nicht gibt und in denen millionenreichen Leuten jährlich neue Millionen als Steuern in die unergänzlichen Taschen fließen, ohne einen Finger zu rühren. So bezieht z. B. Herr v. Tiele-Winkler bloß von einer Grube, der trauglich berühmten Kleophadgrube, jährlich eine halbe Million Mark. Sogar der Staat, der seinerseits den Grubenherren die Vergabgaben geschenkt hat, muß diesen Privatregalherren die Taschen füllen helfen. Und dabei ist erwiesen, daß theilweise, vielleicht ganz die Vergregal-Berechtigung nichts weniger als „woherworden“ sind. Trotzdem verzeihen sich die ober-schlesischen Regalherren nicht etwa dazu, auf ihre Rechte zu verzichten. Nein, sie wollen sie erweitert haben, wie das einige jetzt noch nicht erledigte Prozesse beweisen. Ein anderer gerade in Oberschlesien sehr sichtbarer Mißstand ist die Qualität der dort thätigen Beamten. Vergtrah Triebel-Rattow macht selbst auf diesen Mißstand aufmerksam und muß dabei erwähnen, daß von den Unterbeamten seines Reviers circa zwei Drittel kaum lesen und schreiben können, dabei aber in so rigoroser Weise mit den Arbeitern umgehen, daß sie sogar in Oberschlesien, wo doch sonst das Prügelein noch Brauch und Mode ist, wegen Mißhandlung und Körperverletzung gerichtlich bestraft werden müssen. (Hört! hört!)

Durch die einstimmige Annahme der vorgeschlagenen Resolution werden Sie auch Oberschlesien einen wichtigen Dienst erweisen. Sie werden die dort so frisch aufblühende Bewegung durch die Annahme der Resolution bedeutend fördern. (Beifall.)

Thiele - Halle: Eine unendliche Menge von stillem Leid und Elend ist es, unter denen die Proletarier leiden, die sich den hegreichsten Grund „Wald auf“ bieten. Bei Halle liegt das Zeiger und Weichenfelder Braunkohlenrevier und das Mansfelder Erzgebiet. Im Braunkohlenrevier herrschen dieselben Mißstände, welche von dem

Genossen Sache und Horn schon betreffs der Steinkohlengruben berichtet worden ist. Das Gedinge ist niedrig und wird oft genug noch willkürlich gekürzt. Die Schichtdauer ist lang und wird durch Ueberfrachten noch mehr ausgedehnt, denn die Revisionen sind unzureichend. Als im vergangenen Sommer der Berginspektor seine Ankunft angemeldet hatte, wurde auf einer Grube rasch die sehr wadlige Brücke ausgebaut, und die ausgebauten Stellen wurden mit Sämgung bestrichen, damit nicht zu sehen war, daß die Reparatur noch neu war. Noch trauriger sind die Verhältnisse im Mansfelder Revier. Hier tritt zu den übrigen Leiden noch ein unerhörtes geistliches Zwang. Die Bergleute werden zu unentgeltlichen Dienstleistungen für Beamte herangezogen, sie müssen gehorchen, wenn sie nicht schlechtes Gedinge haben oder ganz abgelegt sein wollen. Von der Mansfelder Gewerkschaft abgeleitet zu werden, bedeutet aber für den Gemahregelten, aus der Heimat getrieben zu werden, da der Gewerkschaft in jener Gegend fast alle größeren industriellen Betriebe gehören. Die Ablegung ist sogar erfolgt lediglich um deswillen, weil die betreffenden dem Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande angehört. Besonders laute und schmerzliche Klagen werden aus dem Mansfelder Gebiete laut über Rentenquetschung und Rentenverweigerung. Man beschäftigt den Verunglückten nach seiner Wiederherstellung mit leichter Arbeit und ist die Zeit der Unfallmeldung verstrichen, so kann er gehen. Bei den Knappschaftskassen ist der Unterschied zwischen den künftigen und nichtständigen Mitgliedern, deren letztere wohl alle Pflichten, aber nur wenige Rechte und fast keinen Einfluß auf die Kassenleitung haben, zu tabeln und zu befeigen. Werden Mißstände aus Licht gezogen, so ist die Staatsanwaltschaft leicht bei der Hand, sich der Vergewaltigungen anzunehmen. Wie bequeme die Internier in der Lage wären, für erweiterten Vergarbeiterzuschuß zu machen, lehrt das Beispiel der Niebelschen Montanwerke, die im vergangenen Jahre insgesamt über 3 115 000 M. für Arbeitslöhne verausgabten, aber fast 2 800 000 M. Ueberzuschuß erzielten.

Rechnen wir uns der Gedrücktesten der Gedrückten durch Annahme der Resolution an, ziehen wir die verlassen deutschen Bergleute an die starke Brust der Sozialdemokratie und suchen wir ihnen proletarischen Stolz einzubringen, damit auch sie Hand anlegen zur Besserung ihrer traurigen Lage. (Weisfall.)

**Greiner - Acherleben:** Ziele hat die Verhältnisse sehr zu treffend geschildert. Den Arbeitern in den Salzwerken muß auch bei der Ausführung der Arbeit ein größerer Schutz gewährt werden. Sie werden in einer so intensiven Weise in Anspruch genommen, daß man Arbeiter im Alter von über 30 Jahren nicht mehr anlegt. (Hört! hört!) Die Herren in den Bergwerken wissen, daß sie das Mark des 30-jährigen Arbeiters bereits so ausgefressen haben, daß seine Arbeit ihnen nicht mehr nützlich sein kann. Zeigen Sie den Bergarbeitern, daß Sie gewillt sind, auch ihnen den Kampf um ihre Existenz zu erleichtern. (Weisfall.)

**Florin - Zeitz:** Der Arbeiterkampf ist für die Bergarbeiter noch viel nötiger als für die übrigen industriellen Arbeiter, da ihre Tätigkeit weit gesundheitsgefährlicher ist. Der jegliche Schutz reicht keineswegs aus, um den Bergarbeiter vor körperlichem und geistlichem Verschleiß zu schützen. Namentlich ist die Arbeit in Braunkohlen-Bergwerken noch gefährlicher als in Steinkohlen-Bergwerken. Wir in unserer Kreise, wo nur Braunkohle gewonnen wird, haben daher die allermeiste Veranlassung, die Arbeiter vor Schaden zu bewahren, zumal da die Kontrolle bei uns mangelhaft ist. Dazu kommt, daß die Lebenshaltung in Zeitz-Weißfels eine solche ist, daß die Arbeiter gar nicht im Stande sind, sich genügend zu ernähren. Die Arbeiter kommen herunter, sie haben keine höheren Ideale und sind infolge dessen leider auch schwer von der Notwendigkeit einer Organisation zu überzeugen. Die Streiks und Arbeitsunterbrechungen der Bergarbeiter sind so gering, daß das Unternehmertum keine Veranlassung hat, sich darüber besonders zu beschweren. Wir müssen den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein bereiten und deshalb bitte ich sie, die Resolution anzunehmen.

**Knoke - Frankfurt:** Aus dem Kassauer Revier möchte ich noch einiges hinzufügen, dort werden Löhne von 40 bis 45 M. im ganzen Monat verdient. Auf die Schicht kommen da vielfach noch nicht 80 Pf. (Hört! hört!) In welcher Weise man mit den Arbeitern dort umgeht, erfahren Sie daraus, daß ein Obersteiger dort sagte, er werde für die alten Leute einen Scharfrichter kommen lassen, um sie wegzufügen, da sie doch nichts nütze sind. (Hört!) In diesem Bezirke ist das Zentrum mahgebend, hat aber absolut nichts getan. (Sehr wahr!) Als wir hingekommen sind, wurden wir von den Zentrumselementen als Degen und Aufwiegler bezeichnet. Zeigen wir den Bergarbeitern durch Annahme der Resolution und durch die That, daß wir die einzige Partei sind, die ihre Interessen vertritt. (Weisfall.)

**Schmitt - München:** All das, was von den Rednern bis jetzt gesprochen, trifft auch auf die oberbayerischen Bergarbeiter zu. Auch ihre Arbeitskraft wird außer Acht gelassen. Von dem Direktor des oberbayerischen Bergwerks rührt das Wort her: Man muß von den Bergarbeitern das Unmögliche verlangen um das Mögliche zu erreichen. Auf zwei Monate wurde das Prämienystem eingeführt. Die Leute arbeiteten Tag und Nacht. Nachdem so festgestellt war, was aus den Arbeitern herauszukommen war, wurden die Löhne entsprechend vergrößert. Größere Unfälle sind noch nicht vorgekommen, aber einzelne Verunglückten kommen beständig vor. Welche Miße haben diese armen Teufel um ihre Rente zu erlangen. Einem Bergarbeiter wird das linke Augenlid gelähmt, der Arzt erklärte, daß sei nur ein Schönheitsfehler. (Hört! hört!)

Die meisten von Ihnen werden gelesen haben, daß die Bergarbeiter sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben und daß die Direktion, sobald sie davon Kenntnis erhielt, die organisierten Arbeiter auf die Straße warf. Darunter waren Arbeiter, die 18 Jahre lang beschäftigt waren und sich nichts haben zu schulden kommen lassen. Ich war selbst beim Direktor, um ihn zur Zurücknahme der Verfügung zu bewegen; aber sie hätten nur sehen sollen, wie er mich behandelte. Ein solcher Egoismus ist mir noch nicht vorgekommen. Meine Vorstellungen nützten nichts und er ließ mich schließlich einfach stehen. Die Arbeiter waren nicht nur brotlos geworden, sondern auch ihre Beiträge zur Knappschaftskasse gingen ihnen verloren. Es ist Zeit, daß wir uns dieser Kermsten der Armen annehmen und endlich ihre unglückliche Lage lindern. (Weisfall.)

**Schradner - Osnabrück:** Wie notwendig eine reichgesetzliche Regelung der Vergesetzgebung ist, das hat in diesem Sommer recht deutlich der Streik am Riesberg bewiesen. Es handelte sich da um gutgläubige Katholiken und nicht um Lohnforderungen. Die reine Ausbeutungswuth des Kapitals wollte den Leuten ihre althergebrachten Feiertage nehmen. Katholische Geistliche, Mitglieder des Zentrums, waren es, die den Kapitalisten hilfsreich an die Hand gingen und ihnen riefen, durch Ueberstunden die Arbeiter die Feiertagsarbeiten einbringen zu lassen. Also Ultramontane wollten die Arbeiter veranlassen, noch mehr als bisher ihre Arbeitskraft anzuspinnen. (Hört! hört!) Und als die Arbeiter sich das nicht gefallen ließen und die Arbeit einstellten, und als die Unternehmer nicht genügend Arbeitskräfte von auswärtig heranziehen konnten, da griffen sie zu einem Radikalmittel, sie stellten den Betrieb ein, ließen das Werk verfallen und den Hunderttausende an Werth repräsentierenden Maschinen, um ein Exempel zu statuieren, um gefähig Arbeiter zu erhalten. Durch Reichsgesetz müßte solchen Manipulationen ein Riegel vorgeschoben werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolution findet einstimmige Annahme. Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung: **Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.** Hierzu liegen die Resolutionen 102\*) und 103 vor.

**Verichterstatter Schipfel:** Von den beiden hierzu vorliegenden Resolutionen steht in der von mir eingebrachten zunächst etwas vorüber alle einig sein werden. Es steht darin, daß wir die Handelsvertrags-Politik weiter unterstützen wollen, weil wir sie für richtig halten. Es steht weiter darin, daß die Arbeiterklasse gegen jeden Lebensmittelpoll und gegen jeden agrarischen Zoll aufzutreten wird und daß, wenn neue Anläufe kommen, die Zölle zu erhöhen, wir die Reichstagsfraktion verpflichten, diesen Zollerhöhungen nicht zuzustimmen. Die zweite Resolution von Kautsky und Genossen schließt alles ein, was in meiner steht, aber sie geht weiter und proklamiert den Grundsatz, daß wir, die Vertreter der Arbeiter, alle der Meinung sind, daß wir überhaupt keinen Industriepoll in Deutschland bedürfen. Am wichtigsten ist der Punkt drei, daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Zollsches entzathen zu können. Dafür möchte ich die Partei nicht verpflichten. Wir wollen die Dinge an uns heranommen lassen, wir sind ja im allgemeinen alle Freihändler. Ich wüßte wenigstens nicht, wer von uns heute für einen Schutzzoll eintreten würde. Aber ich plaidire dafür, daß wir uns nach dieser Seite nicht festlegen, sondern offene Hand behalten.

Und nun gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen voranzuschicken. Ich war noch bis in die letzten Tage hinein unschlüssig, ob ich mich in meinem Referat beschränken sollte auf einen Rückblick, was in den letzten Jahren in der Zollpolitik geschehen ist, und auf einen Ausblick in die Zukunft. Ich will aber doch lieber etwas weiter ausfallen und Fragen streifen, über die wir nicht ganz einig sind. Schon deshalb, weil in den letzten Tagen von angelegenen Parteiblättern, wie der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Hamburger Echo“, die Frage der Zollpolitik angegriffen ist. Da darf ich es wohl als allgemeine Anschauung bezeichnen, daß man meint, der Freihandel sei so eine Art internationaler Völkerverbrüderung. Während heute die Völker gegen einander kämpfen, würde der Freihandel ein Schritt sein zur Versöhnung der Völker. Ein Berliner Redner hat einmal diese Ansicht sehr drastisch zusammengefaßt, indem er gegen jede Weltpolitik protestierte, die mit Kriegsschiffen auf die Meere hinausgeht, und sagte, die proletarische Weltpolitik: das ist der internationale Freihandel, die Handelsfreiheit. Diese Ansicht ist sehr alt. Als die Freihandelsagenten in alle Welt hinausgegangen sind, da haben sie genau dasselbe Evangelium gepredigt. Cobden hat seinerzeit an H. Schönerbach geschrieben: „Offenbar würde es gut sein, unsere Freihandelsagitation auf die Friedensbewegung aufzuspitzen. Sie sind schließlich eines und dasselbe. Ich habe mich oft gewundert, daß die Freunde die Sache des Freihandels nicht vertreten als den Weg, und zwar den einzigen Weg zum allgemeinen, ewigen Frieden.“ Und der deutsche Freihandelsmann Prince-Smith, den sie alle aus den Schriften Lassalle's kennen, drückt sich in seinem Buch über die weltpolitische Bedeutung des Freihandels so drastisch aus, daß ich mir erlauben will, die wichtigsten Stellen zu verlesen. Er sagt da: „Die Freihandelsfrage ist eine Frage von weltpolitischer Bedeutung.“ Weiter sagt er: „Die durch die Handelsfreiheit zu bewirkende Befestigung friedlicher internationaler Beziehungen ist noch viel wichtiger als der unmittelbare wirtschaftliche Gewinn wohlfeilerer Versorgung mit Bekleidungsmittelein. Die weltpolitische viel mehr noch als die bloß wirtschaftliche Reform ist das große Ziel, nach welchem auch die prinzipiellen Freihandelsmänner streben und für welches sie den Gemeinsinn begeistern möchten. Die Größe dieses Zieles erhebt auch gegenüber der Schwierigkeit der Erreichung desselben ihren Ruhm. Auch nicht unabhängig fern liegt seine Verwirklichung und dann die Erkenntniß desselben verbreitet sich täglich mit wachsender Stärke.“ Ferner sagt er: „Arbeiten wir daran, eine allgemeine klare Anschauung zu verbreiten von der volkswirtschaftlichen Weltgemeinde, deren Einheit nicht durch Staatsgrenzen zerstückelt werden darf. Verbreiten wir die Anschauung, daß die in der wirtschaftlichen Produktion weiterführenden Nationen bei freiem friedlichen Verkehr nicht anders als sich gegenseitig förderlich sein können, daß im Wege des freien Handelsverkehrs das eine Volk sich niemals auf Kosten des anderen bereichern kann, daß sogar der Gewinn relativ stets am reichlichsten ist für das wirtschaftliche Schwächere, d. h. für das am wenigsten in der Industrie vorgeschrittene Volk.“ Und dann an anderer Stelle: „Erheben wir also den Geist des Volkes auf die Höhe unseres volkswirtschaftlichen Prinzips. Die Welt sieht sich von diesen Höhen viel schöner, reicher, friedlicher an.“ Ich meine, in ganzer Klarheit und Einfachheit ist hier gesagt, was man von der Freihandelsbewegung erwartet. Wären wir zurück, was daraus geworden ist! Zuerst schien es ja, als ob sie

gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung am schwersten bedrückten und in der Erhöhung ihrer Lebenshaltung hemmen.

Jeden Versuch der bereinigten Industrie- und Agrar-Hochschutzzöllner, die notwendige Revision unseres Zolltarifs zu neuen Zollsteigerungen zu benutzen, wird die Partei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen als einen Deutzeug gegen die deutschen Arbeiter und Konsumenten, der zudem das Ausland zu feindseligen Gegenmaßnahmen herausfordert und zu erbitterten Zollkriegen führen muß.

- 103. In Erwägung:**
1. daß Lebensmittelpoll eine künstliche Vertheuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Stadt und Land herabdrücken;
  2. daß bei den heutigen Nachrichtenverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reich die Industriepoll notwendigerweise mit Lebensmittelpoll zusammenfallen;
  3. daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um den Schutzzoll entzathen zu können;
  4. daß der Schutzzoll bei entwickelter Großindustrie das wirksamste Mittel ist, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen feindseligen Unternehmensverbänden zu fördern;
  5. daß diese Verbände die Aufgabe haben, die Preise der Waaren über ihr normales Niveau zu erheben, wodurch sie stets die Masse der Konsumenten und speziell die Arbeiter, oft aber auch die Industrie selbst schädigen, die durch den „Saug der nationalen Arbeit“ angeblich gefördert werden soll, der sie aber die notwendigen Rohmaterialien und Hilfsstoffe (Eisen, Kohle) vertheuert;
  6. daß diese Verbände aber auch ein mächtiges Mittel sind, die Vereinigungen der Arbeiter lahmzulegen, alle ihre Bestrebungen nach Hebung ihrer Lage zu nichte zu machen und sie in ein modernes Helotenverhältnis herabzudrücken;
  7. daß die Schutzzoll gleichzeitig als Finanzzoll wirken und den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzzollpolitik nie zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können;
  8. daß endlich die Schutzzoll der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken, indem sie die aus den kapitalistischen Produktions- und Absatzverhältnissen entspringenden Interessengegenstände zwischen den Nationen künstlich vertiefen.

erklärt der Parteitag: die Schutzzollpolitik im Deutschen Reich wie in jedem Staatswesen entwickelter Großindustrie ist unvermeidbar mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwicklung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industrie-Monopolisten, sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen, also der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Demokratie. Es sind dieselben Klassen, die den Arbeiterkoalitionen mit dem Zuchthaus drohen und die Unternehmerkoalitionen durch den Schutzzoll zusammenschweißen.

Es ist daher geboten, namentlich bei der Erneuerung der Handelsverträge, jeden Schritt im Sinne der Vertheuerung zu unterstützen, dagegen alle Maßnahmen aufs schärfste zu bekämpfen, die auf Erhaltung oder gar Verjährung des heutigen schutzzöllnerischen Regimes abzielen.

**Kautsky, Nebel, Singer, Getlin, Lieblincht, Meiß, Stadthagen, Schoenlanl, Schmidt, Frankfurt, Krumm, Hildenbrand, Gradnauer, Dertel, Herberl, Ulrich, Stuttgart, Seguy, Vollmar, Scherm, Heimann, Seymann,**

sich über alle Staaten verbreiten wird. Die Engländer hatten ihre Holzölle, ihre Fabrikatsölle abgeschafft; da begann die Freihandelsbewegung auf dem europäischen Kontinent. Napoleon III. hat, ohne die Einwilligung der Kammer einzuzahlen, die er auch nicht bekommen hätte, einfach durch Dekret die Zölle herabgesetzt. Er hat durch Handelsverträge die Zölle herabgesetzt, weil dazu die parlamentarische Zustimmung nicht so nötig war. Dann hat Preußen den Triumph des Freihandels ausgepielt gegen unsere früheren deutschen Mitbürger und durch den deutsch-französischen Handelsvertrag einen so niedrigen Vertragstarif geschaffen, daß entweder der Zollverein gesprengt wurde, oder daß Oesterreich niemals in den Zollverein eintreten konnte. Es war ausgeschlossen, daß Oesterreich derartige Zollsätze annehme, und es war ausgeschlossen, daß man etwa Differentialtarife hätte schaffen können. Die anderen Zollvereinsstaaten haben sich nach schweren Kämpfen diesem Vertrag angeschlossen, und dann hat der Freihandel damals auch eine wichtige politische Rolle gespielt. So hat er weiter und weiter um sich gegriffen, man hat Handelsverträge geschlossen; zum Freihandel sind wir ja nie gekommen, aber allmählich sind die Zölle doch niedriger geworden. Und als in den siebziger Jahren der Rückschlag kam, da waren es nur Länder mit zurückgebliebener industrieller Entwicklung, die noch hohe Zölle hatten. Ich erwähne das, weil man sehr oft sagt, ja wer war es denn, der die Schutzzölle gebracht hat? Bismarck, hätten wir den nicht gehabt, wenn ein anderer Mann an seiner Stelle gewesen wäre, so hätten wir den Schutzzoll nicht gehabt. Parteigenossen! Einmal darf man nicht einen Mann, der doch nur auch ein Mensch war, derartig ins Uebermenschliche verzerren. Das kann kein Mensch, das ist nicht sozialdemokratisch, so etwas glauben zu wollen. Die Schutzzölle waren längst da; in Amerika und auch bei uns in Europa waren Zolltarife schon geschaffen oder auf dem Wege, geschaffen zu werden. Wir haben den Schutzzoll nicht geschaffen, wir haben ihn auch nicht am weitesten getrieben; wir haben immer einen relativ mäßigen Schutzzoll in Deutschland getrieben und wir können es uns ruhig verbitten, wenn man uns den Sozialismus macht, wir hätten die anderen Länder in den Schutzzoll hineingetrieben. Aber sie sind alle schutzzöllnerisch geworden: Oesterreich, Italien, Frankreich, die Schweiz, freie Gemeinwesen, Republiken so gut wie monarchische Staaten. Und das kann doch kein Zufall sein: Die Menschheit läuft doch nicht alleammt auf dem Kopf herum. Es müssen doch Ursachen für einen solchen Entwicklungsgang vorhanden sein.

Nun komme ich zu einem Satze, der ja auch in der Partei weit verbreitet ist. Man sagt, die Reaktionäre sind es, die für die Schutzzölle sind. Der Schutzzoll hat ja immer den Anschein des Reaktionären und der Freihandel hat immer den Anschein, als ob er liberal, als ob er fortschrittlich ist.

Was sagt denn die Geschichte dazu? In der Parteipresse zitiert man ja immer Karl Marx und ich habe gewiß eine große Hochachtung für Karl Marx. Aber man darf auch nicht auf Worte schwören. Was Karl Marx in seiner Rede über den Freihandel sagt, ist etwas ganz anderes, als was unsere Parteigenossen sagen. Ich führe die Stelle an. Sie lautet: „Das Schutzzöllnerium ist konterbätiv, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution; in diesem revolutionären Sinne stimmen wir für den Freihandel.“ Wie oft ist dieses Wort wiederholt worden und wie oft hat man daraus geschlossen: wer für den Fortschritt ist, muß Freihändler sein, und wer für die Reaktion ist, muß Schutzzöllner sein. Sehen wir uns einmal die Schutzzöllner an. Die Rede von Karl Marx ist in den vierziger Jahren gehalten. Wer sind denn die Freihändler in den vierzigsten Staaten? Sind das die vorwärtstreibenden Elemente? Nein, das sind die Plantagenbesitzer, die großen Sklavenhalter auf den Baumwollpflanzungen. Sie wollen ihre Baumwolle billig nach England schicken und dafür sollen als billige Rückfracht die englischen Industrieprodukte hereinkommen. Sie wollen keine Industrie, keine Lohnarbeiterklasse in Amerika haben, sie wollen die Sklavenherrschaft haben auf Grund des Freihandels. Wer aber sind dort die Schutzzöllner? Das sind die Leute, die im Norden in den Küstengebieten wohnen. Die unabhängigen früheren englischen Bürger, sie wollen Amerika zu einem unabhängigen Industriestaat machen, wie jeder fortgeschrittene Staat es heute sein muß. Die Schutzzöllner sind dort die fortgeschrittenen Elemente, die Amerika nicht zur Ackerbau- und Pflanzkolonie herabdrücken haben wollen, die von dem großen Industriegebiet Neu-Englands träumen. Also, der Schutzzoll ist, wenn wir diese Ausdrucksweise einmal gebrauchen wollen, das revolutionäre Element innerhalb der alten Gesellschaft. Vielleicht keiner hat dieser Stimmung der schutzzöllnerischen Elemente so scharfen Ausdruck gegeben wie Friedrich List, der bekannte deutsche Schutzzöllner, der selber in Amerika erheblich thätig gewesen ist bei der Schaffung von Schutzzöllen. Da heißt es: „Wenn die Freistaaten nicht fabriciren, keine Seemacht ausüben wollen oder können, dann haben die Positionen der Thee vergeblich in die See geworfen, dann ist all ihr Deklamiren über Unabhängigkeit und künftige Nationalgröße eitel, dann thun sie besser, sobald als möglich in die englische Kolonialabhängigkeit zurückzukehren. Die amerikanische Sklavenhalter und Baumwollpflanzter werden dann ihre schönsten Träume in Erfüllung gehen sehen. Auch hat in der That ein solches Verhältnis dem Patriotismus, den Interessen und Bedürfnissen dieser Pflanzter schon seit längerer Zeit besser eingeleuchtet, als die nationale Selbstständigkeit und Größe von Nordamerika. Nur in der ersten Aufwallung von Freiheit und Unabhängigkeit schwärmten sie von industrieller Selbstständigkeit. Von da ab wurden sie klüger und seit einem Vierteljahrhundert ist ihnen die gewerbliche Prosperität der mittleren und östlichen Staaten ein Greuel, suchen sie im Kongreß den Beweis zu führen, die Prosperität Amerika's sei durch die Industrieherrschaft Englands über Nordamerika bedingt. Was will das anders sagen, als daß Nordamerika reicher und glücklicher wäre, wenn es zu England wieder in das Verhältnis seiner Kolonie zurückkehrte? Gäbe es nun eine Macht, die mit dem Plan schwanger ginge, die amerikanische Nation in ihrem Aufschwung niederzuhalten und sie sich für alle Zeiten industriell, kommerziell und politisch dienstlos zu machen? Das Mittel zu diesem Zweck läge nicht ferne, man brauchte nur zu verhindern, daß eine Manufakturkraft in den atlantischen Staaten aufkomme, man brauchte nur dem Prinzip der absoluten Freiheit des auswärtigen Handels in Amerika Geltung zu verschaffen, denn werden die atlantischen Staaten nicht manufakturirt, so können sie sich nicht nur nicht auf dem gegenwärtigen Standpunkt ihrer Kultur erhalten, sie müssen sinken, in jeder Hinsicht sinken.“

Dies Verhältnis zwischen den konservativen Freihändlern und den — ich gebrauche nochmals die Ausdrucksweise der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ — revolutionären Schutzzöllnern stimmt sich fort bis zum Bürgerkrieg. Ja die exportirenden Farmer sind heute noch Kerntruppen des Freihandels, aber nicht, wie behauptet wird, Kerntruppen des Fortschritts. Die Schutzzöllner sind die Revolutionäre, die eine höhere Wirtschaftsordnung aufbauen und sie schüßen wollen gegen äußere Angriffe, die ihr Lebensgefährlich sein können. Wie war es denn in Deutschland bei den früheren Zollvereinskämpfen? Sie wissen ja alle, die Freiheitskämpfer des Freihandels waren die Großgrundbesitzer, die ostelbischen Landjunker, die Reaktionäre, die Feudalisten, die ihre Schafherden aufzogen, ihre Wolle nach England liefern wollten, ebenso das Getreide, das Rugholz aus den Wäldern. Revolutionär waren sie nicht und sie irren auch nicht etwa über die ganze Entwicklung. Nein, sie rühten ganz genau, der Freihandel hätte die Entwicklung in Deutschland zurückgehalten. Und wer waren die Schutzzöllner? Die gegen den Feudalismus und die absolute Staatsform als Klasse aufstrebende Bourgeoisie, die Baumwollspinner in Preußen, in Sachsen, Württemberg, Baden und Bayern, die großen Fabrikbesitzer der Eisenindustrie am Rhein und in Südwestdeutschland. Zweifellos haben die Schutzzöllner — freilich waren sie mächtige Schutzzöllner — die Entwicklung viel rascher vorwärts getrieben, sie sind auch das treibende und beschleunigende Element in unserer Entwicklung gewesen. Und wenn wir heute hier sitzen, verdanken wir es zum Theil den Schutzzöllnern.

Bei List gelangt auch die Schnjucht, das vertheuerte, verbauerte Deutschland zum Industriestaat zu machen, zu erfreulichem Ausdruck. Da heißt es: „Eine Nation, die bloß Agrikultur treibt, ist ein Individuum, dem in seiner materiellen Produktion ein Arm fehlt. Bei der großen landwirtschaftlichen Produktion besteht Willkür und Sneedichheit, Aberglaube und Unwissenheit, Mangel an Kultur und

\*) 102. Resolution: Der Parteitag sieht in der nach dem Sturze des Fürsten Bismarck eingeleiteten Handelsvertragspolitik einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem früheren internationalen Wettrennen nach immer neuen gegenseitigen Zollerhöhungen.

Das Interesse der deutschen Arbeiterklasse erfordert auch für die Zukunft nicht nur die möglichste Sicherstellung unserer Ausfuhr durch umfassende vertragmäßige Bindung der Auslandszölle, sondern auch die weitere Ermäßigung und schließlich Aufhebung aller unserer Lebensmittelpoll, welche

Verkehrs- und Transportmitteln, Armuth und politische Ohnmacht. Im bloßen Agrarstaat wird nur der geringste Theil der in der Nation liegenden geistigen und körperlichen Kräfte gewendet und zur Ausbildung gebracht, nur die ihr zu Gebote stehenden Naturkräfte und Naturfonds können benutzt, keine oder nur wenige Kapitalien können gesammelt werden. Man vergleiche Polen mit England. Beide Nationen sind einst auf der gleichen Stufe der Kultur gewesen und jetzt — welcher Unterschied! Die Manufakturen und Fabriken sind die Mütter und die Kinder der bürgerlichen Freiheit, der Aufklärung, der Künste und Wissenschaften, des innern und äußeren Handels, der Schifffahrt und der Transportverbesserungen, der Zivilisation und der politischen Macht. Wenn irgend eine Nation zu Pflanzung einer nationalen Industrie berufen ist, so ist es die deutsche, wenn irgend eine Nation von einem irdischen Zustande angemessenen Schutzes reiche Früchte zu erwarten hat für das Auskommen ihrer inneren Manufakturen, für die Vermehrung ihres auswärtigen Handels und ihrer Schifffahrt, für die Vervollkommnung ihrer inneren Transportmittel, für die Blüthe ihres Ackerbaues, sowie für die Behauptung ihrer Unabhängigkeit und die Vermehrung ihrer Macht nach außen, so ist es die deutsche. Noch erfüllt indessen das deutsche Schutzsystem seine Zwecke nur in sehr unvollkommener Weise, so lange nicht Deutschland seinen Bedarf an Baumwolle und Flach - Maschinen selbst spinnet, so lange es nicht seine Bedürfnisse an Kolonialwaaren unmittelbar aus den Ländern der heißen Zone bezieht und sie mit eigenen Manufakturprodukten bezahlt, so lange es nicht diesen Handel mit eigenen Schiffen treibt, so lange es seiner Flotte keinen Schutz zu gewähren vermag, so lange es kein vollständiges Strom-, Kanal- und Eisenbahn-Transportsystem besitzt, so lange nicht der deutsche Zollverein auf alle deutschen Küstländer und auf Holland und Belgien sich erstreckt. Das sind die Worte eines Schutzöllners, aber gewiß nicht eines Reaktionsärs. Auch in der deutschen Nation sind die vorwärts treibenden Elemente damals die Schutzöllner gewesen. Die Freihändler waren die Großgrundbesitzer, die den Zensel danach gefragt haben, was aus Deutschland wird. Und sie sind nicht bloß Feinde der Industrie, nicht bloß Feinde der Bourgeoisie; die damaligen Freihändler sind auch Arbeiterfeinde, die Löhne in der zollgeschützten Industrie sind ihnen noch zu hoch. 1848 überreichten die Deputirten sämmtlicher landwirthschaftlichen Vereine in Sachsen der Nationalversammlung in Frankfurt eine Denkschrift, in der es heißt: „Die höheren Arbeitslöhne lassen diesen Vortheil (der Rückwirkung auf die Industrie) verschwinden, andererseits darf man nicht übersehen wollen, daß die Industrie Sachsen dem Ackerbau die nöthigen Arbeitskräfte entzogen habe, daß diese letzteren bereits effektiv fehlen. In Sachsen fehlt es nicht an Arbeit, sondern an Arbeitern für die Landwirtschaft, namentlich in den Industriebezirken. Sachsens Aufgabe ist, der Landwirtschaft wieder Kräfte zuzuführen. Eine Ausdehnung der Industrie liegt nicht im Interesse Sachsens.“ Also um die Arbeiter nicht emporkommen zu lassen, sind die Herren Freihändler!

So können Sie es weiter verfolgen, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt. In den sechziger und im Anfang der siebziger Jahre ist es genau so. Wie oft haben die Großgrundbesitzer Anträge gestellt, die Eisenzölle abzuschaffen, weil es ihnen unangenehm war, daß in die Industriebezirke die Arbeiter einwandern. Fast alle Industrien, nicht nur bei uns, sind ausgewachsen nur unter dem Schutz. Mit der englischen Industrie hat es seinerzeit auch nicht anders gestanden. Wo sie heute auch hindrücken, nehmen Sie Oesterreich, nehmen Sie die jungen aufstrebenden Balkanstaaten, Ungarn, Italien, Spanien, alle diese Staaten haben sich zunächst mit einer Schutzöllmauer umgeben, um ihre Industrie nicht niederzuerren zu lassen. Und da hat der Schutzöll, man mag sehen, wie man will, eine revolutionäre Wirkung geübt. Damit ist nicht gesagt, daß wir für ihn eintreten sollen. Aber gesehen wir doch die thatsächliche Entwicklung zu. Nehmen wir einmal das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn. Ungarn ein Ackerbau, Oesterreich ein entwickeltes Industriegebiet. Die revolutionären Elemente schloß sich plaidiren in den vierziger Jahren für Schutzöll, aber die österreichische Regierung gab ihnen die Schutzöll nicht. Tauschen wir uns doch nicht darüber, der Konflikt zwischen Oesterreich und Ungarn wird noch erst kommen. Diese Elemente verzichteten auf ihre Zölle nicht, sie wollen keine Kolonie Oesterreichs sein, dazu ist heute der Ungar schon viel zu selbstbewußt, fühlt sich schon viel zu sehr als selbstständige Nation und weiß, daß er es nicht sein kann, wenn er nicht zu einer starken Industrie. Und was macht Ungarn, da es den Schutzöll nicht hat? Es giebt Boden unsonst, es giebt Steuerfreiheit für eine Reihe von Jahren, es giebt Ausnahmetarife, es giebt sogar direkte Staatsunterstützung für aufstrebende Establishments, es giebt für Maschinen die Zölle zurück, die an der österreichischen Grenze gezahlt sind. Das ist doch auch ein Schutzöll-System und das wiederholt sich von Staat zu Staat.

Nun Parteigenossen! Das glaube ich aus Erfahrung der Wirtschaftsgeschichte der Völker entnehmen zu können. Aber es beruhigt vielleicht die Parteigenossen, von einer sozialdemokratischen wissenschaftlichen Autorität diese Ansichten über die Rolle des Schutzölls bestätigt zu sehen. Friedrich Engels sagt über den Schutzöll: Vor ungefähr fünfzehn Jahren reiste ich im Eisenbahnwagen mit einem intelligenten Glasgower Geschäftsmann, der ein besonderes Interesse an Eisen nahm. Die Rede kam auf Amerika, er gab mir die allen Freihandelsbedenken zum besten: Sei es nicht unbegründet, daß geriebene Geschäftsleute, wie die Amerikaner, ihren einheimischen Hüttenbesitzern und Fabrikanten Tribut zahlen, wo sie doch denselben oder gar einen besseren Artikel für den halben Preis von hier aus beziehen können? Dann folgten Beispiele, wie wahnwitzig hoch sich selbst die Amerikaner besteuerten, um ein paar geldgierige Besitzer von Eisenhütten zu bereichern. „Nun“, sagte ich, die Sache scheint auch eine andere Seite zu haben; Sie wissen, daß in Kohlen, Wasserkraft, Eisen und anderen Erzen, wohlfeilen Rohmaterialien, einheimischer Baumwolle und anderen Rohstoffen Amerika Hülfquellen und Vortheile besitzt, worin ihm kein europäisches Land das Wasser reicht, und daß diese Hülfquellen nur dann vollständig entwickelt werden können, wenn Amerika ein Industrieland wird; Sie werden ferner zugeben, daß heutzutage ein großes Volk wie die Amerikaner nicht bloß anerkennend bleiben kann; daß das eine Verurtheilung zu ewiger Barbarei und Unterordnung wäre. Heutzutage kann kein großes Volk bestehen ohne eigene Industrie. Nun gut, wenn Amerika ein Industrieland werden muß und wenn es alle Aussicht hat, hierzu seine Nebenbuhler nicht nur zu erreichen, sondern selbst zu schlagen, dann stehen ihm zwei Wege offen: Entweder bei freiem Handel während meiner fünfzig Jahren einen außerordentlichen Konkurrenzkampf zu führen gegen die englische Industrie, die ihm um hundert Jahre voraus ist, oder aber durch Schutzöll die englische Konkurrenz um meine fünfzig Jahre auszuschießen mit der absoluten Gewißheit, daß am Ende der fünfzigjährigen Jahre die amerikanische Industrie auf dem Westmarke ihren Platz besaßen wird. Welcher der beiden Wege ist der wohlfeilste und der kürzeste? Darum handelt es sich. Wenn Sie von Glasgow nach London reisen, so können Sie den geschützten vorgeschriebenen Dummelzug (Parliamentary Train) nehmen; Sie zahlen einen Penny die Meile und fahren zwölf Meilen die Stunde; aber das fällt ihnen nicht ein, dazu ist ihnen ihre Zeit zu lieb. Sie reisen Expresszug, zahlen zwei Pence die Meile und machen vierzig Meilen die Stunde. Nun gut, die Amerikaner ziehen vor, ein Expresszettel zu nehmen, um so viel rascher vorwärts zu kommen.“ Mein schottischer Freihändler hatte kein Wort der Erwiderung. Das ist eine ganz richtige Auffassung. Der Freihandel kann unter Umständen revolutionär sein, aber auch der Schutzöll kann es sein. Denn revolutionär sein heißt doch mit dem Expresszug reisen und nicht mit dem Dummelzug.

Ich komme jetzt zu unserem Klassenstandpunkt. Wie sehen die Arbeiter zu dieser Frage? Sie werden herausgefunden haben, daß die Arbeiter eine sehr verschiedene Stellung dazu einnehmen. Wo die Industrie sich erst entwickeln soll, da sind die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse immer schutzöllnerisch, wo die Industrie aber stark und mächtig ist, da werden sie immer freihändlerisch sein, aber internationale Freihändler können wir nicht sein. Wir können

es den jungen Staaten, den kolonialen Freistaaten nicht verwehren wollen, ihre Industrie mit Hilfe der Schutzöll zu entwickeln, daher können wir keine Propaganda für den internationalen Freihandel treiben. Deshalb können wir nicht plaidiren für internationalen Freihandel und unseren ungarischen, polnischen, russischen, rumänischen Arbeiterbrüdern damit die Hände abschnitten. Da sind Interessengegenstände auch in der Arbeiterklasse vorhanden, denen wir ruhig ins Gesicht sehen müssen. Wir lehnen die Propaganda für den internationalen Freihandel ab. Wir können nicht anders, wenn wir nicht die emporwachsenden Industrien der jungen Staaten in Grund und Boden rennen wollen. Sehen wir uns einmal die Arbeiterklasse darauf hin an, überall da, wo die Industrie erst emporgebracht wird, sind die Arbeiter schutzöllnerisch. Haben sie darum ihren Klassenkampf nicht vertreten, sind sie nicht härmlich genug vorwärts gegangen? Haben wir ihnen darum Vorwürfe zu machen? Nein, sie haben ihre Klasseninteressen zusammenfallen lassen zunächst mit denjenigen der Großindustrie, die ja nun einmal in der Bourgeoisie das vorwärtsdrängende revolutionäre Element ist. In Amerika ist unsere Parteipresse wohl im allgemeinen freihändlerisch veranlagt, sie beklagt aber vorwiegend nur die übertriebenen Hoffnungen, die man auf die Schutzöll legt. Aber freihändlerisch gemüth sind sie nicht, und ich würde ihnen das auch sehr verdenken, denn der Freihandel ist dort auch noch nicht morgen oder übermorgen schon eingeführt.

Man spricht so viel von Australien, man sagt, das ist das Land des staatlichen Arbeiterschutzes, da ist der Achtstundentag, da sind alle möglichen staatlichen Einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter. Jawohl, aber die dortigen Arbeiter sind launig und sonderlich schutzöllnerisch. In dem Werke von Walker über die australische Demokratie liest man: „Ein großer Theil der Arbeiter Australiens besteht aus überzeugten Anhängern des Schutzölls, das Wort in seinem weitesten Sinne genommen; schließlich man von den parlamentarischen Arbeitervertretern auf die Meinung der Arbeiter selber, so werde darüber Einstimmigkeit herrschen. In Victoria, Südaustralien und Neuseeland, also im Freihandelsstaate, haben die Arbeitervertreter um der Einigkeit willen die Tarifffrage fallen lassen, aber die Mehrheit ist schutzöllnerisch und möchte die Tarifffrage durch Volksabstimmung entschieden sehen. Dadurch glauben sie den Schutzöll zu erreichen und für ihre weiteren Ziele die Kräfte ungehindert frei zu erhalten. In Queensland heißt es im Arbeiterprogramm ebenfalls, daß die Tarifffrage keine Parteifrage sei. Der Schutzöll, gestehen die Arbeitervertreter ein, erhöht den Preis für den Konsumenten, aber sie behaupten, daß die Kraft der Gewerkschaften hinreichend sollte, eine Lohnsenkung zu erzwingen. Um ihre Gründe gleichsam in der Rückschau darzustellen: Es sei besser, hohe Preise und gute Löhne zu haben, wie billige Waaren, schlechte Löhne und häufige Arbeitslosigkeit. Ich habe mir hier noch eine Stelle notirt, die recht charakteristisch ist dafür, wie 1845 ein radikaler über Schutzöll und Freihandel gesprochen hat, am Rhein, in denjenigen Distrikten, wo die Industrie erst geschaffen werden sollte. Lünig schreibt im Jahre 1845: „Der Zollverein selbst hat das Prinzip der Handelsfreiheit welches er bisher ziemlich streng befolgt, zum Theil aufgegeben und das ist am Ende ein größerer Gewinn, als die Ausdehnung über einige Provinzen. Mit dieser Handelsfreiheit haben uns die Engländer einmal über den Kopf geworfen, überall predigten englische Agenten die Nothwendigkeit der Handelsfreiheit, das heißt, sie verlangten freie Einfuhr für englische Fabrikate, ließen aber nach England nicht Raum oder Raum herein; und wir Deutsche waren schwärmerisch genug, uns durch das beiseitegesetzte Wort „Freiheit“ englische Habgier und englischen Eigennutz für tiefe auf Menschenliebe gestützte Staatsweisheit verkaufen zu lassen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß Handelsfreiheit der Zweck und das Ziel der zivilisirten Welt ist, aber die deutsche Industrie braucht Schutz gegen die durch ungeheure Kapitalien und die höchste Vollendung der Maschine hervorgerufene Konkurrenz der Engländer.“ So schrieb damals ein radikaler in einem Buch, das sich an die Arbeiterklasse wandte. Und nun komme ich zu unserer Partei. Wenn ich die Resolution Anstalts richtig verstehe, so bedeutet sie, jetzt ist Deutschland unbedingt soweit, daß es die Konkurrenz jedes Staates bestehen kann. Unsere Industrie hat nichts zu befürchten, sie wird gefördert werden, wenn wir den Freihandel für Deutschland haben. Ich persönlich will das nicht bestreiten, ich habe auch schon eine ganze Reihe von Leitartikeln in diesem Sinne geschrieben, aber wogegen ich mich wenden möchte, das ist der Versuch, die Partei schizellen auf eine Ansicht, die wir uns doch nicht so einfach bilden können.

Wie hat sich denn die Partei sonst verhalten? Es ist doch charakteristisch, daß immer und immer wieder in der deutschen Arbeiterklasse die Verführung hervorgebrochen ist, soweit sind wir noch nicht, daß wir unseren Markt ganz frei öffnen können. Nun, auf dem Gothaer Kongress im Jahre 1876 ist es abgelehnt worden, die Partei auf freihändlerischem Boden festzusetzen; Sie kamen ja alle die dort gefasste Resolution. Dieselbe lautet:

Der Kongress erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der bestehenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzöll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzöll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt, daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung unangenehm für die deutsche Industrie abgegeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse anzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzöll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kasernen aus dem Feuer zu holen.

Das ist eine ganz klare und meines Erachtens auch ganz vernünftige Stellungnahme. Machen wir uns doch klar die Stellung der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sind heute die eigentlich vorwärts treibenden freihändlerischen Elemente? Das sind die internationalen Handel treibenden, die Seestädte, die Kaufleute. Diese werden von selbst immer eine Neigung zum Freihandel haben. Wenn unsere Industrien noch Schutzöll für nöthig halten, wenn wir keine starke Gegenströmung dagegen heute in der deutschen Industrie wahrnehmen — denn alles, was man uns da vorerzählt von einer starken Agitation gegen die Zölle, trifft ja nicht zu — ich sage, wenn die Industrie unter Schutzöll leidet, wären die Industrien die ersten, die dagegen anlämpfen. Sind denn die Interessenkonflikte in Deutschland heute schon wirklich so, daß man sagen kann, es kommt zur Umkehr? Die freisinnige Agitation gegen die Zölle geht ja einfach vom Standpunkt des Konsumenten aus; da zeigt es sich gerade, daß wir, wenn wir unseren Klassenstandpunkt bewahren wollen, sehr häufig genöthigt sein werden, viel weiter rechts zu stehen, als die abgebröckelten Elemente aus der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sind denn die Konsumenten? Das sind die Beamten, die Bureau-Angestellten mit festen Gehältern, die kleinen Leute aus dem Mittelstand, deren Einkommen vielleicht noch heruntersinkt, wenn die Großindustrie sich entwickelt; das sind diejenigen, die mit jedem Pfennig haushalten müssen, dies sind die reinen Konsumenten. Die freisinnigen Spielbürger, die freisinnigen Philister sind die Kerutruppen des Freihandels bei uns und werden es sein. Die Arbeiter aber sind nicht reine Konsumenten und je mehr Fabriken wir errichten, je mehr unsere Produktion sich ausdehnt, in desto geringerem Maße werden sie reine Konsumenten sein. Schon die australischen Arbeiter haben immer gesagt, das Endziel, die höhere Entwicklung unserer Industrie, ist und alles. Das bishige Preisbewegung und Preiserhöhung kann für uns nichts bedeuten. Also nicht als Konsumenten haben die Arbeiter darüber zu urtheilen, sondern als Theilnehmer an dem gemeinsamen Produktionsorganismus. Bedenken Sie doch, was hier geschaffen wird, das ist unser Erbe, das uns einmal zufallen wird, und das wollen wir hochhalten. Den Kampf um den Freihandel für die Industrie aufzunehmen, dazu sind wir nicht die Leute, das muß aus unserer Industrie selbst herauswachsen. Aber hier den Parteitag auf eine Resolution festzusetzen für unbedingten Freihandel, das kann ich nicht verantworten. Das geht mir gegen die innerliche Ehrlichkeit, dazu bin ich nicht der Mann, der Ihnen das empfehlen könnte, dazu müßten andere kommen. Und ich sehe auch hier auf

diesem Parteitag niemand, der die Dinge so übersehen könnte. Nun ist es charakteristisch, so wie Zollfragen gelommen sind, haben immer und immer wieder einzelne von unseren Abgeordneten sich für Zölle interessiert. Ich glaube nicht, daß sie übermäßig dafür begeistert waren, vielleicht haben sie sich damals auch nicht so sehr mit diesen Fragen beschäftigt können, aber immer wieder bröckelt es und kommt die Zustimmung aus Arbeiterkreisen für Industriezölle, freilich nur für solche. Als die Garzölle herabgesetzt wurden, war es Herr v. Schweizer, der dagegen sprach. Die Agrarier wollten sie abschaffen. Ich weiß nicht, ob sein Standpunkt ein berechtigter war, aber er war ein kluger, überlegender, praktisch erfahrener Kopf, und er äußerte damals: „Von meinem Parteistandpunkt aus kann für eine Aufhebung bestehender Schutzöll oder für eine Verminderung derselben nur in zwei Fällen eingetreten werden: Erstens nämlich bei einem Industriezweig, der in voller Blüthe ist, der dem Auslande gegenüber vollständig konkurrenzfähig ist, ebenso im entgegengesetzten Falle, wenn nämlich ein Industriezweig vorliegt, der im Absterben begriffen, der zweifellos dem Untergange verfallen ist.“

Dann kamen die Eisenzölle, kam die Frage der Wirkung der französischen Ausfuhrprämien, und da war es der Genosse Wade, wieder einer der erfahrensten Parteigenossen, die wir gehabt, der davor warnte, ohne weiteres in das Lager der Freihändler überzugehen. Er äußerte am 23. April 1877: „Wir erkennen an, daß es eine Anzahl von Fällen geben kann, wo es geboten ist, der heimischen Industrie einen Schutz durch Zölle zu gewähren. Diese Fälle sind die folgenden: Erstens, wenn es sich handelt um eine sich entwickelnde und zu guter Hoffnung berechtigende Industrie, wenn also die Industrie im eigenen Lande noch zurückgeblieben ist gegenüber der gleichen Industrie im Auslande, aber die Bedingungen vorhanden sind, sie konkurrenzfähig zu machen gegenüber dem Auslande. In solchen Fällen würden wir die vorübergehende Erhebung eines Schutzölls für gerechtfertigt anerkennen. In einem anderen Fall, wenn nämlich die Beseitigung eines bestehenden Schutzölls einen vernichtenden Einfluß auf die Industrie im eigenen Lande ausüben würde, würden wir auch anerkennen, daß es sich hier rechtfertigt, den bisherigen Schutz weiter beizubehalten. Es handelt sich da mit um die Lage der Arbeiter; gesetzt den Fall, eine Industrie habe sich während des Bestehens eines Schutzölls entwickelt und durch Aufgabe dieses Zolls werde dieselbe plötzlich dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig gemacht, so würde das auch die Folge haben, daß eine große Anzahl von Arbeitern brotlos würde, und das können wir nicht wünschen. Ich betone da dem Herrn Abgeordneten Dr. Girsch gegenüber, daß wir sehr wohl die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anerkennen, wo sie vorhanden ist, daß wir es aber nicht für recht halten, wenn man eine Harmonie da findet, wo keine ist. Ein letzter Fall, in welchem wir gegen einen Schutzöll und nicht feindlich verhalten würden, ist folgender: wenn durch Reformen auf gewerblichem Gebiet eine ungünstigere Stellung der heimischen Industrie gegenüber der des Auslandes platzgreifen sollte. Das würde z. B. der Fall sein, wenn für die eigene Industrie Kinder- und Frauenarbeit sehr beschränkt würden, während die ausländische noch mit diesen billigeren Faktoren arbeitet. Ich sage also, in einem dieser Fälle würden wir die Erhebung eines Schutzölls für nicht ungerechtfertigt erachten. So weit unser Genosse Wade.“

Dann komme ich zu der bekannten Rede des Abgeordneten Kaiser, die die Aufschüttung erfahren hat in der „Paterne“, die damals in Verfall als verbotenes Blatt erliefen. Auch Kaiser ist bei der Verurteilung des Zolltarifs für eine ganze Reihe von Jollen eingetreten. Er erklärte am 17. Mai 1879: „Ich will nur sagen, daß ich für diese Position, wie sie uns von der Regierung vorgeschlagen ist, stimmen werde, wie auch ähnlich für die übrigen, weil ich in dieser wie in den übrigen Positionen einen Bruch mit dem Freihandelssystem gemahnt sehe. Meine Herren! Für mich ist Eisenindustrie so zu sagen das Knochengewebe des Wirtschaftssystems, und ich bin der Ueberzeugung, daß in dieses Knochengewebe die englische Krankheit — ich meine darunter eine Krankheit, die die ganze Stellung des Industriezweiges etwas erwidert und stört — gekommen ist. Meine Herren, bei der Schutzöll- und Freihandelsfrage haben wir uns vorzüglich gefragt, in welcher Weise ist der eingeführte Schutzöll im Lande, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ich erwarte nicht, daß durch die Einführung irgend eines Zolls auf irgend einen Gegenstand der jetzt so außerordentlich niedrig stehende Lohn um viel erhöht werden wird. Allein ich hoffe, daß die Unterhandlung der Arbeitslosen eher wird stattfinden können, als gegenwärtig. Ich will zum Ende kommen, indem ich hervorhebe, daß ich aus dem Grund, und ich wiederhole das noch einmal, für die einzelnen Schutzöllpositionen stimme, weil ich glaube, daß für die Gegenwart eine Verlebung der Industrie eintraten wird, obwohl ich — und diese Reserve anzuführen, müssen Sie mir schon gestatten — glaube, daß ebenso wie die äußere Konkurrenz zu einer Krise geführt hat, auch die innere Konkurrenz zu einer Krise führen wird. Aber über die Schwierigkeiten des Augenblicks werden wir zum Theil hinweggebracht werden. Ich bin vorzüglich der Meinung, daß man nicht alles beim alten lassen soll, wie es der Herr Abgeordnete Vamberger wünscht, also hier es nicht dabei lassen, daß der Gegenstand, der einmal frei von Zoll war, auch davon freibleibt, sondern ich halte es für meine Verpflichtung überall da, wo ich bei Verlebung des einzelnen Falles sehe, daß wirklich ein Uebel in einem bestimmten Industriezweig vorhanden ist, dann auch dem vorhandenen Mittel, welches das Uebel beseitigen soll, zuzustimmen.“

Ich will die Artikel in der „Paterne“ verlesen, weil nämlich in der Parteipresse behauptet worden ist, für unsere Partei sei seit diesem Artikel die Frage des Schutzölls endgiltig beseitigt. Da man nun allgemein genugsam weiß, wenn man diese Artikel für eine Wiederlegung der schutzöllnerischen Bestrebungen hält. Was für ein Verständnis der Artikel-Schreiber für die damalige Schutzöllbewegung gehabt hat, das geht schon daraus hervor, daß er schreibt: „bis April wird diese ganze Schutzöllbewegung erloschen sein (weiter!)“ sie ist ja nur durch Geld erlaubt. Wenn der Schutzöllner für das Stück gedruckte Oestentliche Meinung 10 000 M. giebt, dann kommen die Freihändler, die mehr Geld haben und bieten 50 000 M.“ Und dann kommen alle die Spähe: „Wenn man die Grenzen sperrt von Land zu Land, weshalb nicht auch von Stadt zu Stadt, von Stuttgart bis Camstadt, von Berlin bis Potsdam?“

Wir sind doch, Parteigenossen, eine deutsche Sozialdemokratie und bewegen uns in bestimmten Grenzen. Gegen eine solche Lächerlichkeit brauche ich nicht erst aufzutreten. Und dann geht es in persönlichem Ton gegen den Abgeordneten Kaiser los. Wehe! Ach lassen Sie das doch! Da heißt es: „Waherer Jüngling, Breslauer Handwirth, gut daß die Partei dieses Freihändlers los geworden, ides Genossen! unbedauerter schutzöllnerischer Phrasen, meistens den Biemarischen Freihändlers-Blättern entnommen. Dazwischen immer wieder ein burleskes Angebell, mit dem der diese Herr den Präsidenten förmlich um einen Ordnungsruf ansieht, um mit guter Manier abzuschließen zu können. Als ehrlicher Handlungsdienner schrieb er sich noch mit i, dann änderte er es in y um. Will uns der neue Demosthenes etwa glauben machen, er stamme von den alten Griechen ab? (Große Heiterkeit.) U. s. w., u. s. w.“

Parteigenossen! Es ist ja nicht unmöglich, daß auch ich nächst hart angegriffen werde, aber bitte, werden Sie dann nicht so persönlich! (Heiterkeit.) Eigenthümlich ist aber auch die Art der sachlichen Behandlung. Eigentlich ist die „Paterne“ weder für Freihandel noch für Schutzöll, sondern sie ist für einen sozialen Staat. Da heißt es: „Also steht unser Heil nicht im Schutzöll und nicht in der Vereinigung aller Länder zum Zweck einer Wirtschaft, welche die Produkte der Kultur dem arbeitenden Volks zukommen läßt.“ Schutzöllpaffen auf der einen Seite, Freihandelsprediger auf der andern.“ Ich behaupte, daß sie alle beide — Klasseninteressen verfolgen, nur hatte ich es für unsere Pflicht, gerade den Charlatanismus derjenigen von beiden zu entlarven, die jeweilig auf dem Regierungsthorren sitzen und uns ihr volksbeglückendes Mittel applizieren wollen. Gilt der Preis



**Tokales.**

Die Freie Volkshöhle bringt Sonntag Nachmittag 2 1/4 Uhr Grillparzer's Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ für die zweite Abtheilung (blaue Karten) zur Aufführung. Die Vorstellung findet im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater statt. Die Vorstellungen der 3., 4. und 5. Abtheilung finden am 16., 23. und 30. Oktober statt. Die Mitglieder werden gebeten, rechtzeitig ihren Oktoberbeitrag zu entrichten. Rückzügler können günstigstenfalls einen Stehplatz erhalten. Die Mitglieder werden gebeten, das Inserat in heutiger Nummer zu beachten. Der Vorstand.

Eine ganz besonders harte Arbeitsleistung hat in diesen Tagen unser Mitarbeiter und besonders denen obgelegen, die sich mit der Expedition und dem Vertrieb des Blattes befassten. Der „Vorwärts“ hat, wie wohl jedermann einsehend ist, in der Bearbeitung der ausführlichen Parteitagberichte ein überaus umfangreiches Material zu bewältigen. In der gestrigen Nummer zum Beispiel füllten die Berichte über die Verhandlungen etwa 8 1/2 Seiten, und davon waren über fünf Seiten, das sind nicht weniger als rund siebenzehntausend Worte, aus Stuttgart telegraphirt. Nur auf diese Weise ist es uns möglich, trotz der weiten Entfernung von Stuttgart noch in derselben Nacht über die Verhandlungen des verfloffenen Tages zu berichten; eine journalistische Leistung, die in solchem Umfange wohl kaum jemals von einem anderen Blatt vollbracht worden ist. Daß unter solchen Umständen unsere Zeitung an einem Tage dieser Woche nicht genau zur gewohnten Zeit aus der Maschine kam, ist erklärlich; und wir sind überzeugt, daß unsere Leser es entschuldigen werden, wenn die Austräger trotz verdoppelter Anstrengungen das Blatt in diesem oder jenem Falle ein wenig später als gewöhnlich abgeliefert haben.

Kaum eine andere Berliner Zeitung darf sich rühmen, in so enger Beziehung zu ihren Lesern zu stehen, wie der „Vorwärts“. Dieses enge Band wird ohne Zweifel gerade in diesen Tagen unsere parteigenösslichen Freunde zu lebhafter Agitation für immer größere Verbreitung unseres Blattes anregen. Die Verhandlungen über den Parteitag bieten die beste Unterlage zu solchen Wirken!

Wo ehrenhaften Leuten das Justizhaus droht, haben die Gauner goldene Tage. Das sieht man an einer großspürigen Anklage im „Vorwärts“ für den deutschen Buchhandel, in welcher der durch seine Verleumdungen bekannter Sozialdemokraten „berühmt“ gewordene Hofmarcher Fischer außer seiner alten Proschüre über den Werth der Sozialdemokratie gleich zwei neue Werke ankündigt, die demnächst aus seiner Feder erscheinen werden. Die eine Schrift nennt sich „Am Kampf mit den Führern der Sozialdemokratie“, die andere „Fünfzig Opfer der Sozialdemokratie“. Zahlreiche Unternehmer waren belammtlich schamlos genug, die Fischer'sche Proschüre massenhaft ihren Arbeitern aufzubringen, trotzdem sie wußten, daß sie von A bis Z erkauten und erlogen war und trotzdem sie ferner wußten, daß der eine ihrer Verfasser, der „Post“-Redakteur und Sekretär der freikonservativen Partei, Fischer, der die Vorwürfe Nebels noch nicht entkräften konnte, und daß der andere, Hofmarcher Fischer, ein wegen Meißner'scherereien, Betruges, Widerstandes u. dgl. bestraftes Individuum ist.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, heißt es in der Bibel. An ihren Freunden und Helfershelfern sollt ihr sie erkennen, saun man von der Schorfmarcher'schen sagen, wenn man sieht, wie ihr das ärgste Lumpengesindel im Kampfe gegen die Arbeiterklasse gerade gut genug ist. — Bemerk sei noch, daß beide Proschüren bei der Firma Hermann Walthers in Berlin S. B. (Friedrich Weich), die damit gleich dem moralischen anrühigen „Verfasser“ unzweifelhaft ein gutes Geschäft machen wird.

Die Ausstellung des Gewerbejahres ist am Donnerstag Mittag dem Publikum geöffnet worden. Sie unterscheidet sich nur wenig von der vorjährigen. Bei den Kunstschmiede- Zeichnungen überwiegt immer noch die Repetition der alten Stile, besonders der italienischen Renaissance. Ihre weichen Formen, die so wenig dem Material, dem harten Eisen entsprechen, werden oft zur Vorlage benutzt. Das Fördern der Phantasie der Schüler durch Selbstbilden neuer Formen aus gegebenen pflanzlichen oder thierischen Vorwürfen wird sehr wenig gelbt. Nur eine Skizze aus Kastaniensblättern stellt diese notwendige Übung dar. Die engherzige Nachahmung der Natur und der alten Stile, die schlecht zu den heutigen Eisenbauten passen, ist in diesem Entwurf überwunden. Durch Kernschläge ist die richtige Wucht, der Schwingung erzielt. Die anderen Arbeiten sehen aus wie Entwürfe zu Stud. — Bei den Modellierungen sind schon bedeutend mehr neue, interessante Seiten zu sehen. Das große Metallgitter ist voll Originalität; aufstrebende Stäbe mit schwammartigen Blumenköpfen gekrönt. Der Thürklopfer aus einem ornamentalen Hund ist ebenfalls gute Arbeit. — Unter den Zeichnungen der Mechaniker und Maschinenbauer sind, dem Bedürfnis entsprechend, viele elektrische Apparate. Außerordentlich exakt sind die feinen Instrumente mit der Feder gezeichnet und mit leichten Farbentönen abgesetzt. Nur scheint der Anfang, das Körperzeichnen, gar zu ernst genommen zu werden. Derartig verzwickte Stellungen und Körper geben über den Zweck des Unterrichts: Perspektiv-Erkennen und Linienführung, hinaus. — Die Ausstellung ist unentgeltlich zu besichtigen: Freitag und Sonnabend von 12—3 und 6—9, sowie am Sonntag von 12—5 Uhr.

Wenn die Arbeiterfrau außer dem Hause frohden muß. Durch einen Sturz aus dem Fenster ist gestern, Donnerstag, Vormittag die 4 Jahre alte Tochter Frieda der Arbeiter Wegener'schen Eheleute aus der Putzmeisterstr. 18 lebensgefährlich verunglückt. Die Eltern gingen morgens aus Arbeit und ließen das Kind in der im

ritten Stock am Hof gelegenen Wohnung allein zurück. Die Mutter band noch vorsichtshalber das Fenster mit einem Bindfaden zu. Die Kleine aber, der es in der Einsamkeit wohl sehr bald langweilig wurde, wühlte sich ein Messer zu verschaffen, schmitt den Bindfaden durch, öffnete das Fenster und sah auf den Hof hinab, um zu beobachten, was dort vor sich ging. Dabei lehnte sie sich zu weit hinaus, verlor das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf das Pflaster hinab. Die Verunglückte, die sich außer schweren Kopfverletzungen einen Bruch des linken Oberarmes zugezogen hatte, wurde von Hausgenossen aufgehoben, von einem Arzte verbunden und dann mit einem Lidschen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.

Heberfall auf einen Radfahrer. Durch die Nothheit eines Rowdys aus Rixdorf ist der praktische Arzt Dr. Nobel aus Sprotau zu Schaden gekommen. Als Dr. N. auf dem Fahrrad von einem Krankenbesuch nach seiner Wohnung zurückkehrte, wurde er unterwegs von vier soeben von auswärts zugewanderten Rowdys überfallen und vom Rade gestoßen. Vor ernstlichen Folgen blieb der Arzt durch die Güte mehrerer Passanten und eines Nachwachbeamten bewahrt. Leider gelang nur die Festnahme eines der Strolche, während die anderen noch nicht ermittelt werden konnten. Der Verhaftete ist aus Rixdorf gebürtig.

In der Rotunde auf dem Spittelmarkt hat sich gestern Morgen 10 1/2 Uhr der Kaufmann Julius Hirschfeld erschossen, der Würzburgstraße 21 in Schöneberg wohnte. Der Grund zum Selbstmord ist nicht bekannt.

Die Dachstuhlbrände von Noabitz nehmen jetzt wieder einen erschreckenden Umfang an. Es vergeht fast kein Tag ohne einen solchen, und die Miether der oberen Stockwerke leben in steter Aufregung. Donnerstag früh kurz nach 8 Uhr kam Feuermeldung von Rathenowerstraße 25. Der erste eintreffende Löschzug fand fast den gesamten Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen, so daß schleunigst weitere Hilfe nachbeordert wurde. Nach Angabe der Hausbewohner muß das Feuer schon Stundenlang vor seiner Wahrnehmung geschwelt haben. Obgleich nun 4 Rohre Dampfhydrantenlöser und 2 Druckleitungen in Thätigkeit traten, wurde doch der gesamte Dachstuhl mit den hohen Dachkammern total eingeäschert und erlitten mehrere Miether starke Verluste. Es wird Brandstiftung vermutet. Abweichend von den bisherigen Dachstuhlbränden, die fast alle in Ecksäusern ausbrachen, ist diesmal das Nebenhaus gewöhlt, das zweite von der Verlebergerstraßen-Ecke.

In den Auerlitz-Prozessen. Die bisher in der Verurteilungslanzung noch nicht erledigten Gasglühlicht-Prozesse standen gestern vor dem zehnten Zivilsenat des Kammergerichts zur Verhandlung an. Die Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft gab die Erklärung ab, daß sie auf alle geltend gemachten Ansprüche verzichte und die sämtlichen Klagen zurücknehme. Infolge dessen kam es nicht zur Verhandlung.

In einem gesperrten Lokal, nämlich in der „Konfordia“, Andreaskstraße, halten die Arbeiter der Firma Julius Putsch eine Jubiläumsfeierlichkeit ab.

Die Winterausgabe von „Sturm und Drang fürs Reich“ für Nord- und Süddeutschland, mit dem Hotelpreisanzeiger, ist soeben erschienen. Preis 50 Pf.

Im Hörsaal der Urania, Taubensstr. 48/49, beginnt Herr Dr. G. nach am Freitag einen Zyklus von zehn chemischen Vorträgen, den sich eine Reihe interessanter Exkursionen in industrielle Etablissements anschließen werden.

Die Geschäftsstelle der Deutschen Plakat-Ausstellung in Berlin 1898 ist nach den Ausstellungsräumen, Leipzigerstraße 128 I, verlegt worden.

Die Werkstätten deutscher Künstler schilderte ein Vortrag, den Herr Redakteur Stahl gestern Abend in den Räumen der alten Urania hielt. Unterstützt durch zahlreiche Lichtbilder von vorzüglicher Wirkung, konnte der Redner seinem Publikum ein plastisches Bild interessanter Intimitäten vorführen. Nach den einleitenden Worten, die sich namentlich mit der Technik klassischer Künstler, wie Rubens, Rembrandt, Chodowiecki beschäftigten, ging Herr Stahl zu den Lebenden über und verweilte mit besonderem Behagen bei dem Gegensatz der beiden Malercharaktere Lenbach und Mengel. Die „Werkstatt“ des berühmten Münchener Porträtmalers ist ein Palast von unerreichter künstlerischer Pracht, den sein Vorgesetzter für jeden Besucher offen hält. Die Haupteigenschaft dieses Malers besteht darin, kein Bild zu vollenden, das irgend einen, wenn auch ohne große Mühe auszumergenden Fehlschritt aufweise. Aus dieser Gewohnheit heraus ist der bekannte Betrugsprozess gegen die Händler erklärlich, welche weggeworfene Skizzen des Meisters vollenden ließen und diese Bilder dann als „echte Lenbach's“ auf den Markt brachten. Im Gegensatz zu Lenbach hält Mengel sein schmuckloses Atelier jedem Fremden verschlossen. Ein Bild zeigt diesen Künstler, wie er seiner Gewohnheit nach mit beiden Händen an der Signette arbeitet, die erst nach seinem Tode herauskommen und der Gesamttausgabe seiner Werke vorgegedruckt werden soll. Weiter gab Herr Stahl noch einen interessanten Einblick in das Schaffen der beiden Maler Liebermann und Böcklin.

Die Neue Freie Volkshöhle bringt am Sonntag Nachmittag 1 1/2 Uhr im Ostend-Carl-Weiß-Theater die Komödie „Die Agrarommission“, Bauernkomödie von Kurt Atam, zur Aufführung. Die Regie hat Herr Curt Bachmann (Oberregisseur vom Deutschen Theater). Die Hauptrollen sind besetzt durch die Herren Rothenburg und Reinhardt vom Deutschen Theater, V. Forst vom Berliner Theater und D. de Rolle vom Hoftheater Sondershausen. Neue Mitglieder werden noch durch die Hoffstellen, sowie durch den Kassierer Adolf Lohr, Kaserstr. 40, aufgenommen.

Die Deutsche Gesellschaft für volkshühliche Naturkunde wird in diesem Monat ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Am Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, wird im Bürgerhalle des Rathhauses der durch seine populären Vorträge belamte Meister auf dem Gebiete der Experimentalkunst, Herr Gustav Amberg, unter Vorführung zahlreicher Experimente einen Vortrag halten über die Wärme mit besonderer Berücksichtigung der mechanischen Wärmetheorie von Robert Mayer und Wilhelm Helmholtz. Zu weiterer Auskunft ist gern bereit der I. Schriftführer Dr. W. Greif, Köpenickerstraße 142.

Feuerbericht. Donnerstag Nachmittag entstand Neue Höhestraße 36 ein Bodenbrand, bei dem Bettstroh und einige Wirtschaftsgegenstände eingeäschert wurden. Mittwoch Abend wurde die Behr nach Hannoverstraße 16 gerufen, wo Fleisch im Kochtopf angebrannt war. Weitere Alarmierungen nach Brunnenstr. 78, Chausseest. 57 und Fischerstr. 3 erfolgten aus geringfügiger Ursache.

**Aus den Nachbarorten.**

Schöneberg. Am Sonntag, früh 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, in folgenden Lokalen zahlreich zu erscheinen: Stephuh, Hohenstaufenstraße 83; Schilling, Riffhäuserstr. 16; Dbst, Granevaldstraße 110; Klein, Merseburgerstr. 7; Schulz, Bahstr. 85; Grimm, Siegfriedstr. 8; Gauer, Sedanstr. 31; Pischel, Gutzkowstr. 9, Koll, Sponholzstr. 34. Der Vertrauensmann.

Bei der gestern in Schöneberg im 12. Bezirk stattgefundenen Nachwahl erhielt Genosse Schubert 110 Stimmen, der Unabhängige Bergemann 103 Stimmen, der Bürgerpartei Schult 71 Stimmen. Es findet also eine Stichwahl zwischen Genossen Schubert und Bergemann statt. Der Stichwahltermin ist auf Mittwoch, den 26. Oktober, angesetzt.

In Charlottenburg wird am Donnerstag, den 13. Oktober, im Lokal Bismarckshöhe eine öffentliche Parteiverammlung abgehalten. An die Vorstände der Gewerkschaften ergeht die Bitte, für diesen Tag keine Versammlungen anzuberaumen. Die Vertrauensleute.

Pünktlich mit dem Schluß der Ausstellung am Savignyplatz hat die Bahnverwaltung die vielgenannte Fahrkartenausgabe am westlichen Ausgang des Bahnhofes wieder geschlossen. Ebenso pünktlich stellen sich die Arbeiter der Bahnverwaltung wieder ein, daß sie entweder auf die Automaten angewiesen sind oder den weiten Umweg über die Kantstraße zu machen genöthigt sind, um den Bahnhof zu erreichen. Auf dem Bahnhof Savignyplatz werden jährlich gegen 2 1/2 Millionen Stadtbahn-Fahrten angetreten. Sicherlich die Hälfte aller Karten werden aber während (wenn der Schalter geöffnet wäre) an dem westlichen Ausgang gelöst werden. Da dürfte sich die regelmäßige Befragung des Schalters an der Kantstraße sicher rechtfertigen.

Ein schwerer Baunfall trat gestern Morgen auf dem Neubau des Offizierskasinos des Garde-Artillerie-Regiments in Spandau zu. Der Neubau, der bis zum zweiten Stock gediehen ist, befindet sich am Lindenufer an der Havel. Rings um den Bau ist ein zweistöckiges Gerüst errichtet, welches sich auch durch den Bau selbst quer hindurchzieht. Gestern Morgen um 1 1/8 Uhr waren auf dem inneren Gerüst 4 Maurer und 3 Lehrlinge beschäftigt, während eine Anzahl Steinträger die Kistung passirten. In diesem Augenblick brach entweder ein Keilriegel oder eine Stange des Holzwerkes und stürzte mit mehreren Personen, die auf der Kistung standen, stürzten in die Tiefe. Glücklicherweise blieb die Kistung des ersten Stockes fest, so daß die Leute nur etwa 2 Meter tief stürzten. Nur etwa 5 Personen fielen über die Brüstung der ersten Etage hinweg in den Keller hinein. Sämtliche Bauarbeiter eilten sofort den verunglückten Kollegen zu Hilfe und es gelang auch innerhalb weniger Minuten, die unter den Trümmern Begehrten zu befreien. Es wurden als schwerverletzt der Maurer Bruno Sarotti, ein Italiener, ferner der 42-jährige Maurer Hüster aus Spandau und der 88-jährige Maurer Böhm aus Spandau nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Böhm, der eine Kopfverletzung erlitten hat, konnte nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen werden. Hüster hat schwere innere Verletzungen davongetragen, während bei Sarotti ein komplizierter Bruch des Unterschenkels konstatiert wurde. Der 63-jährige Maurer Sieg, der von einer Höhe von etwa 5 Metern in den Keller gestürzt war und ebenfalls eine erhebliche Kopfverletzung erlitten hat, wurde nach seiner Wohnung gebracht. Außerdem erlitten 4 Personen leichtere Kontusionen resp. Hautabschürfungen.

**Briefkasten der Redaktion.**

K., Kaiserstraße. Kommen Sie in unsere juristische Sprechstunde.

Witterungsübersicht vom 6. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	u. F. °F	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	u. F. °F
Swinebunde	767	SW	1	bedekt	11	52	Darparanda	761	SW	4	wolkig	8	46
Dambrung	768	SW	1	bedekt	11	52	Petersburg	756	SO	1	bedekt	8	46
Berlin	767	SW	2	bedekt	11	52	Sofort	762	SO	5	bedekt	18	64
Bieschaden	769	SW	2	bedekt	11	52	Herberden	770	SO	2	wolkig	12	54
München	767	O	1	bedekt	11	52	Paris	764	NO	2	Dunst	9	48
Wien	766	Still	—	bedekt	12	54							

Wetter-Prognose für Freitag, den 7. Oktober 1898. Ziemlich trübe und neblig bei mäßigen nördlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**100 Mark Belohnung!**

Während der Montage der Heizungsanlage im Neubau Elisabeth-Heer 5-6 sind uns ca. 240 Meter schmiedeeisernes Rohr im lichten Durchmesser von 10 bis 50 Millimeter entwendet worden.

Für entsprechende Nachweise, welche einen gerichtlichen Erfolg ermöglichen, zahlen wir obige Belohnung.

**Flach & Callenbach, Blumenstraße 23.**

Dem verehrten Publikum zur Anzeige, daß ich mein II. Geschäft Müller-Strasse No. 4, direkt am Wedding-Platz eröffnet habe, und halte mich dem verehrten Publikum zum

**Einkaufe von Schmuckstücken**

in massiv Gold, Gold-Doublet und Silber mit Perlen, Türkisen, Opalen und anderen Edelsteinen, goldenen und silbernen Uhren, Regulatoren, Tafelgeräthen in Silber, Alfenide und Nickel zu Hochpreis- und Rathungserhalten bestens empfohlen.

**Konrad Friese, Uhrmacher und Juwelier,**

Müllerstrasse 4 und Fennstrasse 61.

**Charlottenburg.** Das Kaffee Lokal der Zentral-Kranken-Kasse der Arbeiter, Grundstein zur Einigkeit, befindet sich jetzt Bismarckstr. 35 bei Wille im Lokal. 13968 Die Ordreverwaltung.

Ich habe mich Petersburgerstr. 1 a. d. Frankfurter Allee niedergelassen. Sprechst. 8-10 und 4-6. **Arthur Bülow,** prakt. Krz. 34/17

**Carl Becker** Cigarren, Cigarretten, Tabake Gerichtstr. 28, Bahneingang part.

**Westend, Charlottenburg,** Verammlungen und Festlichkeiten zu vergeben sowie zwei verbeidete Regeldamen. [6061L\*]

**Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.** (E. S. Nr. 2, Hamburg.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kassierer **Wilhelm Klewe,** Zahlstelle VI, von Treddowstraße 60 nach **Brenzlauer Allee Nr. 41,** parterre, verzozen ist. 250/9

**Arbeitsmarkt.** Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma **Fork, Kretschmar u. Co.** Karnalstr. 13, (Magazin Jannowitzstraße), haben sämtliche Löhler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Jede Verhandlung ist seitens der Firma abgelehnt. **Zuzug erhalten!** Die Ernährungsleitung. 108

**Wiederholer!** Bei Glogowski & Comp., Chausseest. 26, haben sämtliche Kollegen wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt. 147/8

**Zuzug ist fernzuhalten!** Der Vorstand des Verbandes.

**100 Anabenmäntel, Joppenarbeiter** verl. bei sofort. Auszahlung Köbler, Pnienstraße 234a. **1 Zargenarbeiter** (Tischler) und Löhler machen sucht Carl Finus, Grützstraße, Französischestr. 33a. **Einem tüchtigen Eisenhobler** verlangt Maschinenfabrik, Göttingerstraße 62. 62208

**Parkeurant, Rosanien-Allee 1,** Ede Spandauer Berg, sind alle zu vergeben sowie zwei verbeidete Regeldamen. [6061L\*] **F. Karl und H. Heinrich.**

**Feuerversicherungs-Agenten** werden von alter, deutscher Gesellschaft **allwärts** gegen hohe Provision gesucht. 104/8

**Officien unter W. S. 773 an Haasenstein & Vogler, A.G. Berlin, S.W. 19.**

**Dirigent** (W. d. D. S.) hat noch einige Tage für Gefangene freie, Gef. Officien an **Wittmüller, Wittenwalderstr. 5.** 14178

**Tüchtige Zuschneiderin** auf Schürzen und Wäsche verlangt Firma **Alfred Joseph, Kommandantenstraße 59, II.** 14128

**Arbeiter auf weiße Wännen** und Brautkleider, die Posten überren können, Arbeit bei gutem Lohn bauern Arbeit. Neumark & Baer, Zeitungsstr. 39. 14108

**Gürtler** verlangt Kronenfabrik, Grimmstr. 39. **Mädchen zum Bronceiren** verlangt Kronenfabrik, Grimmstr. 39. **Kartonarbeiterinnen** und Lehrlinginnen verlangt (14278) Herrmann, Köpenickerstr. 109a. **Klavierspieler** verlangt **Hoffmann, Eisenbahnstr. 7** **Schmiedelehrling** wird verl. Rixdorf, Steinwegstr. 50.

### III. Wahlkreis!

Sonntag, den 9. d., abends 6 Uhr,  
im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstrasse No. 19-22:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag, darauf: **Tanzkränzchen.**  
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf. 214/4  
Rege Betheiligung erwartet  
Der Einberufer.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstrasse 20-21:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

## Gewerkschaft der Buchdrucker etc.

Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 2 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstrasse Nr. 20.

Tages-Ordnung:  
1. Situationsbericht. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 4. Wie ist der  
und von Verbandsseite bewiesenen Individualität am besten zu  
begegnen? 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung sind alle Tarifgemeinschaftsgegner, ganz be-  
sondere aber die in letzter Zeit ausgetretenen Kollegen freundlich ein-  
geladen.  
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammeln der An-  
wesenden mit ihren Familien. Für Unterhaltung wird gesorgt. D. D.

## Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Wernau, Schwedterstr. 23-24:  
**General-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1898.  
4. Abstimmung über den Antrag des Kollegen Krüger. 5. Vereinsangelegen-  
heiten und Verschiedenes.  
Der Vorstand.

## Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonntag, den 8. Oktober, abends 9 Uhr,  
im Englischen Garten, Alexanderstrasse No. 27c:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Jahresschreibers Genossen  
Karl Gedicke über: Die Zähne, ihre Krankheiten und Pflege. 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

## Mitglieder-Versammlung der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter

(Zahlstelle V) Gruppe Kabinenbauer und Träger,  
Sonntag, den 9. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr,  
im Lokale „Louisenhof“, Budoverstrasse 9.

Tages-Ordnung:  
1. Regelung des Sammelwefens. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend,  
Am Montag, den 10. Oktober er., abends 8 1/2 Uhr, in den  
„Oranienhallen“, Oranienstrasse Nr. 51:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Schriftstellers Knank über: „Die Volksschule  
der Gegenwart und Zukunft“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommer-  
fest. 4. Bericht der Agitationskommission und Removal derselben. 5. Ver-  
schiebenes.  
Achtung! Die Versammlungen finden von jetzt an  
immer Montags statt, und bitten wir dies zu beachten!  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Der Vorstand.

## Achtung! Verein der Former.

Sonntag, den 10. Oktober er., in Keller's Festsälen,  
Koppenstrasse No. 20:

## Grosse Matinée

unter Mitwirkung der „Norddeutschen Sänger“ (Steinweg) und der  
gesamten Kapelle des Hauses unter Leitung des Dir. Herrn H. Tietz  
zum besten ausgeübter Kollegen und den Kindern verstorbener Mitglieder.  
Anfang präzis 12 Uhr mittags.

Billets sind noch zu haben bei folgenden Mitgliedern: H. B. Mees,  
Königsplatz 14. W. Döhne, Märker 142. D. Grünwäher, Solgefstr. 21.  
H. Schröder, Köthenerstr. 38. W. Düren, Köthenerstr. 50.  
H. Meier, Märker 26 b. Max Adam, Pflaume 16.  
Der Vorstand. Das Komitee. J. A.: H. Mees.



**Guckel's  
Zahnateliers**  
Lauitzer Platz 2,  
Steglitzerstrasse 71.  
Bestrenommiert und wohl-  
bekannt.  
Zähne v. 3 M.,  
Plomben v. 2 M. an.  
Röntgenstrahlung gestattet.  
(Woche 1 M.)  
**Ausschneiden!**



Dieser Kupon wird mit 1 M. angerechnet.

**Karol Weil's Seifenextrakt**  
ist hunderte Male nachgeahmt, aber nie erreicht worden;  
achtet deshalb beim Einkauf darauf, dass Ihr graue Packete  
mit Schutzmarke Waschfess erhaltet.

**Institut für Zahnleidende.**  
Dr. chir. dent. Herm. Heród, american. Dentist,  
Elsasserstrasse 92, 1 Tr. (Rosenth. Thor)  
Behandlung aller Mund- und Zahnkrankheiten.  
**Neu! Schmerzlose Zahnoperationen, Plomben.**  
Patentamt. geschützte **Aluminium-Gebisse!**  
Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn. Unzerbrechlichkeit der Platte garantiert.  
**Gebisse ohne Gaumenplatte!** Deutsches Reichspatent No. 98 523.  
Bitte zur Notannahme, dass **ausser mir** Niemand diese patentirten Gebisse weder in Berlin noch Umgegend anfertigt  
noch anfertigen darf.  
Institutspreise! Sprechstunden: 9-12, 3-5, Sonntags 9-11 Uhr. **Telephon Amt III. 3014.**

Import.  
Export.

# Cigarren

Engros.  
Versand.

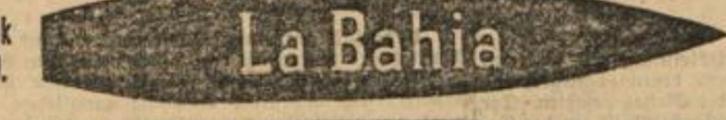
Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung  
zuehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten  
zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:

100 Stück  
Mk. 2,80.



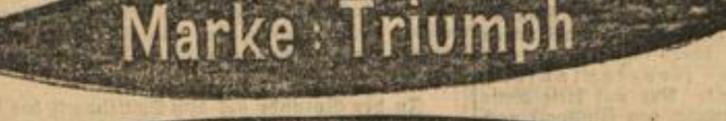
**Goldonkel No 4**

100 Stück  
Mk. 3,30.



**La Bahia**

100 Stück  
Mk. 3,75



**Marke Triumph**

100 Stück  
Mk. 4,50



**Edelweiss**

**Besondere Spezialitäten.**

Flor de Lopez . . . . . Mk. 2,50	Blitzmadel . . . . . Mk. 4,-	Mexico-Ausschuss Mk. 5,-
Marke Tip Top . . . . . 3,-	dieselbe, 300 St. frko. . . . . 11,-	La Cubana . . . . . 5,-
Suprema . . . . . 3,50	Senior . . . . . 4,50	La Victoria . . . . . 6,-
Marke Pikfein . . . . . 3,50	Sumatra Felix unsort. . . . . 4,50	Imperia ff. Mexico . . . . . 8,-

**Cigarillos**  
Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.  
Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei.  
Bei 1000 Stück 5 % Rabatt. Nicht Zusagen nehmen wir auf unsere Kosten zurück.  
Cigaretten zu 70 Pf., Mk. 1,-, 1,20, 1,50, 2,-, 2,40, 3,- per 100 Stück,  
mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franko.

**Für Wiederverkäufer**  
bewährte Qualitäten zu Mk. 23,-, 25,-, 28,-, 30,-, 33,-, 35,-, 40,- etc. per Mille.

**Rauscher & Fabisch, Engros-Lager Berlin NW.,**  
Friedrichstrasse 94, Fabrikgebäude Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

**Sozialdemokratischer  
Wahlverein f. den 6. Berliner  
Reichstags - Wahlkreis.**  
Den Genossen zur Nachricht, daß der  
Genosse **Julius Tietz,**  
Märkerstr. 106a, am Mittwoch ver-  
storben ist. Die Beerdigung findet  
am Sonntag, den 8. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Kaiserlich-Kirchhofes, Dalkow-  
er-Straße, aus statt.  
Um zahlreiches Erscheinen bitten  
247/14 **Der Vorstand.**

**Orts-Arentenasse d. Sattler.**  
Am Mittwoch, den 5. d. M., hat  
das Mitglied 14196

**Gustav Breitenborn.**  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 8. d. M., nachmittags  
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Kaiserlich-Kirchhofes in der  
Fermanstrasse aus statt.  
J. A.: H. Dittberner.

Für die überaus große Theilnahme,  
welche uns anlässlich des Todes und  
der Beerdigung meines lieben Mannes,  
unseres Vaters und Schwelgeraters  
**August Keune I**  
entgegengebracht wurde, sagen wir der  
Freien Vereinigung der Bauarbeiter  
Berlins und Umgegend sowie dem  
Berein der Bauarbeiter Berlins und  
Umgegend innigen Dank. 14185  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Krauten-Unterstützungs-  
und Begräbniskasse  
der Lederarbeiter Berlins**  
(V. S. Nr. 40).  
General-Versammlung  
am Sonntag, den 10. Oktober 1898,  
vormittags 10 1/2 Uhr, Weinstraße 11  
bei Feind. 14136

Tages-Ordnung:  
1. Rechnungslegung für das 2. und  
3. Quartal 1898. 2. Restförmwaf.  
3. Geschäftliche Mittheilungen.  
Der Vorstand. J. A.: G. Busse.  
Jung, Goldschmid sucht einfach möbl.  
Zimmer. Nähe Spittelmarkt. Preis-  
offerten unt. G. G. an d. Exped. b. M.

## Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.

Koulante H. & M. Lewent. Beamten  
Zahl. Bed. ohne Anzahl.

## Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Ilversgehofen**

## Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität. . . . . 7 M.  
" " " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
" " " Befas u. Knopferzierer 3,90, 4,50,  
5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
" Agraffenstiefel, Befas, 6,50, 7,50, 8,50 bis  
15 M.

" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den  
verschiedenen Dessins und Preislagen.  
Arbeitsschuhe, reell, solid, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
Schnürstiefel, Reitsstiefel.  
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befas u. Kappe,  
von 5,50 M. an.  
" Schnürschuhe . . . . . von 3,50 M. an.  
" Hausschuhe . . . . . von 3,00 M. an.

Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,  
außerst solid gearbeitet,  
zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.  
Größe Auswahl in Gummi-, Tara-, Reise- u. Filz-  
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf  
die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung  
ausgeschlossen. (5880 P)

**Verkaufsstellen:**

Berlin SW., Belle-Alliance-  
strasse 102.  
W. Schützstr. 12.  
Zittau, Neilschlagstr. 14.  
Hannover, Ringmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
Wargau, Ringstr. 5.  
Bremen, Finkenstr. 75.  
Düsseldorf, Schadowstr. 57.

Köln a. Rh., Eigelstein 68.  
Frankfurt a. M., Liebfrauen-  
berg 28.  
Bonn, Sell 67.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Dachauerstr. 53.  
Dresden, Rindfleischstr. 7.  
Gumboldtstr. 22.  
Kattowitz, 25.

## Central-Festsäle (Central-Theater).

Fernsprecher Amt IV No. 2770. Alte Jakobstr. 32. Fernsprecher Amt IV No. 2770.

Vergröss. Festsäle mit neuer Bühne u. elektrischem Licht.  
Säle für Gesellschaften, Hochzeiten, Festlichkeiten und Ver-  
sammlungen von 100 bis 1000 Personen.

Einige Sonntage u. Sonntage noch frei.  
Geft. Bestellungen erbitte in meiner Stehbirthe.

## Cylinder-Hüte

kauf man am billigsten direkt in der Fabrik.  
**Chapeaux clagues,**  
weiche und feste Filzhüte zu billigen Preisen bei  
**Max Radtke, Blumenstr. 39,**  
Ecke Andreasstrasse (Fein Laden).

## Oscar Arnold, Hut-Engros-Lager Dresdenerstr. 116.

am Oranienplatz (kein Laden)  
Einzelverkauf reeller Waaren zu  
folgenden Preisen (Parthiewaaren siehe nach).

Herrenhüte, weich 1,25 1,50 2,- 2,50 3,- 3,50 u. 4,-  
do. steif . . . . . 1,25 1,50 2,- 2,50 3,- 3,50  
u. 4,-  
E Haarbüsch . . . . . 1,50 2,- 2,50 3,- 3,50  
Cylinderhüte . . . . . 1,50 2,- 2,50 3,- 3,50  
Herren-Mützen . . . . . 0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50  
Kinder-Mützen . . . . . 0,50 0,60 0,75 bis 2,50  
Kinder u. Confrmanden. 0,75 1,- 1,25 1,50 2,- u. 2,50  
Weiche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte,  
Chapeaux clagues, Turbanshüte, Jagdhüte, etc.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!  
Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

## „Hülfe!“ „Hülfe!“

Ohne ärztliche Untersuchung  
kann jede männliche sowie auch jede weibliche Person im Alter  
vom 14. bis 60. Jahre der Krankentasse „Hülfe“ für äußerst bil-  
lige Monatsbeiträge beitreten. Aufnahme kostenlos im Bureau  
der „Hülfe“, Berlin SO, Ostlichestr. 82, I (am Südlichen Thor).

Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! (61908)

für Hilfe auszugeben, man  
erhält auch zu billigen  
Preisen gute und elegante  
Sachen, wenn man die rich-  
tige Bezugsquelle kennt.  
Knabenfilzhüte v. 0,75 M. an  
Herrenfilzhüte . . . . . 1,25  
Cylinderhüte . . . . . 4,-  
Einsengungshüte 1,-  
Pilschhüte . . . . . 6,-  
Chapeaux clagues u. 8,-,  
9,- u. 10,- M.  
im Einzelverkauf bei  
**Arnold & Eggert**  
Hut-Engros-Geschäft  
Baldeemarstr. 44, pt.  
Fein Laden.

## Unsinn ist Viel Geld

**Touisenstädtisches  
Blubhaus, 13098  
Annenstrasse 16.**

Festfeste u. Vereinszimmer zur Ab-  
haltung von Festlichkeiten und Ver-  
sammlungen. 3 Sonntage im Ok-  
tober, 3 Sonntage im November,  
die Sonntage im Dezember, Jan-  
uar, und 2 im Februar noch frei.

## Flora-Säle

Bernh. Nieff, 17. Weberstr. 17.  
1000 Pers. fassend. Billig, neu einger.  
29. Oktober, 26. Nov.,  
10. u. 17. Dezbr. frei!

## Adlershof.

Den geehrten Vereinen zur gefl.  
Kenntnis, daß ihnen mein Tanzsaal  
jeden Sonntag zur Verfügung steht,  
da mir seitens des Auswärtigen zu  
Adlershof, v. Lopen, jede öffentliche  
Tanzmusik abgelehnt ist.  
Nachrichtsform 260158

## Betten, Winterpaletots, Pfandleihe, Reanberstr. 6.

Strepdes, Gardin., Fortir.,  
Stores, Bälde, Waschecken,  
Anzüge, Hüte,  
Regulatoren, Re-  
montirbaren Opemahl, best. ipothik.  
14189 Frau Dohse.

## Rolandsäle,

Elsasserstr. 26, an Vereine u.  
Sonntags zu vergeben. (13878)  
Die Beleuchtung gegen Gel. Wrauf,  
Pflaume 7, nehme ich gerad.  
14189